

26. Jahrgang
1/99

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Stefan Krätke

Berlin:
Die Metropole als Produktionsraum

Heinrich
Heidebrecht

Deutsche Romantik
und russische Architektur

Bernard Marchand

Nationalsozialismus
und Großstadtfeindschaft

Ulrich Hieber

Stadtsanierung und Stadtentwicklung

Gotthard Voss

Altstadtsanierung
in den neuen Bundesländern

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Ulrich Bauer, Helmut Böhme, Rudolf
Hillebrecht (†), Eberhard Jäckel und
Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Prof. em. Dr. OTTO BORST, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Herausgeber) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft) – HANS SCHULTHEISS, Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a. N. (Chefredakteur).

Professor Dr. HARALD BODENSCHATZ, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich III: Geschichte, Universitätsring 15, 54286 Trier – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Fakultät für Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Dr. HELMUT HERBST, Museum und Galerie der Stadt Waiblingen, Postfach 1751, 71328 Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebauliches Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart – Prof. Dr. RAINER JOOSS, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlinger Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung, Schinkelstraße 1, 52062 Aachen – VOLKER ROSCHER, Bund Deutscher Architekten der Hansestadt Hamburg, Mittelweg 89, 20149 Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM B. SCHULTIS, Erster Bürgermeister, c/o Stadtverwaltung Heidelberg, Baudezernat, Palais Graimberg, Kornmarkt 5, 69117 Heidelberg – Dr. DIETER SCHOTT, Technische Universität Darmstadt, Institut für Geschichte, Schloss, 64283 Darmstadt – Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Adresse der Chefredaktion erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-32 42, Fax (07 11) 35 12-24 18.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 160 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 320 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. **Die Zeitschrift** und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- STEFAN KRÄTKE, Berlin: Die Metropole als Produktionsprogramm 1
- HEINRICH HEIDEBRECHT, Einflüsse der deutschen Romantik auf die russische
Architektur 22
- BERNARD MARCHAND, Nationalsozialismus und Großstadtfeindschaft 39
- ULRICH HIEBER, Stadtsanierung und Stadtentwicklung gestern und morgen 51
- GOTTHARD VOSS, Altstadtsanierung in den neuen Bundesländern.
Materielle Bestandsnot und Altstadtverständnis 1989/1990 61

KLEINE BEITRÄGE

- NIKOLAUS NIEDERICH, »Das einzig Beständige ist der Wandel«. Denkmalschutz und
»Stuttgart 21« 68

DIE AUTOREN 72

BESPRECHUNG

- RALF ROTH, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main (*Jürgen Schmidt*) 73

Berlin: Die Metropole als Produktionsraum

1. Einleitung

Die Entwicklung Berlins seit 1990 hat, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, viele überzogene Erwartungen unerfüllt gelassen und eher die kritischen Erwartungen einer Entwicklung zur Polarisierungs-Metropole bestätigt,¹ wie neuere Untersuchungen zur sozial-räumlichen Struktur Berlins erkennen lassen.² Die Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Berlin innerhalb des bundesdeutschen Regionalsystems sind heute angesichts eines fortschreitenden Arbeitsplatzabbaus in »modernen« wie auch in traditionellen Produktionszweigen und im Bereich der Kulturökonomie keineswegs klar oder gar eindeutig positiv einzuschätzen.³ Nichtsdestoweniger bildet die Berliner Region in Ostdeutschland neben Dresden und Leipzig einen bedeutenden Entwicklungspol,⁴ und es werden nach wie vor große Erwartungen in die Übernahme der Hauptstadtfunktionen und einen Umbau der Stadt zur »Dienstleistungsmetropole« gesetzt.⁵ Dieser Artikel möchte die Vision von der Dienstleistungsmetropole mittels empirischer Betrachtung von Standortmustern problematisieren und herausarbeiten, daß Berlin in seinem heutigen wirtschafts-räumlichen Gefüge als Standort komplexer Produktionsaktivitäten mit teilweise zukunftsfähigen räumlichen Organisationsformen zu charakterisieren ist.

Metropolregionen sind als Wirtschaftsräume zu betrachten, in denen sich verschiedene Teilökonomien mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und räumlichen Organisationsformen lokalisieren, partiell überschneiden, und zusammen einen hochverdichteten Agglomerationsraum konstituieren. Die ebenso altbackene wie hochmodische Rede von den »Dienstleistungsmetropolen« kann die sektorale Struktur und Entwicklung der Wirtschaft von Metropolregionen nur unzureichend erfassen, insofern

¹ Vgl. S. Krätke, Berlins Umbau zur neuen Metropole, in: *Leviathan* 3 (1991), S. 327 ff.

² Vgl. S. Hermann / G. Meinlschmidt, Sozialstrukturatlas Berlin. Erste gemeinsame Berechnung für alle Bezirke, hrsg. von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Berlin 1995; S. Hermann / G. Meinlschmidt, Sozialstrukturatlas Berlin. Fortschreibung 1997, hrsg. von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Berlin 1997.

³ Vgl. S. Krätke, Berlin: Struktur-Anpassung oder offener Strukturbruch?, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, Bd. II (1998).

⁴ Vgl. DIW, Ballungsräume Ostdeutschlands als Wachstumspole?, in: *DIW-Wochenbericht* 29 (1997), S. 499 ff.

⁵ Vgl. *Prognos*, Wirtschaftsregion Berlin und Brandenburg. Daten, Analysen und Prognosen, Berlin 1997.

als sie Teilökonomien mit ganz unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen unter fragwürdigen wirtschaftsstatistischen Kategorien wie »Industrie« und »Dienstleistungen« zusammenführt. In der Industrie sind heute der weitaus größte Teil der Beschäftigten Ingenieure, Designer, Werbefachleute, Organisatoren und Planer, wobei das Tätigkeitsprofil anstelle von direkten Fertigungstätigkeiten immer stärker durch Aufgaben der Forschung und Entwicklung neuer Produkte/Verfahren, durch Arbeit an Design und Marketingstrategien, sowie Management und Veränderung von industriellen Organisationsformen bestimmt wird. Der wirtschaftliche Strukturwandel der Gegenwart hat Dienstleistungstätigkeiten *innerhalb* der Industrie auf Kosten direkter Fertigungstätigkeiten ausgeweitet und zugleich durch Auslagerung vormals industrieintern erbrachter Dienstleistungen an selbständige Firmen den Sektor produktionsnaher Dienstleistungen in enger Verbindung zur Industrieentwicklung expandieren lassen. Zugleich ist bei vielen Wirtschaftsaktivitäten wie z. B. im Bereich der Medien- und Filmwirtschaft keine klare Unterscheidung zwischen Produktions- und Dienstleistungstätigkeit möglich. Bei einer zeitgemäßen Gliederung von Wirtschaftssektoren müsste von den heutigen komplexen *Produktions*-Aktivitäten ausgegangen werden, in denen die überkommene »duale« Gliederung der städtischen Wirtschaftsaktivitäten nach Industrie und Dienstleistungen nicht mehr aufrechtzuerhalten sind.

Was die räumliche Organisationsform der Metropolregion betrifft, ist immer noch die simplifizierende Vorstellung dominant, daß sich das »Zentrum« durch eine Agglomeration und Zentralisierung von bedeutenden Dienstleistungen auszeichnet, während sich die Industrieaktivitäten in Randzonen und Umlandgebieten der Metropole konzentrieren, bzw. einer fortschreitenden Tendenz zur Verlagerung an die Ränder der Metropolregion unterworfen sind. Der wirtschaftliche Strukturwandel der Gegenwart hat auch diese vermeintlich dualisierte Raumorganisation überformt und ausdifferenziert, indem eine Reihe bedeutender metropolitaner Wirtschaftsaktivitäten entweder zur Formierung neuer kleinräumiger Agglomerationen (Unternehmens-Cluster) *im Innern* der Metropole tendiert, und indem sich einige tradierte lokale Agglomerationen von Produktions-Aktivitäten in den inneren Zonen der Metropolregion behauptet und revitalisiert haben. Dabei ergeben sich allerdings zunehmend konkurrierende und konfligierende Nutzungsansprüche verschiedener Teilökonomien, so daß das innere Stadtgebiet der Metropole nicht nur hinsichtlich der Wohnnutzungen und »Sozialräume«, sondern auch mit Blick auf verschiedene Produktionsaktivitäten als »umkämpfter« gesellschaftlicher Raum erscheint.

Die wirtschaftsräumliche Organisation einer Metropole soll im Folgenden am Beispiel Berlins auf der Basis einer vom überkommenen 3-Sektoren Modell abweichenden sektoralen Gliederung der Stadtökonomie dargestellt werden, wobei die Standortmuster von Subsektoren nach dem Grad der Agglomeration und Zentralisierung unter besonderer Berücksichtigung der Formierung lokaler Branchen-»Cluster« im Berliner Wirtschaftsraum betrachtet werden.

2. Die wirtschaftsräumliche Struktur der Metropolregion Berlin

Zur Beschreibung von Standortverteilungen im Wirtschaftsraum der Berliner Metropolregion im Jahre 1997 wurden mittels einer Auswertung von Adreßbüchern die Standorte von knapp 5000 Firmen im Land Berlin, und für eine kleine Auswahl von Wirtschaftsaktivitäten weitere Firmenstandorte im engeren Verflechtungsraum Berlins festgestellt. Die räumliche Anordnung der Firmenstandorte erlaubt Aussagen über Standortkonzentrationen, Agglomerationsgrade und »Cluster«-Bildungen im konkreten Bezugsraum Berlin. Empirische Aussagen dieser Art haben in der neueren stadt- und regionalökonomischen Forschung einen bedeutenden Stellenwert hinsichtlich der These, daß die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit konkreter Produktionszweige nicht zuletzt von ihren *räumlichen* Organisationsformen (auch innerhalb der jeweiligen Standort-Region) beeinflusst wird.⁶ Die Firmenstandorte wurden nach kleinteilig differenzierten Branchen ermittelt, die von den Kategorien der Beschäftigtenstatistik abweichen, und in 5 Gruppen zusammengestellt, die den »profilbildenden Kernsektoren« der Stadtökonomie von Metropolregionen entsprechen:

(1.) Der *Finanzsektor* umfaßt hier 279 Firmensitze von Banken und Versicherungen (Regionale Unternehmens-Zentralen von Banken und Versicherungen, jedoch nicht die lokalen Zweigstellen).

(2.) Der Sektor *unternehmensnahe Dienstleistungen* umfaßt 1667 Firmen der Wirtschaftsberatung und -prüfung sowie Marktforschung, Unternehmen (nur Kapitalgesellschaften) aus dem Bereich Finanzierungsvermittlung und Steuerberatung, Werbeagenturen, Unternehmen aus dem Bereich Datenerfassung und EDV-Beratung, sowie Gebäudereinigung und Wachdienste.

(3.) Der Sektor der *Kulturökonomie* wird in Anlehnung an Scott⁷ von den Beschäftigten in Wirtschaftszweigen konstituiert, die mit der Herstellung kultureller Produkte in weitem Sinne beschäftigt sind: es handelt sich um »Image-Produktions«-Aktivitäten,⁸ deren Produkte und Leistungen in hohem Maße als kulturelle Bedeutungsträger fungieren, als Mittel der sozialen Selbstdarstellung, der Unterhaltung, oder auch als Instrumente der Information, Beeinflussung und Überzeugung. Die Kultur-Produktionen sind in starkem Maße auf wechselnde Geschmacks-, Mode- und Stilrichtungen ausgerichtet. Der Sektor Kultur-Produktionen umfaßt in dieser Studie

⁶ Vgl. A. J. Scott, *Metropolis. From the division of labour to urban form*, Berkeley 1988; M. Storper / A. J. Scott, *The Wealth of Regions: Market Forces and Policy Imperatives in Local and Global Context*, in: *Futures* 5 (1995), S. 505 ff.; S. Krätke, *Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*, Basel/Boston/Berlin 1995.

⁷ Vgl. A. J. Scott, *The Craft, Fashion, and Cultural Products Industries of Los Angeles: Competitive Dynamics and Policy Dilemmas in a Multisectoral Image-Producing Complex*, in: *Annals of the Association of American Geographers* 2 (1996), S. 306 ff.

⁸ Vgl. A. J. Scott (s. A 7); A. J. Scott, *The Cultural Economy of Cities*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 2 (1997), S. 323 ff.

1731 Firmen aus den Bereichen Filmproduktion und -dienstleistungen, Multimedia-, Musikproduktion und Tonstudios, ferner Theater (die hier als Betriebsstätten der Kulturproduktion anzusehen sind), unternehmerische Veranstaltungsdienste (z. B. Konzertagenturen), Designer-Firmen (welche zugleich kulturelle und produktionsbezogene Dienstleistungen erbringen), sowie die Unternehmen des Verlags- und Druckgewerbes.

(4.) Aus den vielen Produktionszweigen der Industrie wird in dieser Studie eine Gruppierung hervorgehoben, die in Debatten um neue industrielle Wachstumsträger und zukunftssträchtige Produktionszweige häufig mit dem simplifizierten Ausdruck »Hochtechnologie«-Industrien umschrieben wurde. Angesichts der Schwächen eines rein technologie-zentrierten Ansatzes und der Abgrenzungsprobleme zwischen »High-, Medium- und Low Tech«-Industrien hat sich inzwischen mehr die Auffassung durchgesetzt, daß eine aussagekräftigere sektorale Gruppierung von Industriezweigen auf die unterschiedliche Intensität von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in verschiedenen Branchen der industriellen Produktion bezogen werden müßte, im Sinne der Erkenntnis, daß die Innovationsfähigkeit einer Industrie für ihre weitere Entwicklung von größerer Bedeutung ist als der Typus der eingesetzten Produktionstechnologien. So folgt die Klassifizierung von Industriezweigen seitens der OECD dem Kriterium der Forschungs- und Entwicklungsintensität, wobei F&E-Aufwendungen als Maßstab für die Gruppierung der verschiedenen Produktionszweige nach ihrem technologischen Entwicklungsniveau dienen.⁹ Auf diesem Hintergrund werden hier als vierter Teilsektor die *F&E-intensiven Industrien* zusammengebracht: dazu gehören u. a. der Luftfahrzeugbau, die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, die Meß-, Regel- und Nachrichtentechnik, Chemie- und Pharmazeutik, sowie der Maschinenbau und Fahrzeugbau. Diese Branchen haben sich im Rahmen einer empirischen Studie der IHK über die Innovationsfähigkeiten der Berliner Wirtschaft auch im Land Berlin generell als die Industriezweige mit einer relativ hohen Intensität von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten herauskristallisiert.¹⁰ In der Analyse von Berliner Standortmustern umfaßt der Sektor F&E-intensive Industrien 867 Firmen aus den Bereichen Software-Entwicklung (die bei traditioneller Sichtweise eher den »Dienstleistungen« zugerechnet würde), Medizintechnik und Biotechnologie, Meß- und Regeltechnik, Lasertechnik, Umwelt- und Solartechnik, Kommunikationstechnik, Chemie- und Pharmazeutik, Verkehrstechnik und Fahrzeugbau, sowie Maschinenbau und Automatisierungstechnik.

⁹ Vgl. OECD (Hrsg.), *Classification of High-Technology Products and Industries*. Working Party No. 9 of the Industry Committee on Industrial Statistics Group of Experts on Science and Technology Indicators, Paris 1995.

¹⁰ Vgl. *IHK Berlin* (Hrsg.), *Zukunftssicherung durch Innovation. Profil, Potential und Strategien der Unternehmen in Berlin*, Berlin 1997.

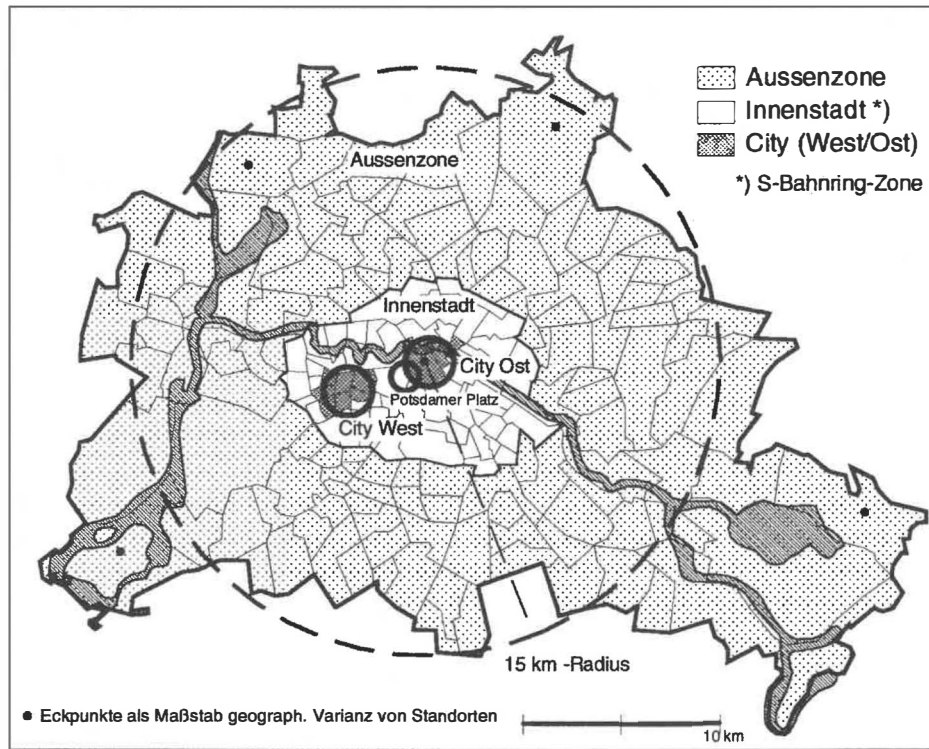
(5.) Auf Basis der Eingrenzung des Sektors F&E-intensive Industrien werden eine Reihe anderer industrieller Produktionszweige in dieser Studie als die Gruppe der »traditionellen« Industrien umschrieben, wobei es nicht um ihre langjährige, teils bis ins vorige Jahrhundert zurückreichende Präsenz im Berliner Wirtschaftsraum geht (dies trifft auch für manche F&E-intensive Branchen zu), sondern eher die vergleichsweise geringe Intensität von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf Branchenebene angesprochen ist. Dabei sollte allerdings nicht verkannt werden, daß einige Regionen im europäischen Wirtschaftsraum gerade in »traditionellen« (Medium- und Low Tech-)Industrien eine hohe Wettbewerbsfähigkeit durch besondere regionalwirtschaftliche Organisationsformen erreichen.¹¹ In dieser Studie umfaßt der Sektor traditionelle Industrien eine Auswahl von 450 Firmen aus den Bereichen Tabakverarbeitung und Zigarettenproduktion, Metallindustrie und Elektrotechnik (wobei einige Firmen der Branche Elektrotechnik auch Produktionsaktivitäten im Bereich der Elektronik haben, die man eigentlich den F&E-intensiven Aktivitäten zurechnen müßte). Die Gruppe der »traditionellen« Industrien umfaßt weitaus mehr Produktionszweige als für diese Studie ausgewählt wurden (z. B. Textil- und Bekleidungsindustrie, Holzverarbeitung und Möbelindustrie, Eisen- und Stahlerzeugung u. a.). Für eine exemplarische Darstellung von räumlichen Organisationsformen scheint die Auswahl hinreichend, zumal einige der hier den F&E-intensiven Industrien zugerechneten Zweige wie Chemie-Industrie, Maschinenbau und Fahrzeugbau unter anderen Kriterien, etwa nach ihrer historischen Bedeutung im Kontext des Berliner Industrieraums und nach ihren Standortmustern auch als »traditionelle« Industrien (Berlins) betrachtet werden dürfen.

Die vorausgehend aufgeführten fünf Teilsektoren können als *profilbildender Kern* der Stadtökonomie einer Metropolregion angesehen werden, insofern als sie den Kreis jener Wirtschaftsaktivitäten umfassen, die den wirtschaftlichen Entwicklungspfad und in Abhängigkeit von ihren Organisationsformen auch die Wettbewerbsfähigkeit der Region in entscheidendem Maße bestimmen. Die anderen Teilsektoren der Stadtökonomie einer Metropole,¹² die hier nicht einbezogen wurden, haben in allen Agglomerationen einen bedeutenden Anteil der Beschäftigten, und sind in erster Linie auf Geschäfte im Bereich der »regionalen« Versorgung der metropolitenan Wirtschaft und Bevölkerung ausgerichtet (Bau- und Energiewirtschaft, Distributionsdienstleistungen und haushaltsbezogene Dienstleistungen), oder dem Verkehrs- und Transportsektor und dem Sektor zentralstaatlicher, regionaler und lokaler Regierung und Verwaltung zuzurechnen.

Die Firmenstandorte wurden 190 Postbezirken der Region Berlin zugeordnet, um die wirtschafts-geographisch irrelevante Untergliederung Berlins in 23 Verwaltungs-

¹¹ Vgl. S. Krätke / S. Heeg / R. Stein, *Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen »Ost« und »West«, Frankfurt am Main/New York 1997.*

¹² Vgl. S. Krätke (s. A 3).



Karte 1: Berlin. Raumgliederung auf Basis von Postbezirken.

Bezirke zu umgehen. Eine Analyse des Standortgefüges im Berliner Wirtschaftsraum kann nicht auf die administrative Regionsgliederung gestützt werden, da die Bezirksgrenzen Berlins in vielen Fällen stadtökonomische Funktionsräume künstlich durchschneiden. Aussagen zum »Zentralisationsgrad« von Wirtschaftsaktivitäten innerhalb der Metropole Berlin setzen im Unterschied zum (weiter unten behandelten) »Agglomerationsgrad« eine bestimmte Raumgliederung als Referenzmaßstab voraus.

Zu diesem Zwecke wird innerhalb der Metropolregion eine Untergliederung in drei Raumzonen vorgenommen: City West und Ost unter Zurechnung einer begrenzten Zahl von Postbezirken, die das bi-polare Stadtzentrum Berlins näherungsweise eingrenzen, Innenstadt unter Zurechnung jener Postbezirke, die innerhalb des klassischen Berliner S-Bahnringes lokalisiert sind, und Außenzone, die alle Postbezirke außerhalb der Innenstadt (S-Bahnring-Zone) in den Grenzen des Landes Berlin umfaßt. Daran anschließend folgt die Umlandzone, welche dem sog. »engeren Verflechtungsraum« Berlins entspricht (und den bereits in der Vorkriegszeit gegebenen Pendler-Einzugsbereich umschreibt).

Unter dem *Zentralisierungsgrad* von Wirtschaftsaktivitäten im Berliner Stadtraum können wir die jeweiligen Anteile von Firmenstandorten in den Raumzonen City und Innenstadt verstehen (vgl. Tab. 1). Wie nicht anders zu erwarten, zeigt der Finanzsektor in Berlin (wie in allen Metropolregionen) den höchsten Zentralisierungsgrad, die Gruppe der traditionellen Industrien den geringsten Grad an räumlicher Zentralisierung. Von größerem Interesse ist eher die empirische Feststellung, daß im Berliner Wirtschaftsraum die Kultur-Produktionen – insbesondere in der Innenstadtzone – einen höheren Zentralisierungsgrad erreichen als die unternehmensnahen Dienstleistungen, und daß zweitens sowohl die Gruppe der F&E-intensiven Industrien als auch der »traditionellen« Industrien einen nach wie vor hohen Anteil von Firmenstandorten innerhalb des Innenstadtbereiches aufweisen (jeweils etwas mehr als 30% der Standorte innerhalb der S-Bahnring-Zone, im Vergleich zu den unternehmensnahen Dienstleistungen mit 37%, und den Kultur-Produktionen mit mehr als 50%).

So zeigt die Betrachtung von Standortverteilungen im Berliner Raum bereits in diesem ersten Schritt der Auswertung: Die Innenstadt der Metropole Berlin ist ein bedeutender Produktionsstandort. Von den einbezogenen 2026 Firmenstandorten in der S-Bahnring-Zone gehören 723 zum Finanzsektor und den unternehmensnahen Dienstleistungen, 887 zum Sektor der Kultur-Produktionen und weitere 416 zu den F&E-intensiven oder den traditionellen Industrien. Die standortpolitischen Implikationen dieser Situation sind weiter unten noch zu erörtern. Dabei geht es um die Frage, ob die derzeitige räumliche Organisation von Sektoren der Berliner Wirtschaft als Ausdruck einer »Rückständigkeit« im Vergleich zu anderen Metropolregionen oder als ein erhaltenswertes Potential anzusehen ist.

Der *Agglomerationsgrad* von Firmenstandorten im Wirtschaftsraum der Metropolregion sagt im Unterschied zum Zentralisationsgrad nichts darüber aus, in welcher Raumzone eine Standortkonzentration festzustellen ist, sondern charakterisiert das Ausmaß der räumlichen Konzentration oder Streuung von Wirtschaftsaktivitäten im Bezugsraum. Die neuere wirtschaftsgeographische Forschung hat eine Tendenz zur »Re-Agglomeration« in einer Reihe von Produktionszweigen herausgearbeitet, und hierzu zahlreiche Fallstudien aus Regionen Europas und Nordamerikas vorgelegt.

Zu den Produktionszweigen, in denen sich Tendenzen der Re-Agglomeration bzw. »Cluster«-Bildung feststellen ließen, gehörten insbesondere »Hochtechnologie«-Industrien (bzw. F&E-intensive Industriezweige), ferner »design-intensive« Industrien, und nicht zuletzt die »Kultur-Industrien«. Neue oder revitalisierte Agglomerationen derartiger Produktionszweige bilden häufig die Basis wettbewerbsfähiger dynamischer Regionalökonomien, wobei sich die hier betrachteten lokalen Agglomerationen teils innerhalb des Gebietes von Großstadt-Agglomerationen, teils in den Randzonen von Metropolregionen, und teils in neu erschlossenen, bisher nicht industrialisierten

	Prozentualer Anteil der Firmenstandorte in Zone:			Streuungs- maß	Agglome- rations- grad	Anzahl Firmen
	City	Innen- stadt	Außen- zone	Varianz (in Mio)	in %	gesamt = 100
Teilsektoren wirtschaftl. Aktivität						
Banken	61,7	31,3	7,0	3,3	93,2	128
Versicherungen	33,1	39,7	27,2	10,6	78,4	151
Finanzsektor zus.	46,2	35,8	17,9	7,3	85,2	279
Wirtschaftsberatung, Marktforsch.	26,1	33,5	40,4	18,6	62,1	490
Finanzierungsvermittlung	28,9	39,4	31,7	14,6	70,2	142
Steuerberatung	22,4	31,5	46,1	16,3	66,7	362
Werbeagenturen	18,7	44,4	36,9	15,6	68,2	225
Gebäudereinigung	3,4	40,1	56,5	27,8	43,3	207
Wachdienste	13,3	37,3	49,4	19,0	61,2	83
Datenerfassung, EDV-Beratung	10,8	47,5	41,8	23,5	52,1	158
Unternehmensnahe Dienstl. zus.	19,6	37,4	43,0	19,0	61,3	1667
Software-Entwicklg.	13,3	35,7	51,0	22,3	54,6	241
Medizintechnik, Biotechnologie	2,2	19,8	78,0	48,8	0,5	91
Meß- u. Regeltechnik	1,3	40,5	58,2	34,0	30,7	79
Umwelttechnik, Solartechnik	9,0	35,2	55,9	18,8	61,7	145
Kommunikationstechnik	18,9	33,6	47,5	20,5	58,1	122
Lasertechnik	0,0	29,4	70,6	9,5	80,6	17
Chemie-u. Pharmazeutik	11,3	18,9	69,8	31,0	36,7	53
Verkehrstechnik u. Fahrzeugbau	0,0	13,5	86,5	33,7	31,3	37
Maschinenbau, Automatis.-technik	1,2	30,5	68,3	36,7	25,2	82
F&E-intensive Industrien zus.	9,0	31,5	59,5	28,0	42,9	867
Tabak- u. Zigaretten-Fabrikation	6,7	33,3	60,0	18,8	61,7	15
Elektrotechnik	0,7	27,0	72,3	39,3	19,9	148
Metallindustrie	1,7	33,8	64,5	31,1	36,7	287
»Traditionelle« Industrien zus.	1,6	31,8	66,4	33,8	31,1	450
Filmproduktion	22,0	50,7	27,4	11,5	76,6	296
Filmdienstleistungen	11,3	53,9	34,8	14,9	69,6	115
Videofilm-Produktion	17,0	56,6	26,4	15,5	68,4	53
Multimedia	8,8	55,9	35,3	15,6	68,2	34
Musikproduktion u. Tonstudios	10,4	54,8	34,8	20,4	58,5	135
Theater	31,1	51,1	17,8	9,3	81,1	90
Theater-Dienstleistungen	0,0	42,9	57,1	36,4	25,9	28
Veranstaltungsdienste	14,1	41,8	44,1	18,2	62,8	177
Designer	19,6	52,2	28,3	14,3	70,8	92
Verlage	17,8	47,8	34,4	15,2	69,1	439
Druckereien	4,0	59,6	36,4	19,4	60,4	272
Kulturökonomie zus.	15,3	51,2	33,5	16,0	67,3	1731
						4994

Tabelle 1: Zentralisierung und Agglomerationsgrad ausgewählter Wirtschaftsaktivitäten im Berliner Stadt-
raum 1997.

Industrieräumen außerhalb der klassischen Industriezentren feststellen ließen.¹³ Für die Bundesrepublik Deutschland wurden solche Tendenzen bisher weder auf regionaler Ebene noch im Blick auf das interne Raumgefüge von Metropolregionen näher untersucht.

In dieser Studie wird der Versuch gemacht, den Agglomerationsgrad einer Vielzahl von Wirtschaftsaktivitäten für den Wirtschaftsraum Berlin sowohl räumlich darzustellen als auch zu quantifizieren. Wir können zunächst die geographische Streuung von Firmenstandorten einer Branche anhand der Varianz (d. h. der quadrierten mittleren Abweichung) zwischen den geographischen Koordinaten der Teilräume eines Untersuchungsgebietes bestimmen. Für den Wirtschaftsraum Berlin heißt das, für verschiedene Branchen die Varianz zwischen den geographischen Flächenmittelpunkten von Postbezirken, in denen sich Firmenstandorte der Branche befinden, zu berechnen und mit der Anzahl Firmen dieser Branche im jeweiligen Postbezirk zu gewichten. Dieses *Streuungsmaß* läßt sich daraufhin in einen *Agglomerationsgrad* umrechnen, der den konkreten Bezugsraum (hier: Berlin) als Referenzmaßstab zugrundelegt: ein Agglomerationsgrad von 100% sei gegeben, wenn sich alle Firmenstandorte einer Branche in einem einzigen Postbezirk konzentrieren; ein Agglomerationsgrad von 0% sei gegeben, wenn sich alle Firmenstandorte einer Branche gleichmäßig auf 5 ausgewählte Bezirke verteilen – einen im Zentrum und 4 an den äußeren Eckpunkten des Bezugsraums Berlin. Somit ist der quantifizierende Ausdruck »Agglomerationsgrad« von den konkreten Dimensionen des Berliner Wirtschaftsraumes abhängig. Ein hoher Agglomerationsgrad kann eine Tendenz zur räumlichen Cluster-Bildung innerhalb einer Branche anzeigen, sagt aber nichts darüber aus, *wo* sich Cluster von Firmenstandorten im Bezugsraum formiert haben. Solche kleinräumigen Standortkonzentrationen können sich in Randzonen und im Umland ebenso wie in innerstädtischen Zonen der Metropolregion ausbilden.

Im Folgenden werden zuerst die Ergebnisse der Berechnung von Agglomerationsgraden der Wirtschaftsaktivitäten im Berliner Raum dargestellt und anschließend für ausgewählte Branchen in räumlich konkretisierter Fassung vorgestellt. Die traditionellen Vorstellungen vom wirtschaftlichen Standortgefüge der Großstadtregion, wonach sich Unternehmens-Hauptquartiere und Finanzsektor im Zentrum (bzw. dem zentralen Geschäftsbezirk), industrielle Produktionsstandorte in den Randzonen konzentrieren, wird auch in den für Berlin berechneten Agglomerationsgraden widergespiegelt: Der Finanzsektor erreicht hier den höchsten Agglomerationsgrad von 85%, die Gruppe der »traditionellen« Industrien den niedrigsten Wert mit 31% (darunter z. B. Firmen der Elektrotechnik mit einem Agglomerationsgrad von unter 20%). Erweiterte Einsicht in die Standortgefüge des metropolitenen Wirtschaftsraumes verspricht die Betrachtung von drei weiteren Branchen-Gruppierungen: Die Gruppe der

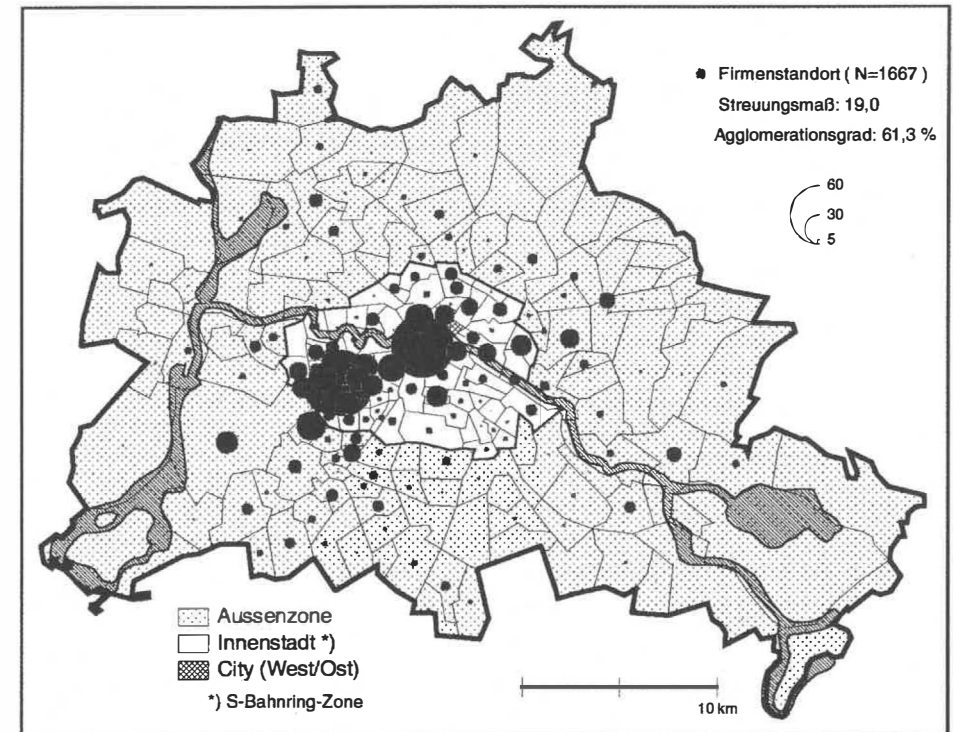
¹³ Vgl. z. B. A. J. Scott, *New industrial spaces*, London 1988; M. Storper / A. J. Scott (s. A 6).

unternehmensnahen Dienstleistungen zeigt einen relativ hohen Agglomerationsgrad von 61% (darunter z. B. Werbeagenturen mit 68%, Gebäudereinigung mit 43%). Dieser Sektor wird aber noch übertroffen vom Sektor der Kultur-Produktionen mit einem Agglomerationsgrad von 67% (darunter z. B. die Filmproduktion mit 76% und die Designer-Firmen mit 71%). Die Gruppe der F&E-intensiven Industrien zeigt mit 43% insgesamt einen wesentlich höheren Agglomerationsgrad als die »traditionellen« Industrien. Bei genauerer Betrachtung sind zwei Teilgruppen zu unterscheiden: Recht hohe und den unternehmensnahen Dienstleistungen ähnliche Agglomerationsgrade erreichen Lasertechnik (80%), Umwelt- und Solartechnik (62%), Kommunikationstechnik (58%) und Software-Entwicklung (55%); dagegen erreichen z. B. Chemie- und Pharmazeutik (37%), Verkehrstechnik und Fahrzeugbau (31%) sowie Maschinenbau (25%) Agglomerationsgrade, die eher den Werten von »traditionellen« Industrien entsprechen. Die von der neueren regionalökonomischen Forschung herausgestellte Tendenz zur Agglomeration und Cluster-Bildung von »Hochtechnologie«-Industrien bzw. F&E-intensiven Industrien lässt sich demnach auch im Berliner Wirtschaftsraum feststellen. Diese Tendenz ist aber nicht für alle dieser Branchen nachzuweisen – einige Produktionszweige aus der Gruppe F&E-intensiver Industrien zeigen (im Berliner Wirtschaftsraum) eher traditionelle, räumlich gestreute Standortmuster ohne Tendenz zur Cluster-Bildung.

In räumlich konkretisierter Darstellungsweise lassen sich eine Reihe von lokalen Agglomerationen besonderer Wirtschaftsbranchen im Berliner Raum zeigen. Erwartungsgemäß werden die Firmenstandorte des Finanzsektors auf die City-Bereiche konzentriert, wobei sich im speziellen raumstrukturellen Kontext der ehemals geteilten Stadt Berlin eine bi-polare City ausbildet (City-West und City-Ost), in der sich der Finanzsektor kleinräumig in zwei zentralen Geschäftsbezirken lokalisiert. Die unternehmensnahen Dienstleistungen zeigen (bei einem im Vergleich zum Finanzsektor insgesamt geringeren Agglomerationsgrad) ebenfalls deutliche Standortkonzentrationen in den beiden City-Bereichen von Berlin. Diese enge räumliche Verschränkung von Finanzsektor und unternehmensnahen Dienstleistungen, die sich in Berlin wie auch in den Zentren anderer Metropolregionen ausbildet, kann als räumlicher Ausdruck einer von Stadtökonomien herausgestellten Formierung »metropolitaner Komplexe strategischer Unternehmensaktivitäten« betrachtet werden.¹⁴

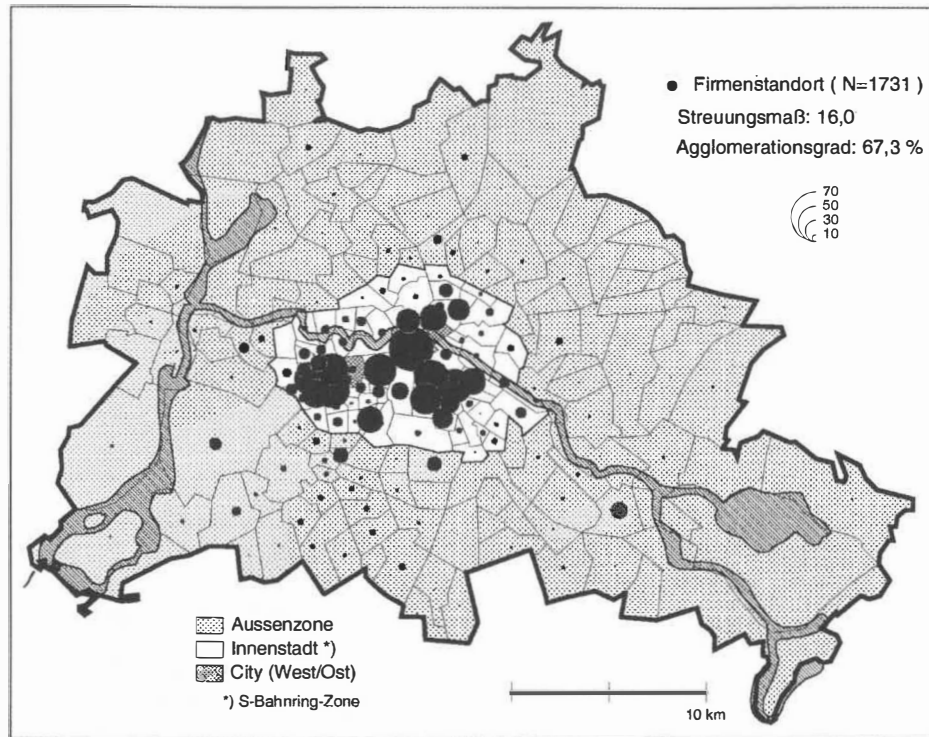
Auch die verschiedenen Branchen der Kultur-Produktion sind in hohem Maße in Teilbezirken der Innenstadt und den beiden City-Bereichen konzentriert. Viele Innenstadtbereiche Berlins sind eher als *kulturelle Produktions-Standorte* zu charakterisieren denn als »Dienstleistungsstandorte«. Eine Differenzierung innerhalb der Branchen der Kulturökonomie zeigt darüberhinaus spezifische lokale Standortkon-

¹⁴ Vgl. T. J. Noyelle / T. M. Stanback, *The Economic Transformation of American Cities*, Totowa 1984; S. Krätke (s. A 6).



Karte 2: Berlin. Standortmuster der unternehmensnahen Dienstleistungen 1997.

zentrationen: Die Filmproduktion z. B. weist eine räumliche Clusterung im Bereich der City-West sowie in Teilen von Wilmersdorf und Schöneberg auf; in der Außenzone des Berliner Stadtraums haben sich eine auffällige Zahl von Filmproduktionen und -dienstleistungen im Bereich des »Forschungs- und Technologie«-Bezirks Adlershof angesiedelt. Bei einer weiträumiger ausgreifenden Betrachtung, die den engeren Verflechtungsraum Berlins mit einschließt, treten zwei bedeutende räumliche Cluster-Bildungen der Filmwirtschaft hervor: erstens der westliche und südliche Teil der Innenstadtzone Berlins und zweitens der (von den UFA- und DEFA-Studios begründete) traditionelle Filmproduktions-Standort Potsdam/Babelsberg. In der »Medienstadt Babelsberg« haben sich der Ostdeutsche Rundfunk, die UFA-Produktionsfirma und rund 100 kleinere Firmen der Medienbranche angesiedelt, darüberhinaus wird künftig auch die Hollywood-Firma Sony Pictures Entertainment in den Babelsberger Studios Filme produzieren. Im Vergleich zu den weiter unten beschriebenen Clusterbildungen anderer Branchen zeigt die Filmwirtschaft in der Metropolregion Berlin die am deutlichsten ausgeprägte Formierung lokaler Unternehmens-Cluster.

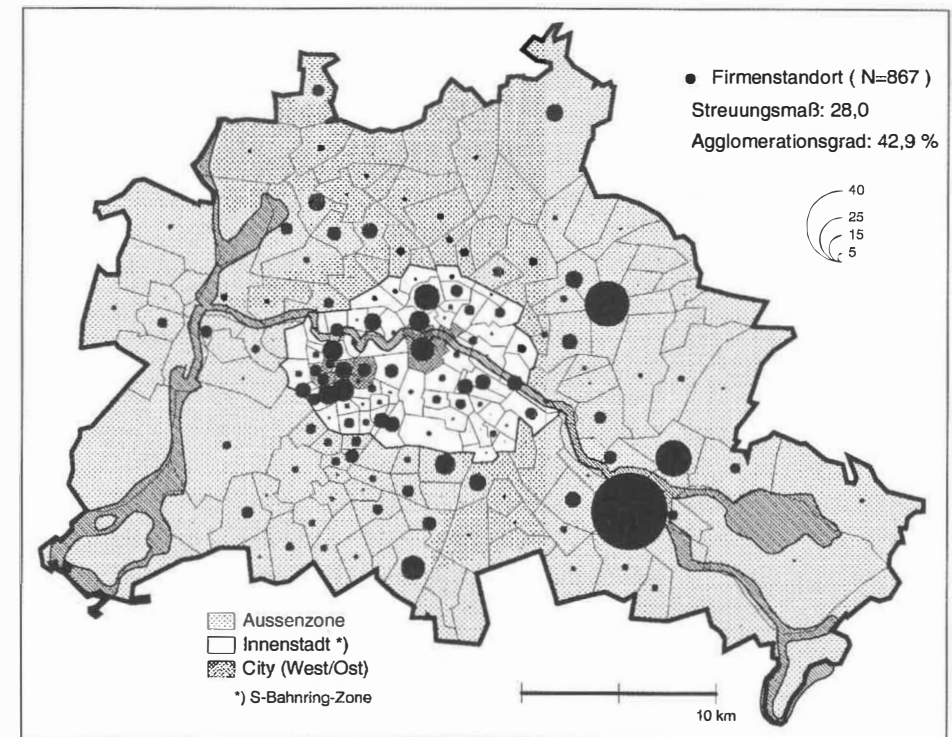


Karte 3: Berlin. Standortmuster der Kulturökonomie 1997.

Spezifische lokale Standortkonzentrationen von Branchen der Kulturökonomie lassen sich z. B. auch für die Firmen des Verlags- und Druckgewerbes oder für die Musikproduktion und Tonstudios nachweisen: Das Verlags- und Druckgewerbe gehört zu den klassischen »Stadt-Industrien« und hat im Berliner Wirtschaftsraum der Innenstadtzone auffällige lokale Cluster in dem zwischen City-West und City-Ost gelegenen Areal sowie im Bereich des (heute wieder citynahen) Stadtteils Kreuzberg ausgebildet (diese Standortkonzentrationen decken sich zum Teil mit dem historischen »Zeitungsviertel« der südlichen Friedrichstadt). Auch Musikproduktion und Tonstudios zeigen eine deutliche Konzentration von Firmenstandorten in Teilbezirken von Kreuzberg.

Die Standortmuster von Branchen der Kulturökonomie im Berliner Raum sind interpretierbar als empirische Fallbeispiele für die These, daß Kultur-Produktionen zur Formierung lokaler Agglomerationen spezialisierter Firmen tendieren.¹⁵ Zu dieser These wurden bisher als Beispiele stets die Metropolregionen London, Paris, New

¹⁵ Vgl. A. J. Scott (s. A 7).



Karte 4: Berlin. Standortmuster der F&E-intensiven Industrien 1997.

York und Los Angeles angeführt (insbesondere in den Branchen Verlags- und Druckgewerbe, Theater und Musikproduktion, Modedesign, Filmproduktion). Die Cluster-Bildung kann (theoretisch) Effizienzgewinne im Bereich der Transaktionen und des Informationsaustausches bringen, und sie kann die Schaffung eines »Pools« an Arbeitskräften mit speziellen Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten erleichtern. Lokale Produktions-Cluster können die Entwicklung der beteiligten Firmen auf längere Sicht stärken, weil sie ihre Lern- und Innovationsfähigkeit auf der Basis eines informellen Netzwerks von Information und branchenspezifischem Erfahrungswissen befördern (dies wird mitunter als die produktive »Atmosphäre« solcher Agglomerationen umschrieben).¹⁶

Eine dritte Gruppe von Wirtschaftsbranchen, die in vielen Metropolregionen deutliche Tendenzen zur räumlichen Cluster-Bildung aufweist, umfaßt die F&E-intensiven Industrien: Die quantitativ bedeutendste Clusterung findet sich in der Außenzone des

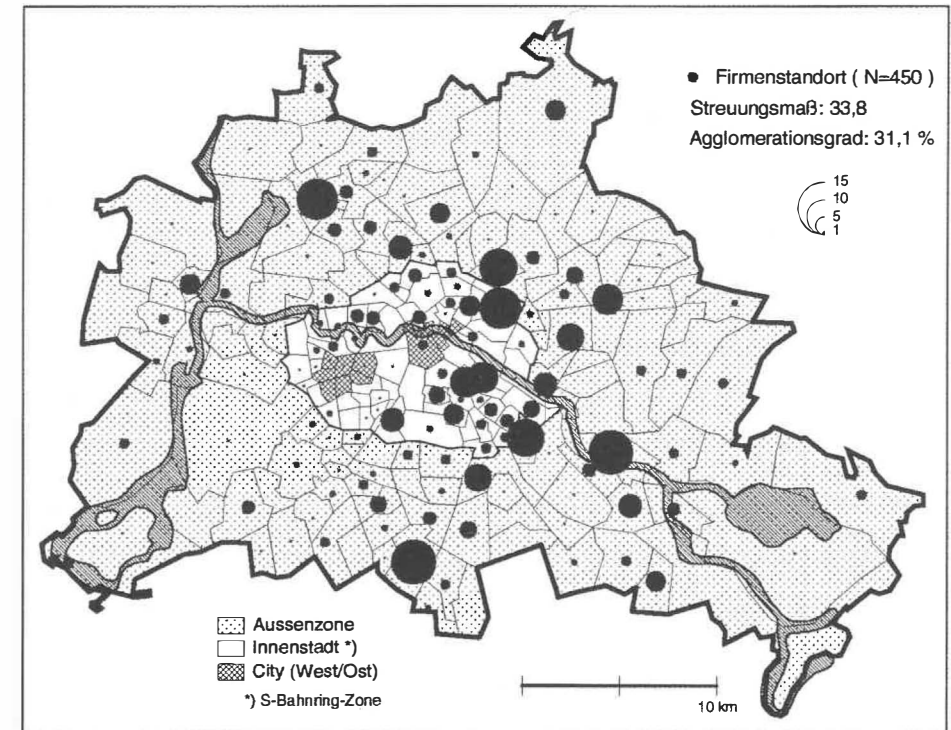
¹⁶ Vgl. M. Storper, *The Regional World. Territorial development in a global economy*, New York 1997.

Berliner Stadtraums in dem »Forschungs- und Technologie«-Bezirk Adlershof, was darauf hindeutet, daß der Standort Adlershof die erfolgreiche Neubildung eines kleinräumigen »Technopols« im Berliner Raum repräsentiert, der eine Vielzahl von Forschungseinrichtungen und technologie-orientierten Kleinunternehmen umfaßt. Das Technologieforum Adlershof hat allerdings Ende 1993 auf eine noch unzureichende Vernetzung der Firmen in Adlershof hingewiesen, insofern als »die meisten Firmen überwiegend mit anderen Berliner Einrichtungen außer halb des Standortes kooperierten und die interne Zusammenarbeit in Adlershof nur schwach ausgeprägt ist«.¹⁷ Wenn die kleinräumige Integration und Vernetzung von Forschung und technologie-orientierten Firmen bis heute nicht wesentlich vorangekommen ist, würde Adlershof nur einen weiteren »Gewerbepark« repräsentieren.

Eine zweite auffällige Standortkonzentration von Firmen aus dem Sektor F&E-intensiver Industrien hat sich in Ost-Berlin im westlichen Teilbezirk des Stadtteils Marzahn gebildet. Adlershof könnte im Berliner Rahmen das auffälligste Beispiel eines »neugestalteten« Produktionsraums für Hochtechnologie-Branchen repräsentieren, obgleich das Gebiet selbst dem Kreis der traditionellen Industriestandorte des Berliner Stadtraums zuzurechnen ist. Die zweite Cluster-Bildung im westlichen Marzahn ist ebenfalls auf dem Gebiet eines der traditionellen Berliner Industriestandorte entstanden, repräsentiert also die Restrukturierung bzw. Revitalisierung eines klassischen Industriestandorts mittels neuer Produktionsaktivitäten. Auch einige der weiteren traditionellen Industriestandorte Berlins zeigen in Ansätzen eine Konzentration von Produktionsaktivitäten aus dem Sektor F&E-intensiver Industrien (Beispiele sind Tempelhof und Marienfelde). Interessanterweise sind in Berlin aber zahlreiche Teilbezirke im Gebiet der beiden Stadtzentren und in der Innenstadtzone ein quantitativ bedeutsamer Produktionsraum für Firmen aus den F&E-intensiven Branchen. Neben den kleinräumigen lokalen Konzentrationen in Teilen der beiden Stadtzentren gehören zu diesen »revitalisierten« innerstädtischen Produktionsräumen z. B. Teilbezirke des Stadtteils Wedding und der sog. »Spreebogen«-Komplex auf dem Gelände des traditionellen Industriestandorts Moabit.

Am Beispiel der Firmenstandorte von Unternehmen der Meß- und Regeltechnik kann gezeigt werden, daß sich auch in der Umlandzone Berlins lokale Cluster von speziellen Branchen aus der Gruppe F&E-intensiver Industrien gebildet haben. Neben einer kleinräumigen Standortkonzentration auf dem Gebiet des Technopols Adlershof (Außenzone des Stadtgebiets) haben sich lokale Cluster von Firmen der Meß- und Regeltechnik an den südwestlichen Rändern des Berliner Stadtgebiets formiert, insbesondere in Teltow, Stahnsdorf und Potsdam. Dagegen haben die Firmen des Maschinenbaus, einer Branche, die ebenfalls der Gruppe F&E-intensiver Industrien zugeordnet werden kann, im Berliner Wirtschaftsraum ein Standortmuster, das durch

¹⁷ Der Tagesspiegel, 28. 11. 1993.



Karte 5: Berlin. Standortmuster der »traditionellen« Industrien 1997.

vergleichsweise stärkere räumliche Streuung im Stadtgebiet wie auch in der Umlandzone gekennzeichnet ist. Innerhalb dieser Branche gibt es nur wenig ausgeprägte Standortkonzentrationen (darunter z. B. Köpenick), die sich meist auf dem Gebiet traditioneller Industriestandorte Berlins (wie z. B. Tempelhof/Britz und Marienfelde sowie Lichtenberg) befinden.

Die Firmen der in diese Studie einbezogenen Branchen von »traditionellen« Industrien zeigen insgesamt, insbesondere im Vergleich zu den F&E-intensiven Industrien, eher ein räumlich gestreutes Standortmuster als eine Tendenz zur kleinräumigen Standortkonzentration. In der räumlichen Darstellung treten hier zugleich die traditionellen Standortbezirke der Berliner Industrie hervor, die sich im Zuge mehrerer historischer Schübe von Randwanderungen der Berliner Industrie seit Ende des 19. Jahrhunderts formiert hatten.¹⁸ Dazu gehören Siemensstadt/Gartenfeld, Tegel/Wittenau, Lichtenberg, Oberschöneweide, Johannisthal, Tempelhof, Mariendorf/Marienfelde. Ferner gehören dazu in der östlichen Innenstadtzone Teilbezirke der Stadt-

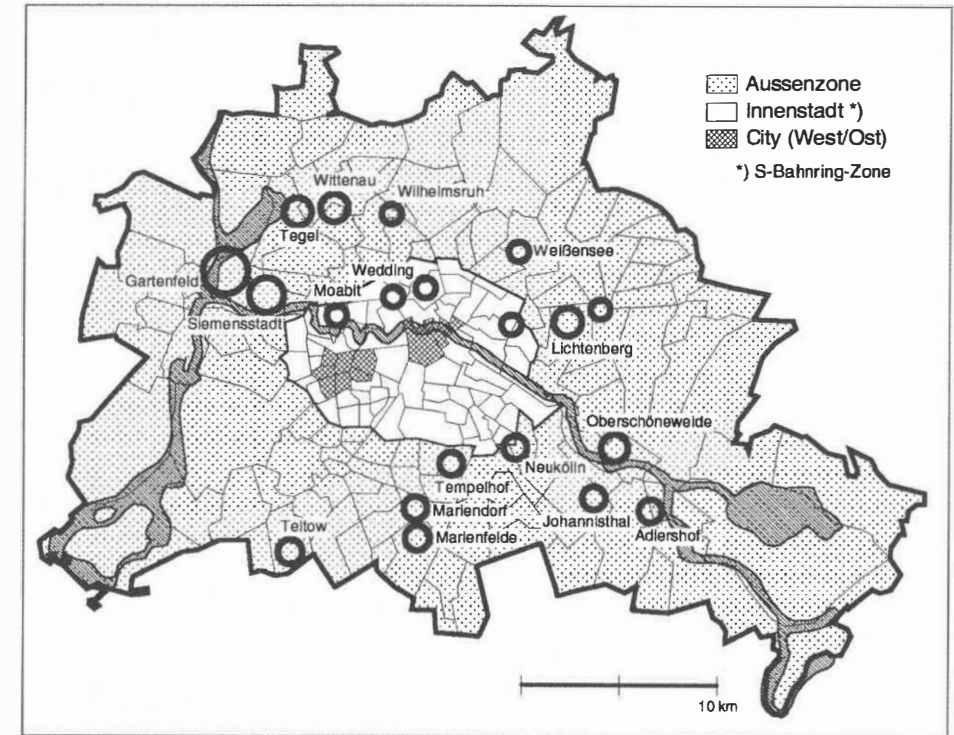
¹⁸ Vgl. A. Zimm, Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin, Berlin 1959.

teile Kreuzberg und Neukölln sowie Prenzlauer Berg. Der relativ geringe Agglomerationsgrad der traditionellen Industrien ist auch in den Standortmustern spezieller Branchen wie der Elektroindustrie und der Metallindustrie erkennbar (letztere zeigt auch in der Umlandzone ein relativ weit gestreutes Standortmuster, in dem nur die traditionellen Umland-Standorte der Metallindustrie wie Potsdam, Falkensee, Hennigsdorf und Oranienburg stärker hervortreten).

Die Analyse der unterschiedlichen Standortmuster einzelner Branchen und Branchen-Gruppen im Berliner Raum ist sinnvollerweise um die Frage zu erweitern, ob sich in diesem metropolitanen Wirtschaftsraum auch kleinräumige lokale Unternehmens-Cluster formiert haben, d. h. lokale Agglomerationen von Firmenstandorten mit komplementären Aktivitäten, aber *verschiedener* Branchenzugehörigkeit. Eine *räumliche* Cluster-Bildung kann Unternehmenskooperationen und funktionale Verflechtungen in komplementären Produktionsaktivitäten befördern, sagt aber wohlgemerkt nichts über die Art und Weise von Vernetzungen und Unternehmensbeziehungen innerhalb der Standortkonzentration aus. Neuere regionalökonomische Forschungen stellen heraus, daß lokale Agglomerationen von komplementären Produktionsaktivitäten auch unabhängig von der Existenz formeller Unternehmensverflechtungen und -Kooperationen vermittelt über informelle Kommunikation die »Lernfähigkeit« der hier agierenden regionalökonomischen Akteure steigern können (und damit zur Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaft positiv beitragen).¹⁹

Die Identifikation von lokalen Unternehmens-Clustern im Berliner Wirtschaftsraum wurde im Rahmen dieser Studie nach folgendem Verfahren durchgeführt: es werden jene Teilbezirke (Postbezirke) gesucht, in denen mehrere Branchen mit einem jeweils auffällig hohen Anteil der Firmenstandorte der Branche lokalisiert sind. Eine »auffällig hohe« Konzentration sei gegeben, wenn die Anzahl der Firmenstandorte einer Branche im betreffenden Teilbezirk mehr als 100% über ihrem durchschnittlichen Anteil in Teilbezirken, wo Standorte der betreffenden Branche lokalisiert sind, liegt. Nach diesem Verfahren können im Berliner Wirtschaftsraum 15 lokale Unternehmens-Cluster identifiziert werden, die jeweils unterschiedliche »Aktivitäts-Profile« aufweisen. Die durchschnittliche Zahl der in den Teilbezirken mit Clusterbildung erhobenen Firmenstandorte beträgt 92, die durchschnittliche Anzahl clusterbildender Firmen beträgt 50. Zum lokalen Unternehmens-Cluster werden also nicht alle im betreffenden Teilbezirk ansässigen Firmen zusammengefaßt. So gehören etwa zu einem lokalen Unternehmens-Cluster, dessen profilbildende Branchen z. B. Filmproduktion, Musikproduktion und Tonstudios sind, nicht die im gleichen Teilbezirk ansässigen Firmen der Metallindustrie oder Tabakverarbeitung. Die durchschnittliche

¹⁹ Vgl. M. Storper (s. A 16); B. Asheim / M. Dunford, Regional Futures, in: Regional Studies 5 (1997), S. 445 ff.



Karte 6: Berlin. Traditionale Industriestandorte der Kernstadt: bedeutende Industriegelände aus Entwicklungsphasen bis 1945.

Anzahl von 50 clusterbildenden Firmen in einem Teilbezirk ist unter bestimmten Aspekten von größerer Relevanz als die Zusammenstellung von Beschäftigtenzahlen – so können z. B. 50 Firmen mit je 20 Beschäftigten in einem Teilbezirk der Metropolregion ein lokales Unternehmens-Netzwerk mit komplementären Aktivitäten formieren (im Sinne einer möglichen Option), nicht aber ein singuläres Großunternehmen mit 1000 Beschäftigten. Lokale Clusterbildung ist daher vor allem unter dem Aspekt der Formierung entwicklungsfähiger regionaler Organisationsformen des Unternehmenssektors von Interesse.

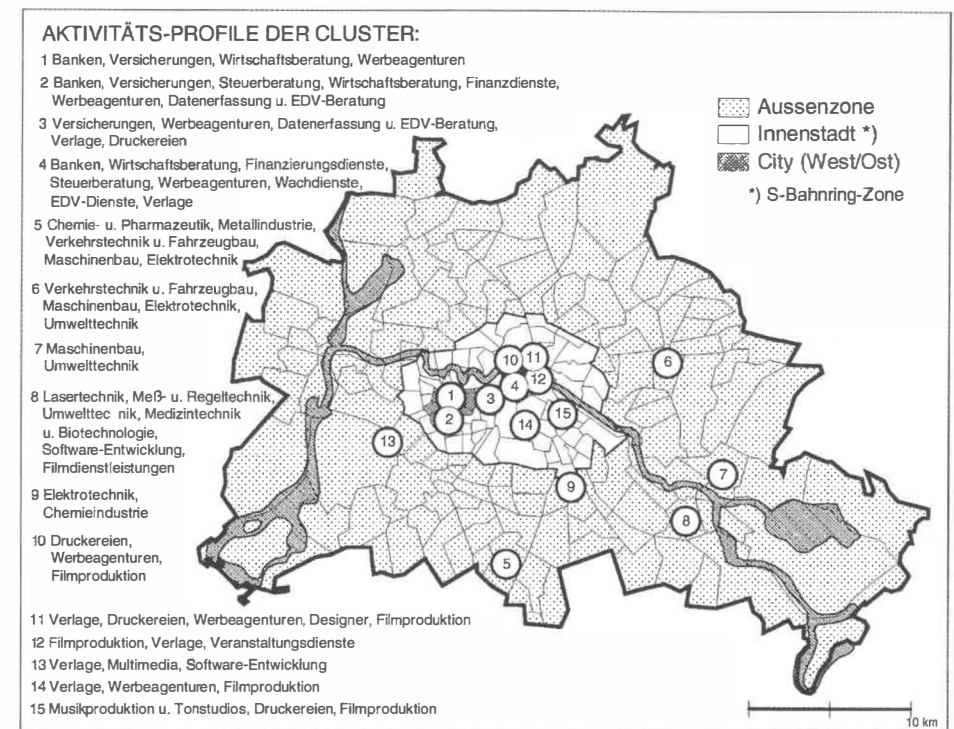
Die im Berliner Wirtschaftsraum speziell in den Grenzen des Landes Berlin identifizierten 15 lokalen Unternehmens-Cluster verteilen sich auf alle Raumzonen des Stadtgebietes und bilden nach ihrem jeweiligen »Aktivitäts-Profil« drei Gruppen:

(1.) Die erste Gruppe (Cluster 1–4) umfaßt 4 lokale Agglomerationen im Bereich der City-West und -Ost sowie dem zwischen diesen beiden Zentren gelegenen Areal. Das Branchenprofil ist hier durch ein Übergewicht von Firmenstandorten des Finanzsektors und der unternehmensnahen Dienstleistungen bestimmt.

(2.) Die zweite Gruppe (Cluster 5–9) umfaßt 5 lokale Agglomerationen im Bereich der Außenzone des Berliner Stadtgebiets. Das Branchen-Profil ist hier durch Industrie-Aktivitäten charakterisiert, wobei die Cluster überwiegend Standortkonzentrationen von Firmen aus F&E-intensiven aufweisen. Diese Cluster liegen auf dem Gebiet von traditionellen Industriestandorten des Berliner Raumes. Dies kann zum einen Ausdruck von Prozessen der Restrukturierung einiger traditioneller Industriestandorte Berlins in Richtung auf einen Branchen-Mix mit höherem Anteil F&E-intensiver Produktionen sein. Die in Ost-Berlin lokalisierten Cluster sind dagegen eher ein Ausdruck von Prozessen der Restrukturierung früherer industrieller Organisationsformen, d. h. der Transformation von Kombinati-Strukturen (über Teil-Privatisierungen, Ausgründungen usw.) in eine gegenüber der vertikal integrierten Kombinati-Form relativ große Zahl von Einzelfirmen, die in dem ehemaligen Standortraum des Kombinats in enger räumlicher Nachbarschaft agieren. Diese spezielle Art der Formierung neuer Produktions-Cluster im Kontext des Transformationsprozesses kann mit den bekannten Interpretationsmustern von industriellen Clusterbildungen nicht hinreichend erfaßt werden. Der einzige Unternehmens-Cluster im Berliner Stadtraum, dessen Branchen-Profil ganz eindeutig von F&E-intensiven Produktionen (die mitunter als Hochtechnologie-Industrien umschrieben werden) bestimmt wird, und der zugleich einen weitgehend neugestalteten Produktionsraum in der Außenzone des Stadtgebietes repräsentiert, ist der »Technopol« Adlershof.

(3.) Die dritte Gruppe (Cluster 10–15) umfaßt 6 lokale Agglomerationen, die mit einer Ausnahme (Grunewald) alle im Bereich oder in Randbezirken der City-Ost und in relativ citynahen Innenstadtbezirken des Stadtteils Kreuzberg liegen (Mehringdamm/Gneisenaustraße und beiderseits Oranienstraße/Görlitzer Bahnhof). Das Branchen-Profil ist hier durch eine Dominanz von Firmenstandorten aus dem Sektor Kultur-Produktion bestimmt. Die Mehrzahl der empirisch identifizierbaren lokalen Unternehmens-Cluster liegt somit in der Innenstadtzone Berlins und ist auf Kultur-Produktionen spezialisiert.

Im Bereich der City-Ost (Bezirk Mitte) findet sich heute die größte Dichte und Vielfalt an Kultureinrichtungen, die weit über die in der Standortanalyse registrierten Firmen aus verschiedenen Branchen der formellen Kulturökonomie hinausreichen, d. h. auch eine Vielzahl von »informellen« Kulturbetrieben und experimentellen Kulturproduktionen umfassen. Die räumliche Dichte und Vielfalt an etablierten wie experimentellen Kulturproduzenten schafft die Basis für die besondere Kreativität, Lebendigkeit und Anziehungskraft dieses kulturellen Produktionsbezirks. Die Kulturökonomie der Metropole läßt sich nicht auf die etablierten repräsentativen Kulturbetriebe und erst recht nicht auf die Verkaufsinrichtungen der Kulturökonomie reduzieren, sondern lebt gerade auch von der Vielfalt kleiner innovativer Kulturproduzenten und dem Austausch zwischen diesen und den etablierten Kul-



Karte 7: Lokale »Cluster« in Berlin: Agglomerationen von Firmenstandorten in verschiedenen Teil-ökonomien 1997.

turbetrieben, d. h. von der »kreativen Atmosphäre« einer lokalen Agglomeration von Kulturproduzenten mit verschiedenen Spezialisierungsrichtungen und Organisationsformen.

3. Zusammenfassung und standortpolitische Implikationen

Die Existenz einer Vielzahl kleinräumiger Agglomerationen von Firmenstandorten spezieller Branchen-Gruppen, die sich in verschiedenen Zonen des Berliner Wirtschaftsraumes verteilen, macht die Komplexität der räumlichen Organisation einer metropolitenen Wirtschaftsregion deutlich. Mit Bezug auf die identifizierbaren lokalen Branchen-Cluster läßt sich auch die Aussage treffen, daß der Wirtschaftsraum der Metropole ein von städtischen Infrastrukturen verbundenes Netzwerk von spezialisierten Produktions-Distrikten darstellt. Soweit unternehmensnahe Dienstleistungen in der internationalen Debatte auch als »service industries« und Kultur-Produktionen als »culture industries« bezeichnet werden, ist also die These von Lipietz ge-

rechtfertigt, daß metropolitane Wirtschaftsräume als ein »network of districts« zu charakterisieren sind.²⁰ Für die Umkehrung dieses Ausdrucks bei Lipietz zu der These, daß metropolitane Wirtschaftsräume zugleich als ein »district of networks« anzusehen seien,²¹ kann die vorliegende Untersuchung keine empirische Untermauerung bringen, weil eine Erörterung dieser These Erkenntnisse über die Intensität und Qualität von Unternehmensverflechtungen und -kooperationen im Berliner Raum voraussetzt.

Die Berliner Innenstadtzone und Teile der beiden Zentren sind nicht nur ein bedeutender Produktionsstandort speziell für F&E-intensive Industrien, sondern insbesondere ein *kultureller Produktionsstandort*. Diese Spezifizierung ist gegenüber undifferenzierten Vorstellungen einer »Dienstleistungsmetropole« Berlin zu betonen, da sie hiervon abweichende standortpolitische und stadtentwicklungspolitische Implikationen nahelegt.

Die Tatsache, daß die derzeitige räumliche Organisation von profilbildenden Sektoren der Berliner Industrie den Stadtraum der Metropole als Produktionsstandort charakterisiert, in dem neben den unternehmensnahen Dienstleistungen bedeutende Konzentrationen von Firmenstandorten des industriellen Sektors und der Kultur-Produktion verteilt sind, ist nicht als Ausdruck einer »Rückständigkeit« Berlins im Vergleich zu anderen Metropolen zu betrachten. Daß in Berlin citynahe Räume und die Innenstadtzone ein bedeutender Produktionsstandort für Kultur-Industrien sowie F&E-intensive Produktionszweige sind, stellt im Vergleich zu dem stark entmischten innerstädtischen Wirtschaftsraum führender europäischer Metropolen wie z. B. Paris ein Spezifikum der Berliner Metropolregion dar: Die sog. »Berliner Mischung«, welche gewöhnlich als kleinräumige und kleinteilige Mischung von Wohnen und Gewerbe in den baulich verdichteten Stadtquartieren Berlins verstanden wird, existiert auch auf der höheren Maßstabebene einer *gesamstädtischen* Betrachtung. Die vielfältigen Produktionsaktivitäten, die sich bis heute noch im inneren Stadtgebiet der Metropolregion lokalisieren, und dort häufig auch lokale Agglomerationen (Cluster-Bildungen) mit einem spezifischen Aktivitätsspektrum formiert haben, können auch als erhaltenswertes und entwicklungsfähiges Potential angesehen werden.

Im Jahre 1997 stellte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umwelt und Technologie ein neues Konzept zur »Gewerbeflächenentwicklung Berlin« vor,²² in dem man erhaltenswerte Industrie- und Gewerbestandorte mit speziellen Branchen-Profilen zu definieren sucht und konzeptionell die räumliche Verknüpfung von Stand-

²⁰ Vgl. A. Lipietz, The Local and the Global: Regional individuality or interregionalism?, in: Transactions of the Institute of British Geographers 1 (1993), S. 8 ff.

²¹ Vgl. A. Lipietz (s. A 20).

²² Vgl. *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz* (Hrsg.), *Gewerbeflächenentwicklung Berlin*, Berlin 1997; siehe auch *dies.* (Hrsg.), *Konzept zur Industrie- und Gewerbeflächensicherung*. Berlin 1993.

orten der Produktion mit Standorten von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten herausstellt. Hier scheint nun die stadtpolitisch zukunftsweisende Erkenntnis an Boden zu gewinnen, daß die Perspektiven einer Ausweitung von unternehmensnahen Dienstleistungen nicht zuletzt von einer Revitalisierung von Industrie- und Produktionsaktivitäten im Berliner Raum abhängen. Viel zu lange hat man sich in Berlin berauscht an der Errichtung einer Immobilien-Fassade, d. h. der Produktion neuer Bürohallen durch heimische oder internationale Immobilienfirmen und Subventionsjäger, die mit den Produktionsaktivitäten einer funktionsfähigen Stadtökonomie nicht nur wenig zu tun haben, sondern diese sogar nachhaltig untergraben können (womit die für industriell-gewerbliche Arbeitsplätze und Betriebe zerstörerischen Effekte des »metropolitanen« Immobiliengeschäftes angesprochen sind).²³ Berlin müßte heute u. a. sein Konzept zur Flächensicherung für die Produktionsräume der Stadt auf eine ganze Reihe von Produktionsaktivitäten und Gewerbestandorten der Innenstadtzone erweitern, insbesondere auf jene Gebiete, in denen sich lokale Cluster von Industrie- und Kultur-Produktionen formiert haben. Hier eröffnet sich der Berliner Politik eine Möglichkeit, gegenüber anderen, funktions-räumlich verödeten Metropolen ein eigenes zukunftsweisendes Profil der Stadt zu bewahren und weiter zu entwickeln.

²³ Vgl. S. Krätke, Bodenmarkt und Stadtentwicklung. Zur Rolle des Immobilienkapitals im Zeitalter der Globalisierung, in: H.G. Bell / A. Nables (Hrsg.), *Vor dem Kollaps? Die Zukunft der großen Städte*, Dortmund 1997, S. 103 ff.

Heinrich Heidebrecht

Einflüsse der deutschen Romantik auf die russische Baukunst

Dem Ruf der Zaren folgend, gingen deutsche Baumeister bereits vor Jahrhunderten nach Rußland, um von den dort reichlich gebotenen Entfaltungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen und ihren Beitrag zum Ausbau russischer Städte zu leisten. Die meisten wirkten in Moskau oder später in St. Petersburg.¹ Das beginnende 19. Jahrhundert brachte den Untergang der französischen Hofkultur mit sich, die während einer ganzen Epoche den Geist Europas beherrscht hatte. Das Entstehen romantischer Nationalkulturen war eine Reaktion auf die zurückliegenden Jahrhunderte aufklärerischer Emanzipation und Spaltung. Indem man das Erbe der Antike und des Mittelalters neu aufarbeitete, besann man sich auf die gemeinsamen Wurzeln und versuchte das Auseinanderfallen europäischer Nationen aufzuhalten. So verwundert es nicht, daß die Ideen der Romantik am deutlichsten bei den nach Einheit strebenden Deutschen zutage traten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeichnet sich in Rußland eine immer deutlichere Orientierung zur deutschen Kultur ab. Es waren nicht nur die traditionsreichen dynastischen Verbindungen am Hofe und der gemeinsame Kampf gegen das Napoleonische Frankreich. Großen Einfluß auf das geistige Rußland übte damals die Schellingsche Philosophie der Romantik aus, die sich vor allem in der Literatur, aber auch in der Baukunst auswirkte. Einen Ausweg aus dem erstarrten klassizistischen Architekturschema suchend, lehnte man sich zunehmend an deutsche Vorbilder an.

Peter Speeth

Obwohl man seit 1725 an der neugegründeten Petersburger Akademie eigene Architekten und Künstler ausbildete und der Import von ausländischen Fachleuten als Massenphänomen dem 18. Jahrhundert angehörte, ließ im östlichen Riesenreich der Bedarf an qualifizierten Westeuropäern auch weiterhin nie nach.

So verschlug es Peter Speeth (1772–1831), einen der bekanntesten Baumeister der Stadt Würzburg, nach Rußland. Speeth ist in Mannheim geboren, ging zur Schule in München und verlebte einige Jahre zuerst in Frankfurt am Main, dann in Amorbach. Erst im Dienste des Großherzogs Ferdinand von Würzburg brachte er es zu seinen höchsten architektonischen Leistungen, unter denen das klassizistische Zuchthaus be-



Abb. 1: Alexander-Newski-Kapelle im Schloßpark von Peterhof, Entwurf: *Karl Friedrich Schinkel*, 1829. Der mittelalterlich anmutende Bau verfügte im Keller über eine moderne Heizungsanlage, die den Boden der Kapelle aufwärmte und die Regenleitungen in den Ecktürmen vor dem strengen Frost schützte. Nach jahrzehntelanger Verwahrlosung des Gebäudes erfolgte jüngst eine umfassende Restaurierung, wobei einige gußeisernen Statuen in den Nischen der verputzten Mauerflächen noch fehlen (Aufnahme von 1997).

¹ H. Heidebrecht, *Deutsche Baumeister in Rußland. 18. Jahrhundert*, Stuttgart 1996.

sonders bekannt ist. Baron von Wielinghausen, kaiserlich-russischer Staatsrat, wurde während seiner Reise durch Würzburg auf den imposanten Gefängnisbau aufmerksam. Er ließ von dem Gebäude Pläne anfertigen und nach Petersburg einsenden. Dies soll zur Folge gehabt haben, daß Peter Speeth 1826 durch den Grafen Kotschubei dem Kaiser von Rußland und dem Grafen Woronzow empfohlen wurde.²

Ein Angebot, für Rußland tätig zu werden, kam dem Architekten sehr gelegen: Speeth war bereits seit einigen Jahren ohne feste Anstellung und verdiente seinen Unterhalt durch Privataufträge und Lehrunterricht. Als das Großherzogtum Würzburg 1814 wieder an Bayern fiel, wurde auch das Würzburger Hochbauamt von Personal Kürzungen betroffen. Diese Umstrukturierungen boten der Obrigkeit eine günstige Gelegenheit, sich des nicht immer bequemen Baumeisters zu entledigen. Dem talentierten Architekten wurden Verwaltungsmißstände und Geldverschwendung vorgeworfen, und in einem königlichen Reskript mit Wirkung vom 1. Dezember 1815 sprach man ihm die Pensionierung aus.³

Speeths Rußlandreise erinnert mit ihrer Vorgeschichte an die des preußischen Hofbaumeisters Andreas Schlüter, der 1713 nach dem Tode Friedrichs I. kaum noch Möglichkeiten sah, in Deutschland größere Aufträge zu erlangen, und den ihm vom Generalfeldzeugmeister Peters des Großen vorgelegten Arbeitsvertrag unterschrieb. Ähnlich wie Schlüter, der auf dem Posten des ersten Petersburger Generalbaudirektors nur noch ein Jahr zu leben hatte, war es auch Speeth nicht vergönnt, längere Zeit in Rußland zu wirken und sein Talent in vollem Maße zu entfalten.

Neuere Funde aus dem Russischen Staatsarchiv geben genaueren Aufschluß über die Ernennung Speeths zum »Bessarabischen Gebietsarchitekten«.⁴ Dies geschah durch die Vermittlung des Generalgouverneurs von Noworossijsk und Bessarabien Graf Woronzow, in dessen südrussischen Gouvernements »einschließlich Odessa« Peter Speeth nun als Hauptarchitekt aktiv werden durfte. Seine vertragliche Bindung für die nächsten zehn Jahre und die ihm zustehende Gehaltshöhe werden im Briefwechsel zwischen dem russischen Finanzminister Murawjow und dem Minister des Innern Salkowski unter Berufung auf »seine Kaiserliche Hoheit« detailliert geschildert. Dem fränkisch-bayerischen Baumeister wurde außerdem die Erlaubnis erteilt, in Südrußland »auf eigene Kosten eine Architekturschule und eine lithographische Werkstatt für Kunsterzeugnisse und Schriftwerke einzurichten«.

Gesicherte Angaben über den weiteren Werdegang von Peter Speeth fehlen. Laut Naglers Künstler-Lexikon soll er in Kischinew den Bau der Metropolitankirche (wohl: Metropolitankirche) geleitet haben, »an dessen Vollendung ihn aber 1831 der

² I. Haug, Peter Speeth, Architekt, 1772–1831, phil. Diss. Bonn 1969, S. 32.

³ Ebda., S. 28 f.

⁴ *Russisches Staatsarchiv*, St. Petersburg, Delo o nasnatschenii Bessarabskim oblastnym architektom Speta (Akte über die Ernennung Speeths zum Bessarabischen Gebietsarchitekten), Fonds 1285, Liste 8, Akte 3039, 29. 08. 1828–06. 10. 1828.

Tod hinderte«.⁵ Im Lexikon der bildenden Künstler von Thieme und Becker fallen die Angaben zur Speeths Tätigkeit in Rußland noch knapper aus, enthalten jedoch einen Hinweis auf den angeblichen Sterbeort des Architekten: die Schwarzmeermetropole Odessa.⁶

Ingrid Haug, die den Architekten Peter Speeth und sein Werk zum Thema ihrer Dissertation machte, weiß außerdem über einige von ihm signierte Zeichnungen zu einer gotischen Kirche für Rußland zu berichten. Die Pläne tragen das Datum 1825 und werden im Museum der Akademie der bildenden Künste in St. Petersburg aufbewahrt. Als 1829 Zar Nikolaus I. mit seiner Gattin Alexandra Fjodorowna, der jüngsten Tochter Friedrich Wilhelms III. Charlotte in Berlin weilte, wurde Karl Friedrich Schinkel ebenfalls mit dem Entwurf einer Kapelle »in reichem Mittelalterstyl« betraut.⁷ Nach bereits vier Jahren entstand im Schloßpark von Peterhof nach Schinkelschen Plänen ein beschaulicher und wohlproportionierter Bau, der Alexander-Newski-Kapelle getauft wurde. Fast zur gleichen Zeit (1831) wurde auch in Pargolowo – unweit von Petersburg – von Alexander Brüllow eine orthodoxe Kirche im neugotischen Stil errichtet. Die Fassaden dieser Bauten paßten sich den gerade in Mode gekommenen romantischen Architekturströmungen an, wobei das Kircheninnere alle Voraussetzungen für die Einhaltung des orthodoxen Ritus bot. Seitens der Geistlichkeit soll es dennoch Widerstand gegen den zu westlich wirkenden Schinkelschen Sakralbau gegeben haben.⁸ Möglicherweise war der Bedarf an orthodoxen Gotteshäusern in »gotischer Manier« nun gedeckt, jedenfalls kam dieser Entwurf von Peter Speeth nie zur Ausführung.

Alexander Brüllow und die evangelisch-lutherische St. Petrikirche

Unter den einheimischen Spezialisten waren es oft Deutsche, die in russischen Diensten als Baumeister hervortraten. Alexander Brüllow (1798–1877), einer der bedeutendsten Baumeister des Zarenhofes und Mitglied mehrerer führender Bildungsanstalten Europas, hat die Architektur seines Landes genauso entscheidend mitgeprägt wie die bildende Kunst sein knapp über ein Jahr jüngerer, jedoch wesentlich berühmterer Bruder Karl. Alexander leitete den Ausbau des kaiserlichen Winterpalais', nach seinen Plänen wurden das Marmorpalais und das Michaelstheater umgestaltet. Zu seinem architektonischen Nachlaß zählen solch beachtenswerte Werke wie das Observatorium zu Pulkowo, das neue Exerzierhaus, das Alexanderhospital und das Stabsgebäude der Garden am Petersburger Schloßplatz.

⁵ G. K. Nagler, Neues allgemeines Künstler-Lexicon, München 1847, Bd. 17, S. 128.

⁶ U. Thieme / F. Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Leipzig 1937, Bd. 31, S. 351.

⁷ M. Kühn, Karl Friedrich Schinkel, Lebenswerk. Ausland, Bauten und Entwürfe, München/Berlin 1989, S. 48.

⁸ Ebda.

Alexander Brüllow kam in St. Petersburg als Sohn von Paul Georg und Maria Elisabeth Brüllo zur Welt. Die väterliche Linie geht auf den Lüneburger Johann Georg Brüllo (1716–1787), den Großvater des Architekten, zurück, der bereits in seiner Heimatstadt als Bildhauer tätig war. Sein Sohn, Paul Georg Brüllo, 1758 im damals preußischen Lüneburg geboren und um 1770 nach Rußland gekommen, war also Vater des künftigen Architekten Alexander Brüllow. Er war ebenfalls Bildhauer und unterrichtete an der Petersburger Akademie der Künste. Obwohl Paul Georg Brüllo schon als Kind Lüneburg verlassen hatte, unterhielt er auch noch im Alter Beziehungen zu seinen norddeutschen Verwandten, die er 1828 zum letzten Mal besuchte.⁹

Russischen Literaturquellen zufolge soll der Familienname Brüllo auf hugenottische Abstammung hinweisen, was allerdings neuzeitliche Nachforschungen von Professor Erik Amburger nicht bestätigen konnten. Der Genealoge Amburger verfolgte den Stammbaum Brüllo bis in das Jahr 1684 zurück (d. h. noch vor der Aufhebung des Gnadenediktes von Nantes, welche bekanntlich die größten Auswanderungswellen aus Frankreich verursachte) und vermochte bei dessen Vertretern, abgesehen von ausgeprägten künstlerischen Veranlagungen, keine für Lüneburger Verhältnisse hervorstechende Normabweichungen festzustellen: »Die ersten dort nachweisbaren Namensträger haben den Namen Brüllo [nicht Brulleau oder gar Brulleau, wie andere Überlieferungen sonst verlauten, H. H.], gehören zu lutherischen Gemeinden und heiraten deutsche Frauen.«¹⁰ Einen hugenottischen Ursprung muß dieses Forschungsergebnis jedoch nicht gänzlich ausschließen, wenn man annimmt, daß die Familie Brüllo rund hundert Jahre früher, d. h. während der französischen Religionskriege des 16. Jahrhunderts, nach Braunschweig-Lüneburg einwanderte und sich im Laufe der Zeit der deutschen Umgebung vollkommen anpaßte.

Auch in Petersburg blieben die Brüllows Protestanten und pflegten weiterhin deutsche Frauen zu heiraten: Alexanders Mutter, eine geborene Maria Elisabeth Schröder, stammte aus der Familie eines Karl Schröder, der als Hofgärtner unter der Zarin Katharina II. tätig war. Alexander selbst ließ sich mit der Baroness Alexandrine Rall trauen; ihr Sohn Paul (1840–1914) war der spätere Konservator am (Russischen) Museum Alexanders III.¹¹

Nachdem Alexander und sein Bruder Karl die Petersburger Kunstakademie erfolgreich absolviert hatten, wurden sie von der 1820 gegründeten Gesellschaft zur Förderung der Künstler mit einem vierjährigen Reisestipendium zur Fortbildung im Ausland ausgezeichnet. In den Genuß solcher vom Staat ausgehender Fördermittel durften allerdings nur Russen kommen. Um mit der Auszeichnung der deutschstämmigen Brüder keinen Präzedenzfall zu schaffen, mußte diese Bedingung zumindest auf dem

⁹ G. A. Ol, Alexandr Brjullow, Leningrad 1983, S. 33.

¹⁰ E. Amburger, Fremde und Einheimische im Wirtschafts- und Kulturleben des neuzeitlichen Rußland, Wiesbaden 1982, S. 121.

¹¹ Ebda.

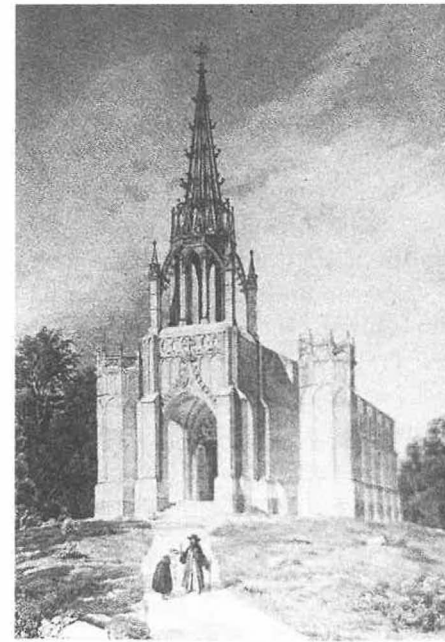


Abb. 2: Gotische Kirche in Pargolowo bei St. Petersburg, Architekt: Alexander Brüllow. Aquarell 1831, aus: G. A. Ol, Alexandr Brjullow, Leningrad 1983.

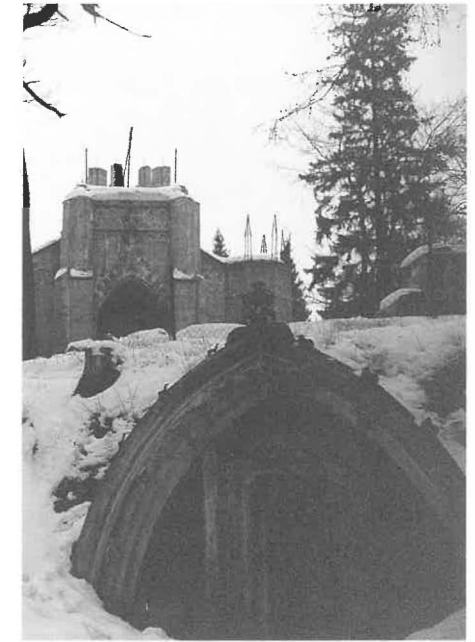


Abb. 3: Heutiger Zustand der Kirche und der Grotte in Pargolowo. 1933 geschlossen und Mitte der 50er Jahre zertrümmert, stellt sie nun ein Bild der Vergänglichkeit dar (Aufnahme Anfang 1998).

Papier erfüllt werden. Dies schien hier relativ leicht möglich: Durch das Anhängen des obligatorischen »w« entstand aus dem fremdländischen der neue russische Name Brüllow.¹²

Die Studienreise, deren Hauptziel das antike Rom sein sollte, führte anfangs durch Riga, Memel, Königsberg, Berlin, Dresden und München. Als musterhafter Zögling einer vorbildlichen Lehranstalt Rußlands begegnete Alexander Brüllow der Kunstsprache seiner deutschen Vorfahren mit gemischten Gefühlen. Zu seinem Eintreffen in Berlin im Jahre 1822 vermerkt er: »... man muß sagen, daß nach Petersburg wir die erste Stadt erreicht haben, denn die restlichen Städte, wahrhaftig Dörfern gleich kommen.«¹³

¹² G. A. Ol (s. A 9), S. 22.

¹³ E. I. Kiritschenko, Is istorii russko-nemezkich swjasej w oblasti architektury. 20–40-je gody XIX weka (Aus der Geschichte russisch-deutscher Verbindungen auf dem Gebiet der Architektur. 20–40er Jahre des XIX. Jahrhunderts), in: Wsaimoswjasi russkogo i sowetskogo iskusstwa i nemezkoj chudoshestwennoj kultury (Wechselbeziehungen russischer und sowjetischer Kunst und deutscher Kultur), Moskau 1980, S. 321.

Es sind nicht nur Worte eines auf Prunkbauten geschulten Petersburger Akademieabsolventen. Alexander Brüllow kam aus einem Land, das im Begriff war, seine großen westeuropäischen Nachbarn einzuholen und an Größe möglichst zu überbieten, was man vor allem mit dem beispiellosen Ausbau der knapp über hundert Jahre alt gewordenen Hauptstadt St. Petersburg zu beweisen versuchte. Daß eine gewachsene Stadtstruktur des Mittelalters fehlte, war man sich kaum bewußt, deshalb wurden feingliedrige Architekturformen, die keine pathetische Nuance beinhalteten, nicht wahrgenommen. Unter der architektonischen Vielfalt deutscher Städte machten auf den klassizistisch geschulten Petersburger immer noch die ihm geistig am nächsten liegenden Werke von Karl Friedrich Schinkel und Leo von Klenze Eindruck. »Wir wissen nicht«, schreibt Alexander Brüllow an P. A. Kikin, »ob Sie in Berlin das neue Theater gesehen haben?... Das Gebäude ist wunderschön: ein Ausländer, in Berlin eintreffend, wird nie Schwierigkeiten haben, das Theater zu suchen – so gut ist der Charakter eines öffentlichen Baues eingehalten.«¹⁴

Aber auch die Münchner Gotik blieb dem jungen Brüllow nicht gleichgültig. In seinem Reisebericht finden sich neben Zeichnungen des in Berlin gerade fertiggestellten Schauspielhauses und der Schinkelschen Neuen Wache auch Skizzen von der Münchner Frauenkirche und der Königlichen Bibliothek. Mit seinem Bruder verbrachte Alexander Brüllow mehrere Monate in der bayerischen Hauptstadt und nutzte die Gelegenheit, sich möglichst lange auch in den Unterrichtsräumen der Münchner Akademie aufzuhalten: »In München fanden wir mehr als erwartet: vorzügliche Galerie, eine Anzahl würdiger Künstler, sehr gut organisierte Akademie, herrliche Bibliothek, und all dies zu jeder Zeit und für jeden geöffnet.«¹⁵

Erst die Bekanntschaft mit westeuropäischen Architekturtraditionen und nicht zuletzt die dort gerade populär gewordene Philosophie der Romantik erweckten bei den jungen Architekten und Künstlern Rußlands die Sehnsucht nach einem im Lande unbekannten Baustil. Alexander Brüllow gehört zu jener Architektengeneration, die mit klassizistischen Bauvorschriften gebrochen hatte und die Formsprache vergangener Zeiten mit neuen Inhalten zu beleben versuchte. Als erster unter den führenden Architekten Rußlands wandte er sich der Romantik zu, einer in Deutschland wurzelnden Kunstströmung. Schon bald nach Brüllows Rückkehr aus dem Ausland, wo er insgesamt sieben Jahre verbracht hatte, manifestierte sich seine neue Architekturauffassung in der 1831–32 errichteten Kirche zu Pargolowo, die mit ihrer neugotischen Fassade ein Novum in der russisch-orthodoxen Baugeschichte darstellte.

So gesehen war die deutsche evangelisch-lutherische St. Petrikirche (1833–38), der zweite Sakralbau von Alexander Brüllow, eine sinnreichere und dem Inhalt mehr an-

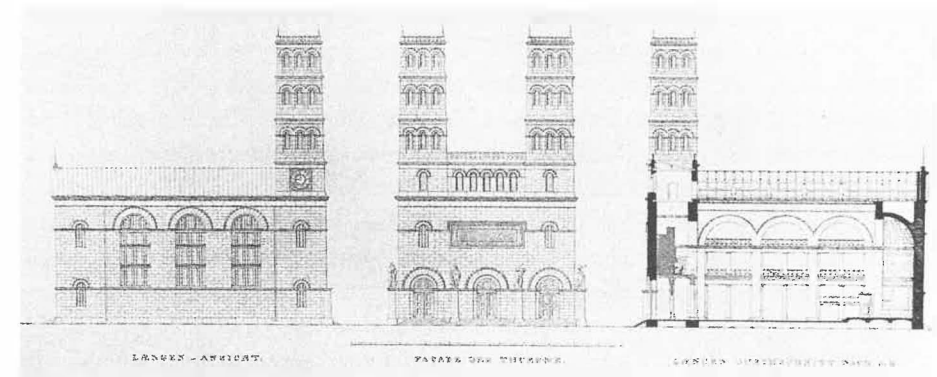
¹⁴ G. A. Ol (s. A 9), S. 23. Gemeint ist das 1821 fertiggestellte Schauspielhaus am Gendarmenmarkt.

¹⁵ E. I. Kiritschenko (s. A 13), ebda.

Abb. 4: St. Petrikirche am Newski-Prospekt in St. Petersburg, Architekt: Alexander Brüllow, 1833–38. Trotz historisierender Fassade bleiben Ähnlichkeiten mit dem deutschen Rundbogenstil unverkennbar.



Abb. 5: Die Kirche zu Straupitz von K. F. Schinkel, 1827–32. Fassaden und Schnitt, aus: H. Kania / H. H. Möller (Bearb.), Karl Friedrich Schinkel. Lebenswerk. Mark Brandenburg, Berlin 1960.



gepaßte Geste des Architekten, obgleich der zweitürmige neuromanische Bau inmitten des Newski-Prospekts keinesfalls weniger Aufsehen erregte als sein gotischer Vorgänger aus der abgelegenen Datschengegend von Petersburg.

Das Gebäude der St. Petrikirche war in der Tat für die vom Barock und Klassizismus geprägte russische Hauptstadt eine recht ungewöhnliche Erscheinung. Halbkreisförmige Wandöffnungen, unten als Eingangsportale, oben als sich zunehmend verschmälernde Rundbogen-Fenster ausgebildet, beherrschen die flache ockergelbe Putzfassade. Das Bogenmotiv bestimmt das äußere Erscheinungsbild des Gebäudes

und soll der mittelalterlichen Romanik entlehnt worden sein. Es kann sich aber auch um eine Adaption der sogenannten Rundbogenarchitektur handeln, die zu jener Zeit in Berlin und München Hochkonjunktur feierte. Die Annahme wird durch auffallende Ähnlichkeit mit dem Grundtypus der Schinkelschen »Normalkirchen«, wie beispielsweise der Dorfkirche von Straupitz, bestärkt, die 1832 – ein Jahr vor dem Baubeginn der Petrikirche – fertiggestellt wurde. Im Gegensatz zur gestalterischen Enthaltsamkeit der Schinkelschen Architektur wird jedoch die Petersburger Fassade mit Zitaten aus der Renaissance, wie Balustern und Fassadenplastiken, so weit aufgelockert, daß hier ebenso über ein allgemeines Bekenntnis zur geschichtsbewußten Bauweise im Zeitalter der Romantik gesprochen werden darf. Daß man sich gleichzeitig mehreren Stilformen der Vergangenheit widmete, bedeutete eine Premiere für die Petersburger Architekturlandschaft. Der Historismus hielt in Rußland Einzug.

Vor dem Kircheneingang, im gebührenden Abstand zum zentralen Portal, nehmen auf hohen Granitsockeln Figuren der Apostel Petrus und Paulus ihren Platz ein. Sie wurden nach Modellen des dänischen Bildhauers Bertel Thorvaldsen aus Carrarmarmor in Italien angefertigt. Das ursprünglich durchgängige Stufenportal schließt seit 1851 eine mit rundem Oberflügel versehene Eichentür, die vom Professor der Petersburger Akademie, dem Architekten Harald Julius von Bosse entworfen wurde. Die Dachbrüstung krönt ein kniender weißer Engel mit einem hochragenden vergoldeten Kreuz in der Hand.

Das Kircheninnere wurde einst von der Gotik beherrscht: Bündel schlanker Wandpfeiler trugen das hohe Kreuzrippengewölbe und gaben der Kirchenhalle die gewünschte sakrale Wirkung. Glasmalereien mit Kopien von Albrecht Dürer schmückten die großen seitlichen Fensteröffnungen. Den zentralen Altar »Die Kreuzigung« und Apostelbildnisse entwarf der Bruder des Architekten Karl Brüllow. Im unteren Teil des Altars befand sich ein Gemälde von Hans Holbein »Jesus und der ungläubige Thomas«. Nach der Fertigstellung wurde die Kirche mit einer Orgel der traditionsreichen Ludwigsburger Orgelbaufirma Walcker ausgestattet.

Nach amtlichen Angaben gehörten 1917 den Petersburger deutschen evangelisch-lutherischen Kirchen etwa 42 000 Gemeindemitglieder an; 16 000 davon entfielen auf die größte unter ihnen, die St. Petri-Gemeinde. Die Kirchengeschichte hat ihren Anfang im 18. Jahrhundert: 1708 wurde die evangelisch-lutherische St. Peter-und-Paul-Gemeinde auf persönliche Anweisung Peters des Großen gegründet und ist somit nur um fünf Jahre jünger, als die Stadt St. Petersburg selbst. Das erste Gotteshaus war in bescheidenen Fachwerk untergebracht. 1728 erwarb Graf Burchard Christoph von Münnich, der Patron der Gemeinde, für sie ein großes Grundstück am Newski-Prospekt. Er zeichnete selbst Pläne für das neue Gebäude und sammelte Geld für den Bau. Im Juni 1730, als das Augsbургische Bekenntnis sich zum 200. Mal jährte, wurde die Kirche eingeweiht, und Münnich überreichte dem Pastor Nazzius die

Schlüssel.¹⁶ Ein ganzes Jahrhundert versah die Kirche ihren Dienst, bis sie dann dem neuromanischen Bau von Alexander Brüllow weichen mußte.

Nach der Oktoberrevolution erging es diesem größten evangelischen Gotteshaus Rußlands ähnlich wie vielen tausend anderen kirchlichen Einrichtungen im Lande: Die bereits verwüstete St. Petrikirche wurde 1930 offiziell geschlossen und von nun an gelegentlich als Lagerhalle für Obst und Gemüse genutzt. Anfang der 60er Jahre machte man daraus ein Hallenbad; an Stelle der Ludwigsburger Walcker-Orgel wuchs ein Sprungturm in die Höhe.

Am 3. März 1993 wurde die St. Petrikirche der Gemeinde zurückgegeben, und im September 1997 weihte man die 160 Jahre alte Kirche ein. Heute ist sie wieder Bischofssitz der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Rußland (ELKRAS). Mit Mitteln der deutschen Bundesregierung wurde der Sprungturm entfernt und das Schwimmbecken provisorisch abgedeckt. Der deutsche Bundespräsident spendete eine Altarbibel. Die weitere Finanzierung der Sanierung ist aber noch offen.

Nach dem Bau der St. Petrikirche erlangte Alexander Brüllow immer größere Aufträge: Zu seinen letzten Arbeiten gehören die Wohnflügel der Petersburger Kunstakademie, wo er als Professor seit 1850 einen Lehrstuhl innehatte und wo man zu seinem fünfzigsten Künstlerjubiläum eine Medaille schlagen ließ. Frei alle Formen historischer Architektursprachen beherrschend, vernachlässigte er es jedoch, sich hinreichend dem sogenannten »russisch-bysantinischen« Stil zu widmen, einer lokal-romanischen Bauart, die unmittelbar aus der nach Rußland verpflanzten westeuropäischen Gotik hervorging und als Verkörperung des wachsenden großrussischen Selbstwertgefühls von höchster Stelle gefördert wurde. Brüllows »inkorrekte« Haltung brachte ihn um einige Aufträge zugunsten seiner wesentlich produktiveren Petersburger Berufskollegen Stackenschneider und Thon,¹⁷ beide Lieblingsarchitekten des Zaren Nikolaus I. Rückblickend darf festgehalten werden, daß von allen Werken Brüllows seine geschundene St. Petrikirche sich wohl am ehesten eignet, stellvertretend für die Andersartigkeit des Autors und die Vielfalt der einst kosmopolitischen russischen Hauptstadt zu gelten. Alexander Brüllow verstarb im Januar 1877 und wurde unweit seines sommerlichen Wohnsitzes auf dem nicht mehr existierenden lutherischen Teil des Friedhofes von Pawlowsk beigesetzt.

Schloß Orianda auf der Krim

Auch der große Berliner Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) übte seinen Einfluß auf die russische Baukunst aus. Die von ihm 1821 entworfenen Brüstungsgeländer der

¹⁶ M. I. Kostomarov, Russkaja istorija w shisneopisanijach jejo glawnejschich dejatel'ej. Feldmarschal Minich (Russische Geschichte in den Lebensbeschreibungen ihrer bedeutendsten Persönlichkeiten. Feldmarschall Münnich), 1873–88, Nachdruck: 7. Ausgabe, Moskau 1992, S. 100.

¹⁷ G. A. Ol', (s. A 9), S. 134–135.

Berliner Schloßbrücke mit romantischen Nixen und Seepferdchen wurden in Petersburg sogar dreimal kopiert: in den 1840er Jahren für die Anitschkow- und die Nikolajewski-Brücke und rund drei Jahrzehnte später für die Litejny-Brücke. Als Gestalter der ersten beiden gilt Alexander Brüllow, die dritte schuf der Petersburger Architekt Karl Rachau. Noch eindrucksvollere Beispiele experimenteller Brückenkreationen verdankt man dem badischen Ingenieur Wilhelm von Traitteur, der seine Hängebrücken über den Petersburger Katharinenkanal mit mythologischen Themen (Greifenmotiv) aus dem heimatlichen Großherzogtum Baden verzierte.¹⁸

Im Gegensatz zur Peterhofer Kapelle mußten Schinkels Entwürfe für das Schloß Orianda auf dem Papier bleiben. Es handelte sich um die Zarenresidenz auf der Halbinsel Krim, welche seit 1783 dem Russischen Imperium angehörte. Die sogenannte Untere Orianda an der südlichen Küste der Halbinsel befand sich erst seit 1825 im Besitz der Zarenfamilie und konnte deshalb an repräsentativer Bausubstanz der Neuzeit noch nicht viel aufweisen. So verknüpfte Kaiser Nikolaus I. die Schenkung des Landstriches Orianda an seine Gattin mit der einzigen Bedingung, dort ein Schloß bauen zu lassen. Der Zar selbst wollte mit der Angelegenheit so wenig wie möglich zu tun haben, worauf die preußischstämmige Zarin ihre Verbindungen zur alten Heimat wieder einmal ins Spiel brachte. Nach vorausgehender Lektüre von Goethes Iphigenie übermittelte sie 1838 dem Berliner Stararchitekten Karl Friedrich Schinkel ihren Wunsch, auf dem klassischen Boden am Schwarzen Meer einen griechischen Bau zu errichten.¹⁹

Schinkel nahm den Auftrag dankend an, erlaubte sich jedoch schon am Anfang, die Aufgabenstellung eigenwillig zu interpretieren. In seinem ersten »moskowitzischen« Entwurf macht er vom architektonischen Formenvokabular der Auftraggeber Gebrauch: Die spitzen Rundtürme der langgestreckten Schloßanlage rufen die Silhouette des Moskauer Kreml in Erinnerung. Getreu seiner historisierend-romantischen Gesinnung versucht der Berliner Architekt, zur Wiederbelebung der altrussischen Baukunst beizutragen. In Moskau war die Architektur des »russischen Mittelalters« wieder gefragt: Fast zeitgleich mit dem Schinkelschen Entwurf wurde dort der Grundstein für die von Konstantin Thon entworfene Christus-Erlöser-Kathedrale (1839–83) gelegt. Wenn Thon aber seine Formensprache aus den altrussischen Städten wie Nowgorod, Susdal und Wladimir des 12. und 13. Jahrhunderts bezieht, so müssen als Vorbilder für den »moskowitzischen« Entwurf Schinkels die von Italienern geschaffenen Kremltürme der Spätrenaissance erhalten.

Der zweite »antikische« Entwurf Schinkels kommt der Akropolis näher: Hier wird zur griechischen Vergangenheit der Krim ein Bezug hergestellt. Die aufwendigen und

¹⁸ S. Fedorov, Der badische Ingenieur Wilhelm von Traitteur als Architekt russischer Eisenkonstruktionen, Institut für Baugeschichte der Universität Karlsruhe, Karlsruhe 1992, S. 61.

¹⁹ M. Kühn (s. A 7), S. 71.

Abb. 6: Schloßbrücke über den Kupfergraben in Berlin, Entwurf: Karl Friedrich Schinkel, 1821–24.

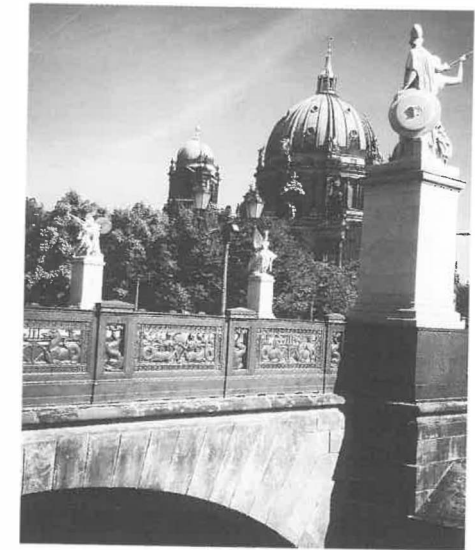


Abb. 7: Brüstungsgeländer der Anitschkow-Brücke in St. Petersburg, Architekt: Alexander Brüllow, 1841. Die verspielten Fischlein und Seepferdchen sind mit ihren Berliner Vorbildern identisch. Dagegen erfuhren die muskulösen Wassergeister von der Spree eine geschlechtliche Umwandlung und mutierten in Petersburg zu etwas molligen Nixen.



detailliert ausgearbeiteten Pläne, ergänzt durch farbige perspektivische Zeichnungen, führen uns einen großartigen Palast vor Augen. Eine von rhythmisch gegliederten Mauern umgebene Stützenkonstruktion wird von einem tempelartigen Aussichtspavillon überragt und mit den sich zum Meer öffnenden Räumen im Untergeschoß verbunden. Dort sollte sich das private und gesellschaftliche Leben der Zarenfamilie abspielen. Zugleich war die Herrscherresidenz als Museum der Krim und der Kauka-



Abb. 8: Bankowski-(Greifen-)Brücke über den Gribojedow-Kanal (früher: Katharinenkanal), eine der fünf Hängebrücken, die der Ingenieur *Willhelm von Traitteur* 1825–26 für Petersburg konstruierte. Das Greifenmotiv ist vermutlich ein Import aus seiner badischen Heimat.

sischen Provinzen gedacht: Eine Ausstellungshalle nahm im unteren Stockwerk die Mitte des Gebäudes ein. Auf einem Gebirgsplateau »auf malerischer Höhe am Meer« sollte ein Schloß entstehen, das an Baumasse und Wirkung alles, was Schinkel bis dahin geschaffen hatte, überbieten würde.

Daß Schinkel »den hohen architektonischen Anspruch nicht als Repräsentation, sondern ethisch-idealistisch verstanden hat«²⁰, erläutert er ausführlich in seinem Brief an die russische Kaiserin. Das ganze Unternehmen sollte eine Art architektonisches Manifest an das russische Volk werden, das »bei der Ausführung«, so Schinkel, »gewiß wohlthätig für das Allgemeine wirken« müßte.²¹ Wobei gerade die Ausführbarkeit seines Superprojektes für den preußischen Baumeister offensichtlich nicht den Ausschlag gab.

Die Zarin, die sich das alles um eine Nummer kleiner, »etwas wie Charlottenhof« wünschte,²² wollte derartige pathetische Gesten vermeiden. Möglicherweise kam bei ihr die Befürchtung auf, daß die heilende aufklärerische Botschaft, die Schinkel sich von seiner Architektur versprach, beim Schloß Orianda schon angesichts seines Bauvolumens leicht als schlichte Machtdemonstration gedeutet werden konnte. Eine

²⁰ Ebda.

²¹ Ebda, S. 79.

²² W. Szambien, Karl F. Schinkel, Basel 1990, S. 104.

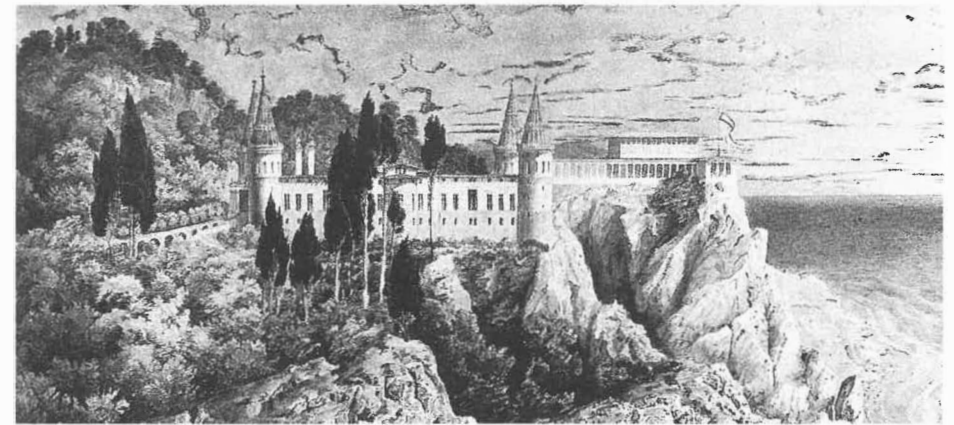


Abb. 9: »Moskowitische« Entwurf Schinkels für Orianda, Schaubild des Schlosses. Aquarell aus: M. Kühn (s. A 7)

Fehleinschätzung, wie der Architekturkritiker Werner Szambien meint, denn auch ihre Zeitgenossen haben Schinkels Projekt nicht als »Ausdruck der Megalomanie eines alternden Architekten, sondern (als) ein gültiges, ein wahrhaft neu-griechisches Werk im Sinne des 19. Jahrhunderts« angesehen.²³ Dagegen stießen beiden russischen Intellektuellen Schinkels ideelle Vorstellungen über die erzieherische Potenz der Antike eher auf Ablehnung, »weil die bestehende Kultur nicht mehr auf dem Rußland fehlenden Bildungsgut der Antike beruhe«.²⁴ Bezeichnend dabei ist, daß man hier nicht den missionarischen Kulturimport als solchen ablehnte, sondern lediglich dessen Inhalte und Wirksamkeit in Frage stellte. Die Slawophilen bevorzugten eine Architektur, die sich ausschließlich mit »wahrhaft russischen« Bauformen zu artikulieren verstand (was immer man sich darunter auch vorstellte), und die sogenannten Westler hätten am liebsten direkt an die zeitgenössische westeuropäische Stilrichtungen angeknüpft. Dabei könnte Schinkels romantisierter »antiker Wunderbau« durchaus als vermittelnder Kompromißweg gedeutet werden: Einerseits stellte er den Bezug zur lokalen (jetzt auch russischen) Geschichte der Krim dar, lieferte aber zugleich ein Exempel moderner europäischer Architektur, das an Perfektion, Reife und Wirkung seinesgleichen suchte. Resümierend darf zu Schinkels Tätigkeit für Rußland festgehalten werden, daß seine beiden Projekte, die 1833 errichtete gotische Kapelle in Peterhof und der unausgeführte Orianda-Entwurf, den inneren Widerstreit zwischen dem romantischen und dem klassischen Geist seiner Epoche besonders gut veranschaulichen.

²³ Ebda.

²⁴ M. Kühn (s. A 7), S. 116.

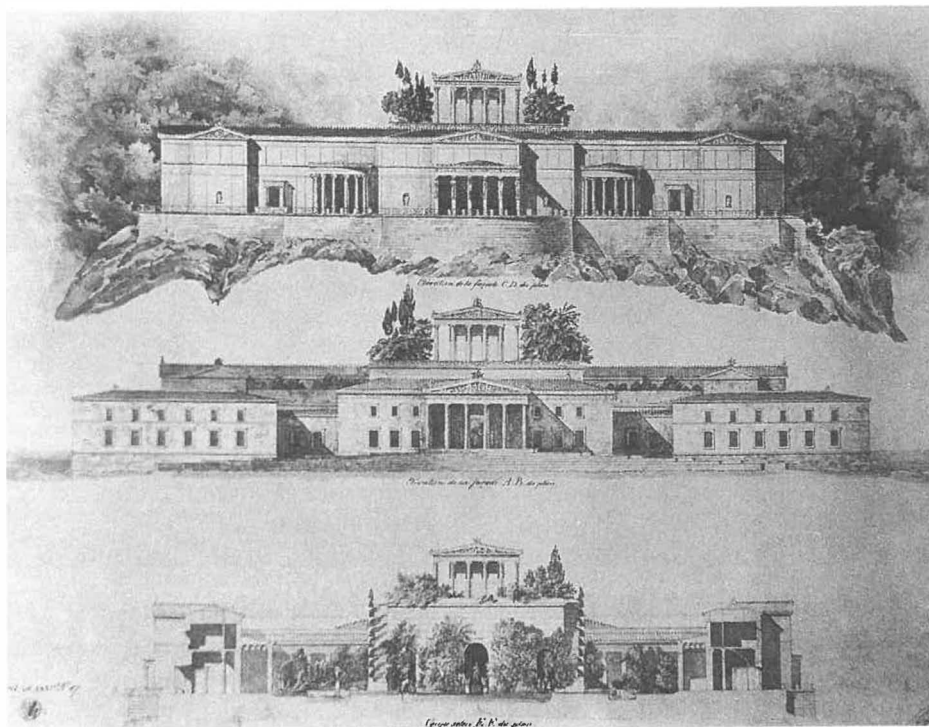


Abb. 10: Zweiter »antikischer« Entwurf Schinkels für Orianda, Aufriß der Fassade zum Meer und des Eingangsflügels, Querschnitt durch den Kaiserlichen Hof. Feder und Aquarell aus: M. Kühn (s. A 7).

Später wurden an der Südküste der Krim Teile des Schinkelschen Entwurfes für andere Repräsentativbauten verwendet. Den eigentlichen Auftrag für das Schloß Orianda erteilte man jedoch 1840 dem russischen Hofarchitekten Andrej Iwanowitsch Stackenschneider (1802–65). Stackenschneider, der eigentlich mit Vornamen Heinrich Gustav Clemens hieß, wurde in der Nähe von Gatschina bei St. Petersburg in einem Vorwerk seines aus Braunschweig stammenden Großvaters geboren. Nach Ausbildung an der Petersburger Kunstakademie und einer Bildungsreise durch Westeuropa brachte er es zu einem der gefragtesten Architekten Rußlands. Vom Kaiser Nikolaus I. wurde er hochgeschätzt und konnte sich rühmen, sein Privatarhitekt zu sein. Für die Zarenfamilie und den hauptstädtischen Adel schuf Stackenschneider einige Prunkbauten, wie das Marien-Palais am Isaaksplatz, das Nikolaus I. 1839–44 für seine frisch verheiratete älteste Tochter Maria, Herzogin von Leuchtenberg, erbauen ließ und das heute als Rathaus von St. Petersburg dient.

Im Herbst 1841 besichtigte Stackenschneider zusammen mit seinem ständigen Begleiter und Mitarbeiter, dem Architekten August Lange, das künftige Baugelände in



Abb. 11: Marien-Palais am Isaaksplatz, 1839–44, Architekt: Andrej (Heinrich) Stackenschneider. Nikolaus I. ließ das Gebäude für seine Tochter Maria und ihren bayerischen Gatten Herzog Max von Leuchtenberg erbauen. Heute dient es als Rathaus von St. Petersburg. Im Vordergrund: Denkmal für den 1855 verstorbenen Kaiser Nikolaus I. Die Figur des Kaisers zu Pferde schuf Peter Clodt von Jurgensburg, der gesamte skulpturierte Schmuck mit den Reliefs am Sockel und den überlebensgroßen allegorischen Figuren der Kraft, der Weisheit, der Gerechtigkeit und des Glaubens stammt von Robert Johann Salemann. Den Allegorien wurden die Gesichtszüge von drei Töchtern des Verstorbenen und dessen Frau Alexandra Fedorowna, geborene Charlotte von Preußen, gegeben.

Orianda. Die Lage des Schinkelschen Palastes ist nicht anders als »atemberaubend« zu beschreiben, dagegen entschied sich Stackenschneider für einen weniger spektakulären, dennoch – allein schon der Meeresnähe wegen – durchaus exponierten Bauplatz. Seinen Schloßkomplex versuchte er über mehrere offene Terrassen und Loggien in die zuvor von ihm gestaltete Parklandschaft einzubeziehen. Zwischen 1842 und 1853 entstand hier unter der Bauleitung des Engländers William Hunt und des Deutschen Karl Eschlimann ein klassischer Palast mit strengen weißen Fassaden, welchen die farbenfrohe südliche Natur eine effektvolle Fassung bot. Leider ist von diesem Prachtbau nichts übriggeblieben. 1882 wurde das Schloß von einem Feuerbrand bis auf die Grundmauern verwüstet. Die notdürftig sanierte Ruine zog auch weiterhin Besucher an, bis sie 1948 ganz beseitigt wurde. Auf dem Platz steht jetzt ein Sanatorium, dessen Parkumgebung nur noch entfernt an die Arbeit von Stackenschneider erinnert.

Soweit die einzige Abbildung aus dem Jahr 1860 ein Urteil ermöglicht, ist in der Fassadengestaltung eine Verwandtschaft zum Schinkelschen Entwurf deutlich er-

kennbar. In der zeitgenössischen Presse hieß es, Stackenschneiders Neubau sei im griechischen, Schinkelschen Stil errichtet. Nach über einem Jahrhundert pflegt man dies etwas anders zu sehen. Einen Schinkel als vermeintliches Vorbild für den Petersburger Architekten lehnt Stackenschneiders Biographin T. Petrowa entschieden ab: »Er hatte es nicht nötig, den griechischen Stil bei Schinkel zu studieren, die antike Kunst kannte er sehr gut aus erster Hand.«²⁵ Der einzige Einwand, mit dem hier der »Russe« Stackenschneider vor dem Deutschen Schinkel in Schutz genommen wird, klingt ziemlich simpel. In der national-politisch geschwängerten Geschichtsschreibung der Sowjetzeit war solch ruppige Argumentation in der Fachliteratur keine Ausnahme.

Natürlich war Stackenschneider mit der Architektur der Antike bestens vertraut und hatte sich deren Formensprache schon immer bedient. Beim Schloß Orianda treten jedoch für sein Werk ganz neue Elemente auf: freier rationaler Grundriß, das Motiv der Ecktürme, homogene und enthaltsame Fassadengestaltung. Dies alles findet sich ebenso im Schinkelschen Entwurf wieder, den Stackenschneider sicher kannte. Der zweitürmige Bau mit dem hohen Sockel entbehrt außerdem nicht einer gewissen Monumentalität, die ihre Vorbilder kaum in Stackenschneiders eigener, mehr dem Barock verpflichteten Formensprache findet. Reminiszenzen an das Orianda-Projekt zeigen sich in Stackenschneiderschen Bauten der Petersburger Umgebung, wie dem Schloß in Sergiewka (1842) auf dem Landgut der Familie Leuchtenberg oder dem Schloß Belvedere (1852–56) in Peterhof. Auch nach Meinung von T. Petrowa ist das Peterhofer Belvedere besonders geeignet, von der Architektur des verschwundenen Orianda-Palastes eine Vorstellung zu vermitteln.²⁶ Beim Anblick dieses vor der Nordseeküste gelegenen Bauwerkes bleibt einem der Gedanke über so manchen Umweg des europäischen Architekturtransfers kaum erspart.

Trotz der erheblichen Reduzierung des Orianda-Projektes nahm seine Verwirklichung über zehn Jahre in Anspruch. Die Bauherrin Alexandra Fjodorowna hat ihre kaiserliche Residenz allerdings nie zu Gesicht bekommen.

²⁵ T. A. Petrowa, Andrej Shtakenschneider, Leningrad 1978, S. 100.

²⁶ Ebda, S. 106.

Bernard Marchand

Nationalsozialismus und Großstadtfeindschaft

0. Einleitung

Die faschistischen Regierungen, die in Westeuropa zwischen 1922 und 1945 bestanden haben, sind alle mit der Frage der Großstadt in Konflikt gekommen.¹ Die Stadt, und insbesondere die Großstadt, wies drei Eigenschaften auf, die den autoritären Regierungen unannehmbar waren: sie waren der Lieblingsort der Freiheit, des Weltbürgertums und der Neuerung.²

Die ersten beiden Merkmale standen im Gegensatz zu allem, was der Faschismus vertrat. Das dritte Merkmal, das der Neuerung, wurde aber nicht von allen Regierungen gleichmäßig abgewiesen. Der Wunsch, Deutschland und Italien auf die Zukunft vorzubereiten, stand im Gegensatz zu der Verehrung der Vergangenheit, die Pétain in Frankreich, Franco in Spanien und Salazar in Portugal an den Tag legten. In einem bemerkenswerten Artikel zeigt Manfred Walz,³ daß die Nationalsozialisten drei verschiedene politische Einstellungen gegenüber der Großstadt an den Tag legten:

1.) Während der Weltwirtschaftskrise gab sich die NSDAP in der Tat sozialistisch, um die mittelständischen, durch die Krise zu Grunde gerichteten Gruppierungen anzulocken, die einen großen Teil der SA stellten. Wichtige Vertreter dieser Richtung waren die Brüder Otto und Gregor Strasser sowie Gottfried Feder, damals Hitlers Wirtschaftsberater und Parteiprogrammatiker. Walter Darré, Reichsbauernführer und Minister in den ersten Nazi-Regierungen, war mit dieser Richtung verwandt. Im März 1934 wurde Feder zum Reichssiedlungskommissar ernannt. Sein Programm sah die Verlagerung der Großindustrie in neue und kleinere

¹ Vgl. z. B. R. Mariani, *Fascismo e »Città Nuove«*, 1976; zu dem Thema »Großstadtfeindschaft« u. a. auch: O. Borst, *Babel oder Jerusalem. Sechs Kapitel Stadtgeschichte*, Stuttgart 1984; A. Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, Frankfurt 1965; D. Schubert, *Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion*, in: *Die alte Stadt* 1/1986, S. 22–41; W. Solfsky, *Der Untergang der Städte*, Frankfurter Hefte 6/1983.

² Ich danke Prof. Terttu Pakarinen von der TU Tampere, die mir nützliche Beziehungen aufgezeigt hat; ich bin insbesondere Professor Dieter Frick von der TU Berlin für seine Ratschläge und Verbesserungen im Text dankbar. Ich möchte ebenso meine Dankbarkeit dem DAAD ausdrücken, der die hier veröffentlichte Arbeit durch ein Stipendium ermöglichte.

³ M. Walz, *Gegenbilder zur Großstadt. Von den nationalsozialistischen Versuchen zur Auflösung der Stadt bis zu den Wiederaufbauphasen nach 1945*, in: *Bauwelt* 12/1980, S. 473–484.

Siedlungen, die Auflösung der Großstädte sowie den Kampf gegen die Landflucht vor.⁴

2.) 1934 erkannte Hitler, nachdem er die SA und den Mittelstand gebraucht hatte, um Deutschland zu gewinnen, daß er nun die Großindustrie und die Wehrmacht zufriedenstellen mußte, um Europa zu erobern. 1930 sollte O. Strasser die Partei verlassen, am 30. Juni 1934 wurden G. Strasser und Röhm ermordet. Feder verlor alle seine Stellen und wurde als Professor an die Hochschule abgeschoben. Deutschland bereitete unter Görings Vierjahresplan den Krieg vor, und da sich die Rüstungsindustrien überwiegend in den Großstädten befanden, wurden diese bei den Nazis wieder beliebt.

3.) Nach 1939, als die Wehrmacht Polen besetzt hatte, wurde durch die SS dort wiederum eine ganz andere Bevölkerungspolitik verfolgt. Es sollten neue, aber kleinere Städte gebaut werden. Walter Christaller und sein Vorgesetzter, der SS-Obersturmbannführer Karl Meyer hatten Gelegenheit, die Theorie der zentralen Orte anzuwenden.

In diesem Aufsatz soll versucht werden, anhand von Reden und Texten die nationalsozialistische Einstellung gegenüber der Großstadt näher zu beleuchten. Da wir an den ideologischen Grundlagen der Großstadtfeindschaft interessiert sind, werden wir nur die erste Richtung in Betracht ziehen. Die Anwendung der Theorien Christallers durch die SS soll in einem anderen Artikel behandelt werden.

Die verschiedenen Führer der NSDAP, insbesondere Walter Darré, haben die Großstadt als mögliche Gefahr gewöhnlich unter drei hauptsächlichen Gesichtspunkten betrachtet: ob sie die Macht des Reiches vergrößert oder mindert, ob sie dazu beiträgt, eine gesunde Rasse zu entwickeln und ob die Großstadt eine Gefahr für die politische Ordnung des Nationalsozialismus ist.

1. Die Großstadt und die nationale Macht

1.1 Das Überleben des deutschen Volkes: Die demographische Gefahr

In ganz Europa wurde die Großstadt für den Zusammenbruch der Geburtenziffern verantwortlich gemacht. In Frankreich nach dem 1870er Krieg, wie in Italien nach dem Ersten Weltkrieg, hatte die demographische Frage in den Staatserörterungen den ersten Platz eingenommen. Für die Rechte war es eine nationale Pflicht, viele Kinder, d.h. viele zukünftige Soldaten hervorzubringen. Dieser Wunsch wurde in den katholischen Ländern durch die gegen die Frauenfreiheit gerichtete Familienpolitik der Kirche verstärkt.

⁴ Vgl. G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 1933.

Mehrere Bücher und Reden beschreiben die Großstadt als einen unfruchtbaren Ort, an dem es beinahe unmöglich ist, Kinder zu haben und zu erziehen. Mussolini schreibt: »Die Großstadt vermehrt sich durch die Anziehung des Landvolks, das, kaum ist es in der Stadt niedergelassen, so unfruchtbar wie die alten Einwohner wird. Das Land hat sich in eine Wüste verwandelt.«⁵ Noch 1947 schreibt J.-F. Gravier in seinem Buch, das obwohl (oder weil) es die Ideologie der Pétain-Zeit wiedergibt, die Bibel der französischen Regionalplanung für vierzig Jahre geworden ist: »So hat Groß-Paris seit 1850 nicht als ein Zentrum gewirkt, das sein Hinterland belebt, sondern als ein Monopolist, der den nationalen Stoff verschlingt.«⁶

Natürlich dürfen wir damit rechnen, solche Besorgnisse auch in der Nazi-Literatur zu finden. Seit Ende des 19. Jahrhunderts ängstigt sich auch in Deutschland die öffentliche Meinung über die Landflucht.⁷

1.1.1 Erster Beweisgrund: Die Großstadt zieht das Landvolk an und leert das Land aus

Friedrich Burgdörfer, während der NS-Zeit Präsident des Bayerischen-Statistischen Landesamts in München, sprach die gleichen Ansichten in ähnlichen Worten wie Gravier und Mussolini aus: »Die Großstadt ist Zuschußbetrieb. Sie verschlingt nicht nur wie früher den Bevölkerungsüberschuß des Landes, sondern greift – nachdem dieser Überschuß auf dem Lande immer geringer geworden ist – in die Substanz des Landvolkes ein und bedroht damit die wichtigste Grundlage der gesamten Volkskraft.«⁸

Im Sinne Graviers schrieb auch Professor W. Seedorf aus Göttingen: »Das Land ist von der Stadt seit jeher ausgebeutet worden und zwar an Menschen sowohl wie an Vermögen.«⁹ Darré fügt hinzu: »Es läßt sich heute eindeutig beweisen, daß die Städte nicht aus sich selbst am Leben erhalten werden können. Würden wir unseren Städten den Zuzug sperren, müßten diese an Entvölkerung in verhältnismäßig kurzer Zeit aussterben.« Und später: »Der Bauer setzt dem städtischen Ein- und Kleinkinderbrauch den Reichtum der kinderfrohen Ehe entgegen.«¹⁰

1.1.2 Zweiter Beweisgrund: Der Gesundheitszustand einer Großstadt ist unheilvoll

Dieses Argument wurde in Frankreich viel benutzt, obwohl eine Stadt wie Paris von 1890 an viel gesünder als kleinere Städte und als das von Alkoholismus geplagte Land war. Die Nazis, außer Darré, schienen diese Einstellung mit Vorsicht gebraucht zu haben: »Die Haupterben dieser Kaufleute, die in der Stadt blieben, starben in der drit-

⁵ B. Mussolini, in: Vorwort zu R. Korherr, *Regresso delle nascite: morte dei popoli*, Rom 1928.

⁶ J.-F. Gravier, *Paris et le désert français*, Le Portulan 1947.

⁷ Vgl. W. Seedorf, *Die Landflucht. Eine Bibliographie*, Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin 1939.

⁸ Vgl. F. Burgdörfer, in: E. von Eickstedt, *Bevölkerungsbiologie der Großstadt*, Stuttgart 1941.

⁹ W. Seedorf, in: E. von Eickstedt (s. A 8).

¹⁰ W. Darré, Rede: Bauernschicksal, Bauernrecht, November 1933.

ten bis vierten Generation aus, die anderen, die mit Landgütern als Erbe ausgestattet waren, sind heute noch im mecklenburger Adel vertreten.« Nach Darré würden die in eine Stadt verziehenden germanischen Geschlechter sehr bald aussterben, während die auf dem Lande verbliebenen Seitenzweige ungeschwächt fortblühen. Dem Judentum hingegen würde das Stadtleben nichts schaden.¹¹

Der Rassetheoretiker Hans Günther versuchte gar das »Aussterben der bürgerlichen Sippen« zu beweisen: Die Namen der in großen Städten wohnenden Familien würden sehr schnell verschwinden. Günther glaubte daraus schließen zu dürfen, daß die Großstadt das Land erschöpfe.¹² Hier treffen wir wieder auf Mussolinis und Gravers abgedroschenes Argument. In einer erstaunlichen Rezension allerdings zeigte Erich Keyser, Professor in Danzig, daß Günthers Beweisführung wertlos ist: Viele Familiennamen würden sich verändern, da die verheirateten Frauen ihre Namen verlieren, und schließlich viele Zuwanderer in die Stadt nicht vom Land, sondern von anderen Städten kommen. Keyser fügte hinzu: »Es ist unzulässig, die Behauptung vom Aussterben der bürgerlichen Familien weiterzutragen, in der bisherigen Form zu begründen und als Agitationsmittel in dem überflüssigen Widerstreit zwischen Stadt und Land zu verwenden... Es ist ja überhaupt eine gänzlich unbegründete Vorstellung, daß die Landbevölkerung grundsätzlich gesünder wäre als die Stadtbevölkerung... Die Städte an sich sind nicht die Totengräber des Volkes gewesen; sie sind dies zum Teil durch die Vernachlässigung der Gesundheitsverhältnisse seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geworden.«¹³

Sogar die Landflucht sollte nicht immer als ein großer Unglücksfall gelten: »Der landwirtschaftliche Kulturboden kann aber nur einer bestimmten Menge Menschen ausreichende Nahrung und ertragreiche Arbeit gewähren. Sobald diese Zahl erreicht ist und eine weitere Verdichtung der Bevölkerung eintritt, ergibt sich ein Notstand, der einen Teil der Bewohner, insbesondere des Nachwuchses, zur Abwanderung zwingen wird.«¹⁴ Dem Vorwurf, daß die Städte nicht ohne die ständige Zuwanderung vom Lande »leben« könnten, erwiderte Keyser, daß dadurch die Bedeutung der Städte für das Volksganze nicht gemindert, sondern tatsächlich erhöht würde, daß auch das Land nicht ohne die Stadt »leben« könne.¹⁵

Es sieht so aus, als ob während der NS-Zeit in Deutschland Großstadtfeindschaft als Angst vor dem Aussterben des Landvolkes viel weniger vorherrschend als in anderen Ländern wie Frankreich oder Italien war. Es gibt sogar Texte, in denen Landflucht als nützlich beschrieben ist. »Auch in diesem Falle kann es sich darum handeln, daß unbedingt eine Entlastung der Landbevölkerung von ihrem Bevölkerungsüber-

¹¹ Vgl. W. Darré, Rede: Die große Frage an die deutsche Jugend, 15. 3. 1939.

¹² Vgl. H. Günther, Das Bauertum, 1939.

¹³ E. Keyser, Grundfragen städtischer Bevölkerungsgeschichte, in: E. von Eickstedt (s. A 8), S. 73.

¹⁴ W. Seedorf (s. A 7), S. 56.

¹⁵ Vgl. E. Keyser (s. A 13), S. 75.

schuß stattfinden muß, so daß man das Ganze als einen Gesundungsvorgang im Landvolk bezeichnen könnte.«¹⁶

1.2 Die Autarkie-Frage: Die wirtschaftliche Gefahr

Da die Nazi-Regierung einen europäischen Krieg vorbereiten wollte, hätte die Autarkie eine große Wichtigkeit einnehmen sollen. In der Tat sagte Darré: »Die Frage der staatlichen Unabhängigkeit ist in erster Linie bedingt von der Möglichkeit, in der Ernährung der Bevölkerung unabhängig dazustehen.« Deutschland zu ernähren, sah er aber nur als eine der Pflichten des Bauern. Darré machte eine wichtige Unterscheidung zwischen Bauer und Landwirt. Der Bauer soll Nahrungsmittel und ganz allgemein wirtschaftliches Vermögen hervorbringen, der Landwirt aber habe eine andere Aufgabe, die Darré als viel wichtiger einschätzte. Diese seltsame Ansicht wurde von Darré so sehr übertrieben, daß er dem Bauern anriet, sich nicht um die Wirtschaft zu kümmern:

- »Wenn wir daher heute vor der Frage der Landflucht stehen, dann ist dies nicht so sehr eine Frage unserer nationalen Ernährungswirtschaft, es ist sozusagen keine landwirtschaftliche Frage, sondern die Landflucht ist die Daseinsfrage und Schicksalsfrage unseres Volkes schlechthin.«
- »Einen Siedler, der sich und seine Familie restlos von der Scholle ernährt, nennen wir einen Bauern.«
- »Es ist gerade das Kennzeichen echten Bauerntums, daß es im tiefsten Grunde seines Wesens unhändlerisch und also unjüdisch denkt, weil seine Arbeit nicht der Befriedigung eines Handelsbedürfnisses dient, sondern der Erhaltung des Geschlechts auf der Scholle.«¹⁷

Diese Reden Darrés, bereits vorgetragen zwischen 1932 und 1934 bevor die große Aufrüstungspolitik begann, wurden jedoch erst 1942 mitten im Krieg veröffentlicht.

Da Großstadt aber auch industrielle Macht bedeutet sowie den Hauptstandort der Rüstungsindustrie, hielt H. Schrepfer 1941 Wilhelm Heinrich Riehl, der die Städte 1853 getadelt hatte, entgegen: »Er übersah aber, daß sich in ihnen nicht nur die Schattenseite, sondern auch die beste Kraftpotenz eines Volkes sammelt. Er verkannte, daß auch der Großstadt produktive Kräfte innewohnen und daß sie kraft ihrer Dynamik Träger manchen gesunden Fortschritts geworden ist... Nicht die Großstadt an sich, wohl aber ihre überstürzte und ungeordnete Entwicklung ist die Ursache so vieler Übel geworden.«¹⁸

Solche Widersprüche in den nazistischen Reden und Schriften können leicht durch den offenbar mangelnden Zusammenhang im nationalsozialistischen Programm er-

¹⁶ Vgl. W. Seedorf (s. A 7), S. 57.

¹⁷ W. Darré, Um Blut und Boden, Berlin 1942, S. 16, 354, 221.

¹⁸ Vgl. H. Schrepfer, Großstadtlandschaft und Großstadtmensch, in: E. von Eickstedt (s. A 8), S. 107.

klärt werden. Es gibt aber noch eine andere und wichtigere Erklärung: die Besessenheit von Rassismus und »Blutreinheit«.

2. Die Großstadt und die »Blut und Boden«-Ideologie

Die weltbürgerliche Großstadt erschien den Nationalsozialisten für die »Reinheit des deutschen Blutes« eine beständige Gefahr. Einerseits brachte die Landflucht deutsche Menschen in Berührung mit »unsauberen« Ausländern, andererseits reiste durch die Stadt eine Reihe von »unreinen« Wanderern.

2.1. Das Überleben des Volksgemeinschaft

Nach Darrés Vorstellungen, wonach das Land die »ewigen Blutswerte« unseres Volkes »mehrt«, die Stadt hingegen »zehrt«, kam die »Volksgemeinschaft«, diese seltsame von den Nazis erdichtete Vorstellung, in Lebensgefahr: »Auf die Erhaltung des Blutes, des Geschlechts, kommt es an, nicht auf die Wirtschaftsform. Und dieses Blut läßt sich nach den Erfahrungen unserer Geschichte nur auf bäuerlicher Scholle, nicht auf städtischem Grunde durch Generationen hindurch erhalten... Der Begriff des Bauern hat seine Wurzel im germanischen Mythos von der Heiligkeit des Blutes und der Aufgabe des Bauern, dieses Blut durch Dienst an seinem Geschlecht rein und gesund auf der ihm vertrauten Scholle zu bewahren und zu sichern.«¹⁹

Demzufolge würden nach Darré die nordischen Völker nur so lange »gesund« und »rasserein« bleiben, als sie in enger Verbindung mit der Natur und »Mutter Erde« blieben: »Geht aber die Bodenständigkeit verloren, so tritt unweigerlich der Rasseverfall ein, oft mit erschreckender Schnelligkeit. Das Bauerntum ist tatsächlich der Lebensquell der nordischen Rasse.«²⁰

Im deutschen wie im französischen Rassismus haben »Blut und Boden« einen sehr ähnlichen Sinn. Beide verweisen zugleich an die vergangene Zeit und an das Leben an einem bestimmten Ort. Sie werden durch Entwurzelung zerstört: »Die Verwurzelung des Geschlechts mit der Scholle, die Einheit von Blut und Boden muß wiederhergestellt werden.«²¹

2.2 Die Entwurzelung in der Großstadt

Menschliches Leben und Natur verbanden sich begrifflich wie in einer umweltfreundlichen Weltanschauung, in der die Großstadt nur als schädliche Umwelt erscheinen konnte: »Großstadt bedeutet Lösung von der Scholle und räumliche und seelische Naturferne. Naturverbundenheit, Naturinstinkt, unmittelbare Anschauung

¹⁹ Vgl. W. Darré, Rede: Die Bodenfrage, 15. 4. 1934, Das Ziel, Juli 1932.

²⁰ W. Darré, Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse, München 1934.

²¹ W. Darré, Rede: »Die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes«, 1931.

der Naturkräfte und Respekt und Ehrfurcht vor dem Walten der Natur sind dem Menschen der Großstadt weitgehend verloren gegangen. In diesem Sinne ist in der Tat die Großstadt wurzellos; sie wurde Unterschlupf der Hefe des Volkes, Brutstätte der asozialen Elemente, zur Hochburg des internationalen Judentums. Nur in der Großstadt entstand das Proletariat.«²²

Das Proletariat als eine Großstadteigenschaft erscheint hier wie eine direkte Folge der Entwurzelung. Das Wort »Scholle« hatte für die Nationalsozialisten denselben heiligen Beiklang wie es in Frankreich das Wort »la glèbe« für die französische Rechte gehabt hatte: »Der Bauer muß unter für ihn erträglichen Lebensbedingungen arbeiten und werken können und seinem Geschlecht die mit seinem Schweiß und dem Schweiß seiner Ahnen geheiligte Scholle vererben dürfen.«²³ Schon vor dem Ersten Weltkrieg schrieb der französische Dichter Charles Péguy: »Ein Mann von unserem Haus, von der fruchtbaren Scholle.«²⁴

Der Zerstörer dieser Naturverbundenheit war für die Nationalsozialisten natürlich der »ewige Wanderer«, der Jude, der ein Mann der Großstadt ist: »Dieser Lebensverbundenheit des deutschen Volkes mit Grund und Boden steht polar gegenüber das Judentum, das jahrhundertlang in Deutschland städtisch gewesen ist und auch auf dem Lande dauernd in städtischen Verhältnissen gelebt hat, ohne an die Scholle gefesselt zu sein.«²⁵

Auch in Frankreich findet man dieselben Begriffe: »Es ist offensichtlich, daß eine Rasse mit wesentlicher Neigung zur Wanderung wie die jüdische Rasse von Natur ganz unfähig ist zu begreifen, daß die Verbindung zur Scholle und eine auf ein strenges Landbauleben gegründete wirtschaftliche Existenz die Grundlage des Lebens anderer Rassen bildet. Die Landpolitik der Nazi-Regierung ist ein Schlag gegen den kapitalistischen Liberalismus, gegen eine Lehre der zerstörenden Selbstsucht und gegen die jüdische Wanderlust, die an dieser Ausartung Schuld ist.«²⁶

Da sich nach Ansicht der Nationalsozialisten die Großstadt wegen der Entwurzelung ihrer Bewohner in die Juden förmlich hineindachte, lag hier der größte Ansatzpunkt der Nazis gegen die Großstadt und die hauptsächliche Rechtfertigung ihrer Verurteilung. Henry Pourrat schreibt: »Auf der einen Seite der Instinktmensch, d.h. für Darré das deutsche Volk, das unter allen großen Völkern am engsten mit der Natur verbunden ist. Auf der anderen der Geldhändler, der Rechenmensch, der von dem hebräischen Volk abstammt, von einem Stadtvolk, das sich nie an die Scholle an-

²² H. Schrepfer (s. A 18), S. 107.

²³ Vgl. W. Darré (s. A 10).

²⁴ »Un homme de chez nous, de la glèbe féconde«, in: Présentation de la Beauce à Notre Dame de Chartres. Péguy hatte vornehmlich Einfluß auf den katholischen Sozialismus in Frankreich und insbesondere während der Pétain-Regierung (1940–1943) auf die Schule für Führungskräfte in Uriage, wo Hubert Beuve-Méry, der Gründer der Zeitung Le Monde, stellvertretender Leiter war.

²⁵ W. Darré (s. A 11).

²⁶ Vgl. *Retour à la terre*, Editions de l'Europe Future, 30 p (sans Date), S. 9.

hängt, sogar wenn es auf dem Lande wohnt. Ja, der Jude, der Intellektuelle höchsten Grades, der immer, wegen seiner Rasse, von Grund auf gegen den Bauern steht, und der sich von seinem ganzen Wesen dem Juden widersetzende Deutsche, im höchsten Grad Naturmensch, der in einem sehr eigentümlichen Verhältnis zu Gott und der Welt lebt... In dieser Weise trägt der Nazismus eine Bauernphilosophie in sich.«²⁷

3. Die Großstadt und die nationale Ordnung

In Italien wie in Frankreich war die Großstadtfeindschaft in der Furcht vor den dort herrschenden revolutionären Richtungen begründet. Mussolini wie Pétain fürchteten sich vor den Stadtbevölkerungen. Im »Dritten Reich« wurde die Großstadt ebenfalls für eine politische Gefahr gehalten, die Gründe dafür aber waren ganz verschieden.

Der von Darré vertretene Nazismus war über den geschichtlichen Zusammenhang der Rasse begründet. Die Verbindung zwischen der Vergangenheit und der Zukunft erschien als die wichtigste Bedingung für das Überleben eines Volkes.

3.1. Die Stadt und das Land

Wie Gravier in Frankreich so warfen die Nazis der Stadt vor, daß sie das Land zugrunde richte, es ausbeute sowohl an Menschen wie an Vermögen. Zieht man jedoch die enormen Zuschüsse in Betracht, die in beiden Ländern von den Städten an die Bauern gezahlt wurden, erscheint dieser Vorwurf ziemlich merkwürdig.

Auf der einen Seite verabscheute der gute Nazi-Bauer die Großstadt, auf der anderen Seite aber verstanden die Nazis, daß es gefährlich wäre, die Stadt gegen das Land zu stellen. In einer erstaunlichen und der französischen Haltung entgegengesetzten Weise versuchten sie, die Kluft zu überbrücken. Über die Grundlagen deutscher Handelspolitik formulierte Darré: Nach dem Weltkriege verkrampfte sich der Gegensatz des Landwirtschaftsschutzes und der Handelsförderung zu scheinbar endgültiger Unüberbrückbarkeit. Es schien nur ein Entweder-Oder, wonach entweder die deutsche Landwirtschaft oder der deutsche Ex- und Importhandel zum Sterben verurteilt war, zu geben... Heute hat die neue deutsche Agrarpolitik den Ausweg aus diesem Labyrinth gefunden und wieder eine Brücke zwischen den beiden Gegensätzen geschlagen.«²⁸

Nach Darré wäre der gefährliche Gegensatz zwischen Stadt und Land von den Juden künstlich entwickelt worden, da »erst das jüdische Prinzip [des Liberalismus; V.] siegen mußte, ehe es möglich war, innerhalb des deutschen Volkes einen Gegensatz zwischen Handarbeiten in der Stadt und Bauern zu konstruieren. Nach deutscher

²⁷ H. Pourrat, *L'homme à la bêche, histoire du paysan*, Flammarion 1940, S. 223 f.; H. Pourrat, ein katholischer und für Regionalismus schwärmender französischer Schriftsteller, erlangte 1941 den Prix Goncourt.

²⁸ W. Darré, Rede: Die Grundlagen deutscher Handelspolitik, 29. 5. 1935.

Wirtschaftsauffassung gibt es keinen Gegensatz zwischen Bauer und Arbeiter, denn beide sind nur arbeitsteilige Funktionen in der Wirtschaft ihres Volkskörpers und sind daher auch in allen Angelegenheiten auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen.«²⁹ An »die deutsche Jugend« appellierte Darré, gründlich mit den liberalistischen Machenschaften aufzuräumen, »die aus dem deutschen Bauerntum eine wirtschaftliche Sondergruppe machten, zwischen Stadt und Land immer wieder unüberbrückbare Klüfte aufrissen und damit den für das deutsche Volk so verhängnisvollen Klassenkampf entflammten.«³⁰ Die Ausflucht auf einen jüdischen Sündenbock erscheint hier besonders bequem.

Ein anderer wichtiger Unterschied zwischen Stadt und Land lag für Darré in den jeweiligen Zeitvorstellung: »Der Nomade lebt dem Tage, der Bauer der Zukunft. Der nomadisch denkende Mensch ist daher durch und durch »ungeschichtlich«. Ein sesshafter Mensch, ein Bauer im Besonderen, braucht aber die Erfahrungen der Vergangenheit, um seine Maßnahmen für die Zukunft treffen zu können.«³¹

Hier stoßen wir auf einen wichtigen Begriff: Zeit ist nicht die Aufeinanderfolge verschiedener Augenblicke, sondern ein unterbrochener Stoff, der sich vom Ursprung her abspielt und nie zerrissen werden soll. Die Zukunft kann nur mit Hilfe der Vergangenheit erobert werden. Dieser Begriff läuft völlig der Stadtzeit zuwider, die wie ein aus abgesonderten Momenten zusammengesetzter Strom zu denken ist: Wechsel, Erneuerung und Bruch sind einige der wichtigsten Eigenschaften der Großstadt. Der Wunsch der Nazis, eine moderne Rüstungsindustrie mit konservativen Landgruppierungen in Übereinstimmung zu bringen, konnte sich nur auf solche Trugschlüsse stützen.

3.2. Das Ich und der Staat

Die Großstadt erschien auch mittelbar als Gefahr für den nationalen Staat, indem sie als Heimat des Liberalismus und Brutort der Ichsucht angesehen wurde. Liberalismus und Bauerntum waren polare Gegensätze. Der Liberalismus wurde als nichts anderes als die »jüdische Inthronisierung der Ichsucht« angesehen. Die »Entfesselung des Ich« ging auf Kosten von »Blut und Boden«. Durch die Weltanschauung der Französischen Revolution sah man das Ich aus seinen Bindungen gegenüber Familie und Stand losgelöst.

Dies fand auch Anklang in Frankreich: »Auf dem Land ist das Einzelwesen nicht bedeutend, sondern die Familie. Mehr noch ist es die enge Verbindung zwischen Familie und Gewerbe, die so viele günstige Folgen für beide hat.«³²

²⁹ W. Darré, Rede auf dem zweiten Reichsbauerntag in Goslar, 18. 11. 1934.

³⁰ Vgl. ebda.

³¹ W. Darré (s. A 20), S. 297.

³² R. Preaud, *Quelques traits essentiels d'une politique agricole française*, Imprimerie Nationale 1944, S. 12.

4. *Schlußfolgerungen*

Freiheit, Weltbürgertum und Neigung zur Neuerung sind die wichtigsten Eigenschaften der Großstadt. Wie alle faschistischen Regierungen in Europa während der 1930er Jahre haben die Nationalsozialisten eine gewisse Feindschaft gegen die Großstadt ausgedrückt. Dieses Verhalten war aber weniger stark als in anderen Ländern und auch viel veränderlicher und widersprüchlicher. Während in Frankreich die Pétain-Regierung die Städte ständig als gefährliche Feinde betrachtet hat, haben die Nazis lange gezögert und ihre Politik verändert.

Das städtische Bedürfnis nach Freiheit hat die Nazis wenig beunruhigt. Sie hatten in den Städten allen bestehenden Widerstand so schnell und so brutal vernichtet, daß sie keine Gründe mehr hatten, sich davor zu fürchten.³³

Die mutmaßliche Unfruchtbarkeit der Großstadt war ein viel bedeutenderer Vorwurf. Erich Keyser's Bemerkungen aber zeigen, daß sogar nach acht Jahren Diktatur sich immer noch abweichende Meinungen zu diesem Thema finden. Es sieht so aus, als ob die Nazis sich nur für die Folgen dieser Unfruchtbarkeit interessierten, während die Franzosen nicht nur die Folgen, sondern viel mehr die moralischen Gründe unterstrichen haben. Unter diesem Gesichtspunkt war die Großstadtfeindschaft im Nazi-Deutschland gemäßigter als im Frankreich Pétains.

Mehr als die Großstadt anzugreifen, haben die Nazis das Bauerntum verherrlicht. Es gibt wesentlich mehr Ausführungen, die das Landleben preisen als Reden, die die Stadt tadeln. Bauerntum erscheint als die wichtigste Bedingung des nationalen Überlebens. Moltke sagte: »An dem Tage, an dem das deutsche Bauerntum zugrunde geht, geht das ganze deutsche Volk ohne einen Kanonenschuß zugrunde«, und Hitler: »Daß unser Volk ohne Städter bestehen kann, das wissen wir aus der Geschichte; daß es ohne Bauern bestehen kann, ist unmöglich.«

Obwohl sie das Bauernleben ständig hochhielten, gestanden die Nazis teilweise sogar ein, daß die Stadt viel verlockender sei. So forderte Darré, man müsse versuchen, »die Nachteile, die heute dem Landleben gegenüber dem Stadtleben noch anhaften, soweit wie möglich zu beseitigen«. Im Unterschied dazu legten die Franzosen Nachdruck auf die sittlichen Werte des Landlebens im schroffen Gegensatz zum Stadtleben. In seinem Werk über Vichys Kulturpolitik folgert Christian Faure: »Bauerntum vertritt Naturordnung, eine soziale und sittliche Ordnung, eine Ordnung des Hauswesens im Gegensatz zum Stadtleben, das Individualismus, Unordnung, Zügellosigkeit, Ehescheidungen und Streit befördert.«³⁴

Für die NSDAP war es offenbar leichter, die Stadt und das Land wieder einander anzunähern; eine Politik, die aus zwei Gründen notwendig wurde: Erstens galt es, die

Einheit des »Dritten Reiches« zu befestigen: »Es ist ein Irrsinn zu glauben, daß ein Berufsstand von der deutschen Volksgemeinschaft sich ausschließen darf, und ein Verbrechen, Landvolk und Städter gegeneinander zu hetzen, die beide doch auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.«³⁵ Zweitens wollten die Nazis die deutsche Rüstungsindustrie entwickeln, um den Krieg vorzubereiten. Dafür brauchten sie notwendigerweise die Großstädte.

Sogar die »Blutreinheit« erschien ihnen weniger bedroht, als sie am Anfang dachten: »Die durch den Liberalismus in die Städte abgedrängte Bevölkerung ist ja rassistisch nicht gerade immer die schlechteste gewesen, und also ist aus rein rassenbiologischen Erkenntnissen heraus die Rückverheiratung wertvollen städtischen Blutes auf das Land zu begrüßen.«³⁶

Im Nazi-Deutschland wie im Vichy-Frankreich hatten beide Regierungen dasselbe Ziel: Etwas Heiliges aus der Vergangenheit zu behüten und, um die Zukunft zu sichern, es den nächsten Geschlechtern zu überliefern. Was sie übertragen wollten, war jedoch nicht dasselbe. In Deutschland galt die Hauptsorge der »Blutreinheit«. Die Großstadt an sich war nicht das Übel, sondern nur die Brutstätte des Judentums. Nachdem die Stadt durch die jüdischen Deportationen »gereinigt« worden war, gab es auch keine Rechtfertigung mehr für Stadtfeindschaft. In dieser Weise bot der rassistische Wahn der Nazis eine einfache Lösung durch Beschwörung: einen Sündenbock zum Opfer bringen. Sodann war es möglich, die Wanderung in die Großstädte zu vergrößern, um die Rüstungsindustrie wieder zu entwickeln.

In Frankreich war das Gegenteil der Fall, obwohl das Regime durchaus ebenfalls rassistisch war. Doch »Blutreinheit« bedeutete nicht die erste Sorge. Die von Pétain gegründete »Nationale Revolution« wollte etwas Geistiges, Unkörperliches erhalten und übertragen, d.h. die katholische Sittenlehre, die Gewalt eines undemokratischen Staates und die Macht der Landhonoratioren. Unter diesem Gesichtspunkt ist das auf der »heiligen Scholle« lebende Volk der echte Kern der Nation: »Die Scholle lügt nicht«, verkündete Pétain. Die Stadt an sich, insbesondere die Großstadt, galt als entartet. Nichts konnte die offizielle Stadtfeindschaft mindern.

Die Pétain-Regierung war so konsequent in ihrer Leidenschaft für das Landleben, daß am 9. Juli 1940 ein von der französischen Regierung erarbeiteter Entwurf für eine Verfassungsänderung vorschlug, Frankreich solle seiner Industrie entsagen: »Das wirtschaftliche Leben unseres Vaterlandes wird eine andere Richtung einschlagen; das in ein kontinentales Produktions- und Handelssystem integrierte Frankreich wird, übrigens in einer vorteilhaften Weise, wieder ein Bauern- und Feldland werden.«

³³ Vgl. H. Göring, *Aufbau einer Nation*, Berlin 1934.

³⁴ Chr. Faure, *Le projet culturel de Vichy. Folklore et révolution nationale (1940–1944)*, Presses Universitaires de Lyon 1989, S. 120.

³⁵ G. Feder, *Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken*, München 1933, S. 120.

³⁶ W. Darré, Rede 1. 3. 1934.

Das Ziel war aber keine Besserung der Lebensbedingungen der Bauern: »Frankreich muß nicht unbedingt eine Lebensstandarderhöhung des Bauern anstreben, die eine Einkommensminderung der Armen bedenken würde, die sich mit der Produktion beschäftigen.«³⁷

Der Gegensatz zwischen der opportunistischen und widersprüchlichen Nazi-Politik und der auf einer tiefen Ideologie gegründeten Vichy-Politik war schon 1935 von Max Hermant klar begriffen worden. Hermant, der Hitlers Landpolitik gegenüber feindselig war, weil die Nazis überwiegend die Landwirtschaft auch für eine Industrie hielten, sagte: »Wenige Menschen in Deutschland sind im Stande gewesen, das einfache und friedliche Bauernideal wirklich zu begreifen, ein Ideal, auf das die Großartigkeit des Bauernlebens gründet; diese Menschen haben sich nicht an die Hitlerische Regierung angeschlossen. Ihr Ideal ist nicht das Nazi-Ideal. Heute ist es sein Gegenteil.«³⁸

Ulrich Hieber

Stadtsanierung und Stadtentwicklung gestern und morgen*

Viele Städte stehen gegenwärtig in einem Umbruch. Die Nutzungen zahlreicher Kernstädte schwinden, und Ratlosigkeit breitet sich aus, wer und was die Innenstädte auf Dauer am Leben erhält. Probleme entstehen dabei nicht nur in vernachlässigten Stadtquartieren, sondern auch in gepflegten Innenstadtbereichen; dort schrumpfen die Nutzungen ebenfalls. Als wir vor knapp 30 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland mit der gezielten Stadterneuerung begannen, haben wir uns diese Entwicklung nicht träumen lassen. Der Umbruch hat sich nicht laut und vernehmlich angekündigt, er ist vielmehr leise und schleichend in die Städte eingedrungen. Niemand hat die Nutzungsreduktion gezielt herbeigeführt, aber viele haben die Dynamik der Veränderung unterschätzt.

Stadterneuerung ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung. Wann, wo und wie sie von den Städten und Gemeinden wahrgenommen wird, entscheiden diese selbst. Sie können Stadterneuerung punktuell verstehen und sich darauf beschränken, hier und dort einzelne stadtprägende Baumaßnahmen durchzuführen; sie können Stadterneuerung sektoral betreiben und sich etwa nur der Reduzierung des fließenden Verkehrs zuwenden oder sie können Stadterneuerung in anderer selbst gewählter Weise angehen.

Seit Beginn der 70er Jahre ist in der Bundesrepublik nur in soweit eine Einschränkung der kommunalen Dispositionsfreiheit eingetreten, als sich die Kommunen in den Fällen, in denen sie auf komplexe und schwierige Innenstadtsituationen das besondere rechtliche Instrumentarium des Baugesetzbuches – früher des Städtebauförderungsgesetzes – anwenden und dabei staatliche Förderung in Anspruch nehmen wollen, auf konkrete, abgegrenzte Gebiete konzentrieren und dort die Beseitigung der Mißstände zügig, d. h. in etwa 10 Jahren, bewältigen müssen.

Stadterneuerung nach dem Städtebauförderungsgesetz begann 1971 stadterhaltungsfreundlich. Pflege und Erhaltung standen nicht im Vordergrund der Vorstellungen des Gesetzgebers und seines wissenschaftlichen und publizistischen Umfeldes. Die Zentren der großen Städte wiesen damals keine dringlichen Probleme mehr auf. Mißstände hatten sich dort bereits aufgrund der Attraktivität der Lagen ohne finanzielle Hilfen von außen beseitigen lassen. Man wandte sich stattdessen mit der Stadtsanierung den desolaten Wohnverhältnissen in schäbigen Wohnquartieren der Großstädte zu.

* Der Text beruht auf einem Referat des Verfassers bei der Sädtagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. am 10. 10. 1998 in Ladenburg.

³⁷ Vgl. R. Preaud (s. A 32), S. 7.

³⁸ Vgl. M. Hermant, Vorlesung an dem Institut National d'Agronomie, 1935; Conférences de l'INA 1935, S. 227.

Im Vordergrund stand zu Beginn kein städtebaulicher, sondern ein sozialpolitischer Ansatz. Die ständig zitierten Beispielsfälle, die verschiedenen Planspiele und die zahllosen Fachaufsätze bezogen sich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre nahezu ausschließlich auf große, aber schlechte Wohnviertel in Berlin, in Hamburg und in den Ruhrgebietsstädten. Im dritten Hinterhof einer Berliner Mietskaserne, wo sich kaum die Feuerwehrleiter drehen ließ, war es ausgeschlossen, zeitgemäße Wohn- und Lebensverhältnisse durch erhaltende Erneuerung zu schaffen. Dort konnte nur Abriß und Neubau, d. h. das Prinzip der Flächensanierung, helfen. Fatal war zu Beginn der Stadtsanierungsanstrengungen nur, daß nicht differenziert wurde zwischen Gebieten, wo allein Flächensanierung wirksam werden konnte, und daneben solchen, wo erhaltende Erneuerung in Betracht kam. Mit der Wucht einer Dampfwalze beherrschten die Flächensanierer das Feld. Das kleine Pflänzchen der »Stadterhaltung« hatte es daneben anfangs schwer.

Wer sich in den Jahren um 1970 zur Stadterneuerung kündigt machen wollte, der fand zu städtebaulichen Fragen wenig. Was er fand, waren Darstellungen zur Ausgestaltung des Sozialplans. Das leuchtete ein, wenn man sich die Mustergebiete der ersten Stadterneuerungsmatadore vor Augen hielt. In den schlechten Wohnquartieren der Großstädte mußten zunächst schonend eine große Zahl von Bewohnern umgesetzt werden, denn ohne deren Umzug war kein Gebäudeabriß möglich. Dieser Schwerpunkt hatte zur Folge, daß oft jahrelang vorbereitende Untersuchungen, Sozialplanung und Härteausgleich dominierten, während Stadtplanung und realisierter Städtebau warten mußten.

Doch auch aus den neuen Wohngebäuden auf flächensaniertem Gelände wuchsen vielfach die Probleme. Es ging dabei nicht mehr um Licht und Luft, aber die Massierung der Wohnungen zu Wohngebirgen schuf neue Reibungen. Noch beim Abschluß-Kongreß der »Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung« des Europarats im März 1982 in Berlin wurde rückblickend beklagt, daß man da und dort unmenschliche Kolossal-Erneuerungen vorgenommen und dabei fast nur an das Gebaute, kaum aber an den Menschen gedacht habe. Daraus folgernd wurde auf dem Berliner Kongreß u. a. gefordert, den Bürger verstärkt zu beteiligen, die Entwicklung der Städte menschlichen Dimensionen anzupassen, die Erneuerung vorhandener Bauten vordringlich zu betreiben, die Verbesserung der innerstädtischen Umwelt zu fördern und dabei Anreize für private Investitionen zu schaffen. Das waren goldene und richtige Worte, die nur – wie bei übergeordneten Gremien eben häufig – sehr spät kamen.

In der Praxis hatte sich zunächst unauffällig, dann aber bald meinungsprägend neben den großvolumigen Flächensanierungen eine ganz andere Stadterneuerungskultur gebildet. Hier in Baden-Württemberg hatten wir nur ein einziges Gebiet, das man dem frühen Schwerpunkt der großräumigen Flächensanierung zurechnen konnte. Das war das Karlsruher »Dörfle«. Und auch dieses war kein echter Beispielsfall, denn er

war schon Jahre vor Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes als sog. Studien- und Modellvorhaben begonnen worden.

Zu Beginn der 70er Jahre bestand in Baden-Württemberg ein sehr merkwürdiger Zustand, denn viele redeten von Stadterneuerung, aber kaum eine Kommune wurde aktiv. Die Städte und Gemeinden meldeten nur seltsam ausgewählte, kleine Gebiete zur Förderung an. Diesen Quartieren war anzumerken, daß die Kommunen die neue Aufgabe der Stadtsanierung – wenn überhaupt – nur in irgendwelchen Ecken, die zwar heruntergekommen waren, aber nur wenig störten, erproben wollten. Darüber hinaus kamen selbst von diesen dubiosen Kleinquartieren so wenige zusammen, daß die verfügbaren Fördermittel gar nicht sinnvoll eingesetzt werden konnten. Eine aus der Sicht späterer Jahre fast aberwitzige Situation.

Wo lag das Problem? Was war zu tun? Der Verfasser war damals schon für die Stadterneuerung in Baden-Württemberg verantwortlich. Zusammen mit einem Kollegen unternahm er 1972/73 viele Wochen lang Rundfahrten zu den Städten und Gemeinden, die ein Gebiet zur Förderung angemeldet hatten, und auch zu solchen, bei denen Mißstände zu vermuten waren. Bei diesen Besuchen stellte sich sehr rasch heraus, weshalb die Stadterneuerung nicht anlaufen wollte. Die Bürgermeister der Mittel- und Kleinstädte erklärten nahezu einhellig: Bei uns gibt es keine großen Quartiere, die flächensaniert werden müßten, dafür ist die vorhandene Bebauung zu gut und zu wichtig. Auch mit großen Sozialplanüberlegungen können wir wenig anfangen. Unsere Zentren veröden, die dort verbliebenen Bewohner kennen wir alle persönlich. Die Umsetzung mehrerer 100 Leute kommt bei uns nicht vor. Unsere Verhältnisse sind kleinteiliger. Die riesigen Sanierungsgebiete norddeutscher Großstädte liegen in einer anderen Welt.

Es forderte lange Überzeugungsarbeit, bis die Kommunalpolitiker akzeptierten, daß das Gesetz und das Land keine bestimmte Vorgehensweise forderten, daß vielmehr die Auswahl der Gebiete und die Art und Weise des Vorgehens kommunale Selbstverwaltungsaufgabe sei. Das Eis schmolz langsam. Als es dann aber geschwunden war, nahm die Stadterneuerungsbereitschaft der Kommunen lawinenartig zu. Zeitlich eingeordnet war dies etwa ab dem Jahr 1975 der Fall. Die mit Ernst betriebenen Sanierungsmaßnahmen – die Probemaßnahmen in den Versuchsecken wurden meist beendet – waren nahezu alle kombinierte Maßnahmen mit hohen Anteilen erhaltender Erneuerung, daneben allerdings auch mit Elementen der Flächensanierung, wo eben abgängige Bausubstanz einzubeziehen war.

Es ist das maßgebliche Verdienst der Kommunalpolitiker, daß die Städte und Gemeinden in ihrer Maßstäblichkeit und Gestalt sowie das Architekturerbe in seiner Substanz im wesentlichen erhalten blieben und ergänzt wurden. Die Denkmalpfleger haben die notwendigen Entscheidungen zwar unterstützt, sie waren aber in den ersten Jahren gezielter Stadterneuerung noch nicht sonderlich präsent. Erst als sich die Probleme zu »Abriß oder Pflege« zusammenballten, lenkte die Denkmalpflege ihr Inter-

esse auch auf die unscheinbaren Zeitzeugen der Baugeschichte in den Stadterneuerungsgebieten.

Im Mittelpunkt standen über lange Jahre die Stadt- und Ortskerne. Vorrangiges Ziel war die Aufwertung der meist verödnungsgefährdeten Kernlagen. Daneben standen als weitere Ziele: Die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Verlagerung störender Betriebe, die Beschäftigung des Baugewerbes, die Ausweitung der Einkaufsmöglichkeiten und vieles andere. Diese weiteren Gründe waren aber nur dienende Ziele im Verhältnis zu dem alles überragenden Wunsch, eine attraktive, lebenswerte, urbane, von den Bürgern geschätzte Mitte zu schaffen.

Stadterneuerung ist insoweit ein Phänomen, als sie höchst selten zu kommunalpolitischen Auseinandersetzungen führt. Keine andere kommunale Großaufgabe wird politisch so einmütig bewältigt, wie die der Stadterneuerung. Gleichzeitig ist dies vermutlich der Grund dafür, daß es der Stadterneuerung nie gelungen ist, politisch Schlagzeilen zu machen. Eine Aufgabe, die zwar unter großen Anstrengungen, aber in Harmonie wahrgenommen wird, bietet nur wenige Ansatzpunkte zur Profilierung auf Landes- und Bundesebene.

An Investitionsbereitschaft hat es in den Sanierungsgebieten der letzten 20 Jahren kaum einmal gemangelt. Auch die Zuzugsbereitschaft war bei attraktiven Innenstadtwohnungen und Büroräumen gegeben. Wenn die Rahmenbedingungen stimmten, war die Innenstadt gern gewählte Alternative zu anderen Wohnstandorten und gewerblichen Niederlassungsplätzen. Was die Dichte der Ansiedlung in den Innenstädten anlangte, so konnte sich auch die Stadterneuerung nicht dem allgemeinen Auflockerungstrend entziehen. 38 qm Wohnfläche je Person, die wir heute im Durchschnitt haben, wirkten sich auch in den Sanierungsgebieten aus. Das fiel allerdings nicht sonderlich auf, denn jede Wohnung fand ihre Nutzung, und ausgehend von der zuvor bestehenden Verödung war auch eine kleine Zunahme ein Zuwachs.

Die Verbindung zwischen Stadterneuerung und Denkmalpflege wurde mit der Zeit enger. War man sich anfangs unsicher, wie weit man aufeinander zugehen konnte und mußte, so erkannten die Eigentümer und Investoren wenigstens zum großen Teil sehr bald, daß eine Stadt wesentlich von ihrem Architekturerbe geprägt wird und davon zehrt. Das Verständnis für die Notwendigkeit eines pfleglichen Umgangs mit diesem Erbe gewann deshalb rasch an Boden. Umgekehrt akzeptierten die Denkmalpfleger, daß ein Baudenkmal dauerhaft in der Regel nur gesichert werden kann, wenn es auch genutzt wird, wobei die Nutzung ihren Tribut fordert. Probleme im Einzelfall blieben. Die Denkmalpfleger sprachen mit Sorge immer wieder von »übernutzten« Baudenkmalen oder von einer »Zerstörung ohne Abbruch«, wenn etwa ein Aufzug in ein mittelalterliches Spital eingebaut wurde. Konflikte lassen sich nicht schönreden, sie müssen ausgetragen und im Einzelfall durch einen Kompromiß gelöst werden. Dieser Weg wurde zunehmend beschritten.

Ab Mitte der 70er Jahre eroberte sich die Stadterneuerung neue Gebietstypen. Sie drang über die Stadt- und Ortskerne hinaus und erreichte auch Mischgebiete und ältere Wohngebiete. Es ging dort um die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die vorhandene Wohnbevölkerung, aber auch um das Anwerben zusätzlicher Bevölkerungsgruppen. Die großen Städte, die in den Kernlagen keine Sanierung begonnen hatten, wandten sich von vornherein diesen Gebieten zu. Als der Schritt aus den Zentren heraus getan war, zeigten sich Probleme: Das rechtliche Gerüst des Städtebauförderungsgesetzes wollte nicht mehr passen. Der Gesetzgeber war der Überzeugung gewesen, daß man Stadtsanierung nur in hochbelasteten Gebieten mit zahlreichen Bewohnern betreiben würde, und solche Quartiere lösten nach seinen Vorstellungen hohen personellen und finanziellen Einsatz auf relativ kleiner Fläche aus. Dementsprechend war das Gesetz gefaßt. Sanierung in briefmarkengroßen Gebieten nannte man das damals abschätzig.

In den Wohn- und Mischgebieten war diese Sanierung hoher Intensität nicht der richtige Weg. Dort genügte oft Wohnumfeldverbesserung und Ergänzungen der Infrastruktur. In die Wohn- und Betriebsgebäude selbst mußte nicht unbedingt »hineingewirkt« werden. Entweder waren sie ohnehin in ordentlichem Zustand, oder der Anstoß durch die Wohnumfeldverbesserung reichte aus, um bei den Hausbesitzern Eigeninitiative auszulösen. Ein zweiter Grund, Sanierungsmaßnahmen mittlerer Intensität anzustreben, war die Erkenntnis, daß sich die Stadterneuerungsprobleme in ihrer Großflächigkeit niemals bewältigen ließen, wenn man nicht die pingelige Genauigkeit in den Kleingebieten der Anfangsjahre überwand.

Das Städtebauförderungsprogramm wurde erst Mitte der 80er Jahre geändert, solange dauerte es, bis ein vereinfachtes Verfahren in das Gesetz eingefügt wurde. Hier in Baden-Württemberg wollten wir diese Zeit nicht abwarten. Schon 1976 kreierten wir deshalb mit Landesmitteln ein eigenes Programm für die großen Städte, das wir 1981 zu einem allgemeinen Wohnumfeldprogramm ausweiteten. Das Städtebauförderungsgesetz mit seinen zu engen Rechtsvorgaben umgingen wir, indem wir in den Förderrichtlinien das Gesetz schlicht für unanwendbar erklärten.

Im Zusammenwirken zwischen Land und Kommunen setzten sich im Laufe der Zeit auch einige Prinzipien durch, die die Realisierung von Stadterneuerungsmaßnahmen erleichterten und beschleunigten. So begriffen die Kommunen rasch, daß man Stadterneuerung am besten nicht in der schwierigsten Ecke einer Altstadt beginnt, da es dort zu lange dauert, bis sich baulich etwas ändern läßt; inzwischen kann das Wohlwollen der öffentlichen Meinung, das man für jede Sanierungsmaßnahme braucht, geschwunden sein. Die erste Realisierungsmaßnahme war deshalb sinnvollerweise eine solche mit höchstens mittlerer Schwierigkeit. Häufig boten sich dafür Verbesserungen im öffentlichen Raum an.

Auch schworen die Gemeinden bald dem Prinzip deutscher Gründlichkeit ab, indem sie nicht mehr alle Einzelprobleme zunächst in der Theorie lösten, bevor sie die

ersten Maßnahmen praktisch umsetzen. Stadterneuerung lebt vom Beispiel und vom Vorbild. Die erste, gelungene Instandsetzung eines Baudenkmals auf kommunale Veranlassung bewirkte mehr als 20 ausführliche Beratungsgespräche.

Stadterneuerung ist für die Kommunen, für die vor Ort Betroffenen und für die hinzukommenden Investoren eine anstrengende und langwierige Aufgabe, die Ausdauer und Kompromißfähigkeit fordert. Die arbeitsintensiven und schwierigen Schritte der Vorbereitung und Durchführung müssen in jedem einzelnen Erneuerungsverfahren durchgehalten werden; gelingt dies nicht, bleibt die Erneuerung ein Torso. Rückblickend auf die letzten 25 Jahre ist es erstaunlich, wie wenige Maßnahmen abgebrochen wurden. In Baden-Württemberg mit seinen rd. 1650 Stadterneuerungsgebieten liegen die abgebrochenen Maßnahmen nur im Promillebereich. Im Ganzen gesehen rundet sich die Stadterneuerung zur Erfolgsstory. In zweieinhalb Jahrzehnten ist es gelungen, attraktive Stadtkerne und Stadtteilzentren zu gestalten, das Architekturerbe zu bewahren, den Bürgern eine Mitte zu bieten, mit der sie sich identifizieren können, Wohnraum und Arbeitsplätze in nicht geringer Zahl neu zu schaffen und dem Baugewerbe über lange Jahre gesicherte Beschäftigung zu bieten. Viele Städte und Gemeinden der Bundesrepublik erreichten in ihren Kernen eine lebendige, tragfähige Mitte und zugleich einen städtebaulichen Standard, den sie in ihrer Geschichte zuvor nie erlangt hatten.

Gegen Ende der 80er Jahre kam ein neuer Schwerpunkt hinzu: Die arbeitsplatzorientierte Sanierung von Gewerbegebieten und insbesondere von Gewerbebrachen. Es ist ein Streit um Worte, ob man diese Aufgabe als Stadterneuerung oder als Stadtumbau bezeichnen will. Auch brachgefallene Gelände und kümmernde gewerbliche Nutzungen stellen städtebauliche Mißstände dar, denen man nach allgemeinem Verständnis mit städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen zu Leibe rücken kann. Gestaltungsfragen spielen zwar bei diesen Sanierungsvorhaben nur eine bescheidene Rolle, es bleibt aber die Aufgabe, Strukturverbesserungen zu erreichen: Verbesserungen für die Stadt, für die Arbeitsplatzsituation und für die Entwicklungschancen der Betriebe.

Zusammen mit dieser Ausweitung auf die Brachen ergeben sich für die Gegenwart zwei Schwerpunkte der Stadterneuerung: Einmal die herkömmlichen, innerstädtischen Aufgaben, die vor allem in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern lange noch nicht abgearbeitet sind. Und daneben die Brachen, die in fast erdrückendem Ausmaß den Städten und neuen Investoren angedient werden. Es sind Brachen der Bahn, der Post, des Militärs, aber auch des Gewerbes und der Industrie. Sie sind zum Teil so groß, daß wesentliche Teile einer Stadt dort neu untergebracht werden können. Und das schafft Kopfzerbrechen, denn es geht dort nicht nur um das herkömmliche »Wie« einer Neugestaltung, sondern es geht dort zunächst und vor allem um die elementare Frage, »was« auf diesen Flächen geschehen kann. Und diese zu beantworten, ist heute oft sehr schwierig.

Das Überangebot an Brachflächen kommt zur Randwanderung der Nutzungen hinzu. Beide Entwicklungen gefährden die Innenstädte. In den 60er Jahren war es die Unwirtlichkeit der Innenstädte, die eine außerordentlich große und erfolgreiche Welle der Erneuerung und Rückbesinnung auf die Zentren auslöste. Heute sind die Innenstädte durchaus »wirtlich« und dennoch stehen wir vor dem Problem der schwindenden Nutzungen.

Wenn es alle diejenigen, die den Innenstädten und der Stadterneuerung verbunden sind, auch wenig erfreut, so müssen sie doch zur Kenntnis nehmen, daß die Mitte der Stadt ihre zentrale Stellung schon geraume Zeit zu verlieren droht. Von einer umfassenden Zentralität haben sich die meisten Innenstädte bereits verabschieden müssen. Auch die Stadterneuerung bewirkte keine Trendwende; sie vermochte aber durch attraktive Angebote in den Innenstädten einen Teil der Nutzungen zu halten und neue anzuziehen. Bisher fiel die Auslagerung von Nutzungen in nicht integrierte, neue Standorte nicht sonderlich auf, weil für die Innenstädte noch genügend übrig blieb. Gegenwärtig und in absehbarer Zukunft geht es aber kaum noch um die Befriedigung bisher nicht abgedeckter Nutzungswünsche, sondern vorrangig um die Umverteilung von räumlich an anderer Stelle bereits verankerten Nutzungen. Die Ansiedlung einer Nutzung an neuem Ort zieht Nutzungen am alten Ort – und das sind sehr häufig die sanierungsrelevanten Quartiere – ab. Daß es kaum noch um die Ansiedlung ungedeckten Mehrbedarfs, sondern vornehmlich um die Neuverteilung der bereits etablierten Potentiale geht, hat seine Ursache vor allem in den stagnierenden Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte.

Und ein zweiter nachteiliger Umstand kommt hinzu: Verödung und Ausdünnung sind immer schon weniger die Folge schwindender Nutzungen als vielmehr die Konsequenz ausbleibender Nachfolgenutzungen. Wechsel und Austausch bilden das Normale. Probleme tauchen auf, wenn neue Nutzungen ausbleiben. Die ohnehin bescheiden dimensionierten neuen Nutzungen suchen heute vielfach ihren Weg direkt in das Umland, zum Nachteil der Innenstädte. Dies ist ein relativ neues, heute aber durchaus zu gewichtendes Faktum.

Die zentrifugale Kraft der Randwanderung betrifft Betriebe, sie betrifft das Wohnen, vor allem aber betrifft sie den Einzelhandel und die Dienstleistung. Die wachsende Mobilität der Kunden und die Verlagerung ihrer Wohnstandorte nach außen veranlaßte großflächige Einzelhandelsunternehmen, ihnen bis an die Stadtperipherie zu folgen. Auf Seiten der Baurechtsbehörden bestimmen dazu sog. Einzelhandelserslasse schon seit langen Jahren die Diskussion. Regelungen zur Steuerung und Größe der Einkaufszentren sowie zu sog. innenstadtrelevanten und nicht innenstadtschädlichen Warengruppen wurden dabei versucht. Erfolge zum Schutz der Innenstadt hatten sie nur begrenzt.

Die Einzelhandelsflächen an nicht integrierten Standorten wachsen weiter und von selbst dürfte diese Entwicklung so schnell nicht enden. Die Projektleiter neuer Märkte

sind findig. Sie mehren die Verkaufsflächen, erweitern das Sortiment und verknüpfen die Geschäftszweige zu rentablen Nachbarschaften. Im »Vorkassenbereich« großer Einkaufszentren, neudeutsch »Mall« genannt, werden ergänzend Waren und Dienstleistungen angeboten, die früher typisch für die Nutzungsvielfalt rund um den zentralen Marktplatz waren: Reinigung, Bank, Bäcker, Schuhmacher, Friseur und Gaststätte bieten sich jetzt ergänzend vor dem Supermarkt an. Die Entwickler neuer Einkaufszentren haben beim Kunden den Wunsch entdeckt, in einer Atmosphäre der Verfügbarkeit aller Bedarfsgegenstände einzukaufen. Ein Wunsch, der sich früher nur in der Stadtmitte realisieren ließ, wurde eilends in den Pseudo-Marktplatz der Vorkassenzone transformiert. Ein weiterer Qualitätssprung ist mit der Ansiedlung anspruchsvoller Dienstleistung getan. Es gibt bereits Einkaufszentren auf grüner Wiese, die im Obergeschoß Steuerberater und Arzt beherbergen.

Neben dem Einzelhandel wandern gelegentlich Freizeiteinrichtungen innenstadtschädlich an verkehrsgünstige Standorte in der Agglomeration ab. Großkinos, Freizeitparks, Musical-Centers erobern die Peripherie, während traditionsreiche Theater in den Innenstädten schließen.

Hinzukommt, daß viele Innenstädte und gerade auch Sanierungsgebiete Opfer ihrer eigenen Attraktivität werden können. Die dort zu verzeichnende, hohe Besucherfrequenz und die mit ihr verbundene Umsatzerwartung haben die Bodenpreise und Mieten mancherorts bis über die Grenze der Zahlungsfähigkeit mittelständischer Betriebe hinaus in die Höhe getrieben. Filialisten und Fastfoodketten, die in der Regel bereit sind, auf steigende Mietforderungen einzugehen, haben sie ersetzt. Eine Banalisierung des Angebots, das aus heutiger Sicht nur die Vorstufe einer neuen Verödung sein kann, setzt ein.

Zur Randwanderung der Nutzungen kommt als zusätzliches Problem die schon erwähnte Verfügbarkeit großer Brachen hinzu. Diese können durchaus integriert gelegen sein – z. B. das Gelände von Stuttgart 21 –, die Ansiedlung von Nutzungen auf diesen Brachen saugt aber die sanierten Innenstädte gleichermaßen leer wie die Einkaufs- und Erlebniszentren auf grüner Wiese.

Innenstädte und Sanierungsgebiete wären nicht einseitig auf den Verbleib des Einzelhandels und der Dienstleistung angewiesen, wenn es eine sinnvolle substituierende Nutzung gäbe. Eine solche ist aber kaum erkennbar. Für das Wohnen sind dort die Grundstückspreise und Mieten zu hoch. Gewerbebetriebe und Dienstleistungen suchen die Mitte nur noch sehr begrenzt und nur bei guter Erreichbarkeit auf. Für Freizeiteinrichtungen gilt Ähnliches. Es bleibt danach nur, festzustellen, daß es um die Innenstädte und viele Sanierungsgebiete prekär bestellt ist, wenn es nicht gelingt, ihnen herkömmliche Nutzungen zu sichern.

Innenstadt ist allerdings zum Glück nicht gleich Innenstadt und Sanierungsgebiet nicht gleich Sanierungsgebiet. Es gibt zahlreiche Städte, die erfolgreich und konsequent Innenstadtpolitik betreiben, ihre Ränder abschirmen und auch heute noch

wichtige Nutzungen neu nach innen lenken. Dabei gibt es seit Jahren eine wachsende Zahl von Sanierungsmaßnahmen, bei denen Einzelhandel und Dienstleistung nicht im Vordergrund stehen. Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit gestalten in einem Stadtquartier der kurzen Wege dort die Schwerpunkte; diese Vorhaben laufen nach wie vor erfreulich gut.

Für die Mehrzahl der Innenstädte bleibt aber der Nutzungsschwund eine drängende Frage. Wohin entwickelt sich in solcher Situation das Städtische? Städtische Öffentlichkeit, Attraktivität und Urbanität begründet entscheidend die offene Begegnung der einzelnen städtischen Kraftfelder (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, kulturelles Angebot, Freizeit verbringen u. a.). Deshalb trifft der mit der Ausdünnung verbundene Verlust die Innenstädte substantiell. Er ändert das städtische Leben und erreicht mit Zeitverzögerung auch die Pflege der Gebäude, der Straßen und der Plätze. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Bei einer Tagung von Regional- und Stadtplanern aus ganz Deutschland sagte Mitte September 1998 ein Teilnehmer: »Alles ist passiert aus Schlamperei«. Er fand große Zustimmung. Jedenfalls sind Kräfte mit großem Durchsetzungsvermögen am Werk.

Man könnte manchmal meinen, das Problem der neuen Verödung käme mit der gleichen Unabänderlichkeit über die deutschen Innenstädte wie ein Hurrikan über die Inseln der Karibik. Doch dem ist nicht so. Unter Fachleuten der Regionalplanung und der Bauleitplanung bestehen keine Zweifel, daß die rechtlichen Instrumente ausreichen, um den zentrifugalen Kräften zu begegnen. Jede Stadt hat die Befugnis, alte Bebauungspläne zu ändern und auf die neueste Fassung der Baunutzungsverordnung umzustellen, die die Ansiedlung großer Einkaufszentren außerhalb eigens festgelegter Kerngebiete oder Sondergebieten entsprechender Zweckbestimmung nicht mehr zuläßt. Daneben ist jede Stadt nur dann zur Bauleitplanung verpflichtet, wenn dies erforderlich ist (§ 1 Abs. 3 BauGB). Ist ein legitimer Bedarf zu befriedigen, wenn eine in der Stadt längst abgedeckte Nutzung nur in anderer, großräumiger Weise neue Ansiedlung sucht? Doch Instrumente wirken nicht, es sei denn, man wendet sie an! Und daran fehlt es gelegentlich. Wobei das Hauptproblem im Konkurrenzdenken der Kommunen und ihrer nicht ausreichend abgestimmten Entwicklung liegen dürfte.

Hinzu kommt, daß Kommunalpolitiker, die heute im Amt sind, die Stadterneuerung der letzten knapp 30 Jahre ganz überwiegend nicht mehr selbst gestaltet haben. Sie kennen die Anstrengung und die Mühe, aber auch den Stolz über das in den Stadtzentren Erreichte nur vom Hörensagen. Sie erheben keine Einwendungen gegen die Taten ihrer Vorgänger, aber zu einer Verteidigung reicht es kaum einmal.

Arbeitsplatzdenken und interkommunale Konkurrenz stehen heute im Vordergrund. Die Regionalplanung zieht war ein Stück weit Grenzen, sie kann und will aber nicht so weit gehen, daß sie sich gezielt und einseitig stadterneuerungsfreundlich auswirkt. Außerdem finden geschickte Projektentwickler im Zusammenwirken mit geneigten Bürgermeistern manche Lücke. – Das Arbeitsplatzargument ist meist unzu-

treffend, denn im kleinteiligen Einzelhandel der Innenstadt gehen wesentlich mehr Arbeitsplätze verloren, als im Einkaufszentrum am Stadtrand hinzukommen.

In Nordrhein-Westfalen hat man sich entschlossen, den Städten, die ihren eigenen Innenstädten durch Nutzungen am Stadtrand gefährliche Konkurrenz bereiten, den Entzug ausbezahlter Städtebauförderungsmittel anzudrohen. Ein interessantes Signal, wenn es auch Zweifel an seiner Realisierbarkeit gibt. Was auf grüner Wiese und auf Großbrachen neu entsteht, sind keine Schwarzbauten. Bauleitplanung und Baugenehmigung liegen jeweils zugrunde. Es wirkt sehr befremdend, wenn eine Stadt, die einen großen zweistelligen Millionenbetrag an Städtebauförderungsmitteln verbaut hat, an einer Autobahneinfahrt ein großes Einkaufszentrum und in dessen Obergeschoß mehrere Arztpraxen zuläßt. Die nordrhein-westfälische Reaktion ist deshalb verständlich.

Es kann sein, daß die gewaltigen Einkaufszentren, die am Ortsrand und auf Brachen entstanden und noch entstehen, ein Spuk von kurzer Dauer sind, weil Teleshopping ihnen bald das Wasser abgräbt. Es mag außerdem sein, daß es nur wenige Freizeitzentren in den Agglomerationen geben wird, weil die Banken wegen deren kurzer Lebensdauer nur selten zur Finanzierung bereit sind. Sehr viel sinnvoller als das bescheidene Hoffen auf bessere Zeiten ist aber eine Neuordnung der kommunalen Innenstadtpolitik. Meist vermissen Investoren, Betriebe und Bewohner, wenn sie Innenstädte meiden, dort Vitalität, Flexibilität und Erreichbarkeit. Ein strenges und teures Parkierungssystem spielt dabei eine große Rolle. Ältere Menschen wünschen sich zudem mehr Sicherheit in den Städten. Und nur selten wird der Versuch unternommen, Immobilienbesitzern zu verdeutlichen, daß sie langfristig den Wert ihres Eigentums schmälern, wenn sie horrenden Mieten verlangen, die allenfalls noch Filialisten für einige Zeit bezahlen.

Die Sanierungsergebnisse der letzten Jahrzehnte sind – noch – nicht gefährdet. Eine große Zahl von Stadterneuerungsgebieten wird voll genutzt und ihre Gebäude sowie der umgebende öffentliche und private Raum werden gepflegt. Hinzu kommen gerade in jüngster Zeit zahlreiche Um- und Ausbaumaßnahmen in zuvor meist gewerblich genutzten Baudenkmalen. Die Innenstädte und ihre markanten Bauten haben noch Freunde. Daneben ist die Nachfrage der Städte und Gemeinden nach weiteren Städtebauförderungsmitteln ungebrochen. In Baden-Württemberg können nur $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ der Antragsvolumina berücksichtigt werden.

Es gibt aber daneben sanierte Gebiete, bei denen die Nutzung bröckelt. Und es gibt außerdem Innenstadtbereiche, die nicht erneuert werden, weil ihre spätere Verwendung nicht prognostizierbar ist. Eine rechtzeitige Besinnung auf diese für Stadtgestalt und städtisches Leben meist wichtigen Quartiere könnte wesentlich größere Schäden in der Zukunft vermeiden.

Gotthard Voss

Altstadtsanierung in den neuen Bundesländern

*Materielle Bestandsnot und Altstadtverständnis 1989/1990**

Noch vor zehn Jahren hatte eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft »Die alte Stadt« hier in diesem Land, das Deutsche Demokratische Republik hieß, keinen Platz in unserem Vorstellungsvermögen. Heute ist eine solche Zusammenkunft Realität. Diese in so kurzer Zeit vollzogenen unvorstellbaren Veränderungen sind es wert, sie stets voller Dankbarkeit zu nennen, auch um uns immer besser verstehen zu lernen mit dem gegenseitigen Erzählen selbst erlebter geschichtlicher Vorgänge. Heute begegnen wir uns ungehindert in diesem Land, das wieder den Namen Sachsen-Anhalt trägt, in diesem wunderbaren Landstrich zwischen Saale und Unstrut und in dieser Stadt, im Schutze der großartigen Burg. Beide, die Burg und die Stadt, haben wieder eine Chance. Es macht mich froh und als Denkmalpfleger auch stolz, daß Sie alle, die Sie sich hierher auf den Weg gemacht haben, einer Stadt begegnen, die den Neuanfang genutzt hat und sich heute in einer Gestalt zeigt, die unseren früheren Hoffnungen entsprach, einer Hoffnung, die wir bei aller Aussichtslosigkeit nie aufgegeben hatten und die unser Handeln prägte und bis heute bestimmt.

Freyburg ist eine Stadt, die Zeugnis ablegt für den Neuanfang, für ein tatkräftiges Zupacken. Freyburg verbreitet Zuversicht mit ihrer Altstadt am Fluß. Sie steht mit den Geschichten erzählenden Narben zu ihrem Alter. Freyburg, die das in Jahrhunderten Gewachsene nicht unter einer alles übertünchenden Saubermachhülle verbirgt, Freyburg mit ihren das Unstruttal prägenden Weinbergen und mit der Neuenburg, der Krone dieser Stadt, hoch oben auf dem Berg. Freyburg ist ein guter Ort, um darüber zu berichten, was während der zurückliegenden Jahre in den Altstädten von Sachsen-Anhalt geschehen ist.

Mir wurde die Aufgabe übertragen, als Denkmalpfleger etwas über die Ausgangslage 1989/90, bezogen auf die Altstädte, zu berichten. Ich stelle mich, wenn ich auch weiß, wie sehr man der Schönfärberei oder auch der Schwarzmalerei beim Blick von heute auf das Ende der DDR und den Neuanfang bezichtigt werden kann. Der Vorwurf der Undankbarkeit, der Ostalgie oder auch die Zuordnung zu irgend einer politischen Gruppierung ist schnell gemacht. Es wird immer vom räumlichen Standort des Betrachters und dem ganz persönlichen Standpunkt eines jeden abhängen, wie der Bericht über geschichtliche Begebenheiten ausfällt. Ich stehe seit 1965 mitten drin in der Denkmalpflege hier in diesem Land, das mir Heimat ist.

* Der Text beruht auf einem Vortrag des Verfassers bei der Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. am 7. Mai 1998 in Freyburg.

Im Herbst 1989 war eine Baupolitik, die den Altstädten schweren Schaden zugefügt hatte, zusammen mit einem unüberwindbar scheinenden Gesellschaftssystem an ihr Ende gekommen. Ein Experiment war gescheitert und damit der Weg frei für einen Neubeginn. Für uns, die wir hier gelebt haben, kam der Wechsel in rasantem Tempo und traf uns in allen Lebensbereichen total unvorbereitet. Wir wußten, was wir hinter uns hatten, und daß wir auf keinen Fall ein Zurück wollten. Die Zukunft aber lag ungewiß vor uns. In unserer Vorstellung war sie überladen mit Hoffnungen und Erwartungen. Wir glaubten, endlich mit unserem eigenen Erfahrungspotential handeln, für die Baudenkmale, für die Altstädte vieles nachholen zu können. Waren es Illusionen? In den ersten Monaten ganz sicher nicht, denn wir spürten die gute Ausgangslage. Wir hatten einen großen Sieg errungen. Ein System, das hoch bewaffnet war, dessen Sicherheitsapparat perfekt funktionierte, wurde ohne Widerstand hinweggeblasen. Dieser einmalige Erfolg machte uns zunächst selbstbewußt. Wir, die wir mit Erfolg trotz großer Probleme viele Baudenkmale gerettet hatten, glaubten wirklich, den Weg guter denkmalpflegerischer Arbeit nun ungehindert gehen und mit den erhofften finanziellen Zuwendungen den noch erhaltenen Bestand unserer Altstädte retten zu können. Für diesen Weg gab es aber weder Konzepte, noch ahnten wir etwas von den verschiedenen Abhängigkeiten und von den neuen Gegebenheiten, die uns den Weg sehr steinig machen würden. In den ersten Monaten konnten wir uns an der neuen Situation so recht freuen. Die Tore standen offen, und wir waren mit unserem Optimismus noch weitgehend unter uns. Es herrschte eine echte Aufbruchstimmung. So war für uns die Ausgangslage sehr hoffnungsvoll, denn der Wille zur Tat war an vielen Orten groß und das Interesse an dem Fortbestand der Altstädte breit gestreut. Der bis dahin sich zusehends verschlechternde Zustand unseres gebauten Lebensraumes und die Tatenlosigkeit der Regierenden hatten die Menschen ermutigt und gedrängt, demonstrierend auf die Straße zu gehen. Lichterketten um viele gefährdete Stadtviertel waren der beste Ausdruck für ein ernst zu nehmendes Altstadtverständnis. Viele Menschen waren bereit, sich zu engagieren, auch ganz konkret für die Häuser, in denen sie all die Jahre gewohnt und sich häufig für die Erhaltung sehr aktiv eingesetzt hatten. Sie mußten aber bald erfahren, wie ihr in die Zukunft reichendes Engagement von vielen Faktoren abhängig wurde, bei denen sie zumeist schlechte Karten hatten.

Aus der Sicht von heute sehe ich für die neue Ausrichtung der Entwicklung den Zeitpunkt, als der Drang nach Freiheit in einem materiellen Interesse für jeden real werden konnte und die Möglichkeit einer Teilhabe am Wohlstand des bisher anderen Deutschland in greifbare Nähe gerückt war. Die vom Volk geforderte und von den beiden Regierungen verhandelte und erreichte Vereinigung trug den Namen Beitritt mit allen Konsequenzen. Die Sieger erlebten sich vielfach als die Besiegten. Ein in jeder Beziehung wehrloses Land wurde überrollt. Da konnten die einen nicht schnell genug ihre Märkte hier etablieren und die anderen ihr Verlangen nach dem bisher

Vermißten befriedigen. Für den aufmerksamen Begleiter war es erschreckend, wie schnell eigene Identität und Selbstbewußtsein aufgegeben, aber auch in welchem Ausmaß der hier ins Land drängenden Wirtschaft freie Bahn gelassen wurde. Der alleinige Maßstab war das im westlichen Deutschland Bestehende, ohne daß die Chance Raum bekommen hätte, Erscheinungen zu hinterfragen oder die Möglichkeit zugelassen worden wäre, auch Brauchbares des Ostens vor der Totalaufgabe zu bewahren. Da konnte es nicht ausbleiben, als Beweis für die Qualität des Bestehenden hier Vorhandenes zu erniedrigen. Die historische Bausubstanz war dafür besonders geeignet. Ihre zum Teil wirklich erschreckenden Zustände wurden zu einem sehr medienwirksamen Thema, das seine Wirkung nicht verfehlte. Wir Denkmalpfleger sahen selber die bedrohliche Situation mit anderen Augen, hatten doch auch wir uns an bestimmte Gegebenheiten gewöhnt. Unser Blick schärfte sich aber, als wir endlich das Reisen nutzen und den Ergebnissen der Erhaltungsbemühungen in den westlichen Ländern begegnen konnten. Wir stellten viele Fragen nach dem Verbleib originaler Substanz, nach den Instandsetzungsmethoden und erhielten bereitwillig Antwort. Sie endeten häufig in der Aufforderung »Macht nicht die gleichen Fehler, die wir gemacht haben.« Mit diesem gut gemeinten Rat kamen wir zurück und freuten uns der Vielfalt des überall noch originär Erhaltenen. Wir sahen uns in unserem Ziel bestärkt, möglichst viel von der originalen Substanz, dazu von den städtebaulichen Situationen in vielen Altstädten und Dörfern zu erhalten. Unsere Einblicke in die Zusammenhänge der Verhältnisse, denen wir beigetreten waren, reichten aber noch nicht aus, um zu begreifen, daß das neue System das Bauwesen und damit auch die Denkmalpflege verändern sollten. Das Verhindern schon gemachter Fehler lag am wenigsten in unserer Hand. Der einseitige Transfer brachte sie einfach mit.

Für die Zeit nach dem ersten Aufbruch ein Altstadtverständnis zu verallgemeinern, fällt mir schwer. Es war ganz sicher ausgeprägt, konnte sich aber noch nicht genügend öffentlich, z. B. in Vereinen, artikulieren. Wo ich dieses Altstadtverständnis mit Freuden feststellen und erleben konnte, war in den Städtepartnerschaften, die sich in dieser Zeit wirklich bewährten und auch in einigen Stiftungen, die hier sehr schnell wirksam wurden. Bei diesen war keine Siegerpose zu spüren. Es ging um echte Beratung unter gleichberechtigten Partnern. Nicht der Profit stand im Vordergrund, sondern die ehrlich gemeinte Hilfe vor dem Hintergrund der eigenen Verlust Erfahrungen. Die Empfehlung zur Behutsamkeit konnten wir immer wieder vernehmen. Die Propheten wurden aber nicht gerne gehört, wie es überhaupt eine schlechte Zeit für Mahner gewesen ist. Es sollte alles ganz schnell gehen, damit man die »blühenden Landschaften« bald durchwandern könnte. Sehr viel Geld wurde bereitgestellt, doch fehlte es zumeist an den Voraussetzungen, es koordiniert, sinnvoll und auch sparsam auszugeben. Um die Städte entstanden Einkaufs- und Gewerbegürtel und zerstörten dort Landschaften, die zuvor vielerorts alljährlich geblüht hatten. Beinahe jeder Stadtein- gang wird nun auch im Osten von unkoordiniert nebeneinandergestellten Auto- und

Möbelhäusern, Baumärkten, Gartencentern und Einkaufstempeln geprägt. Die Märkte draußen wurden für so manchen Altstadt kern zu einem chancenlosen Zuspät. Waren hier Berater gekommen mit einem Altstadtverständnis? Wohl nicht! Hier nutzten vielmehr Leute die Gunst der Stunde, die allein auf den Konsum und damit die eigene Produktion zur Profitsteigerung ausgerichtet war. In dieser Situation hätten wir uns mehr Schutzmaßnahmen von der Politik gewünscht.

Daß von den Landesregierungen und den Landesparlamenten in den östlichen Ländern die Gefahren für den wertvollen historischen Bau- und stadtkünstlerischen Bestand erkannt wurden, war ein wirklich sichtbarer und hilfreicher Beitrag zum Altstadtverständnis. In Sachsen-Anhalt wurde schon im Herbst 1991 ein Denkmalschutzgesetz verabschiedet, das sich seit dieser Zeit zugunsten der Altstädte sehr bewährt hat. Dieses Gesetz trug dazu bei, in vielen Städten und Dörfern neben einer Fülle von Kulturdenkmälern ganze Stadtensembles so zu erhalten, daß sie auch wiederzuerkennen sind. Heute gerät die Altbausubstanz und damit auch das Denkmalschutzgesetz allerdings erheblich unter Druck. Das Zurückbleiben der Altstädte hinter der »Grünen Wiese« und die Entvölkerung vieler Altstädte zwingt zu schnellem Handeln, doch sollte dabei der Erhaltung der historischen Substanz auch weiterhin ein hoher Stellenwert beigemessen werden. Kurzfristige Eingriffe in wirklich hilfreiche Regelungen könnten zu unwiederbringlichen Verlusten führen. Die Denkmale dieses Landes sind ein einmaliger Schatz. Inzwischen wissen wir um den Anteil dieses Schatzes an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Für die Altstädte wurden auch andere Erscheinungen zu einem großen Problem. Das Eigentum an Grund und Boden mit seinen Möglichkeiten aber auch Verpflichtungen hatte in diesem Land seine Bedeutung verloren. Das Wort Immobilie, die sich auch noch rechnen sollte, war aus unserem Sprachschatz verschwunden. Seine übergroße Bedeutung wurde uns bald von vielen gelehrt, die kamen, um Immobilien als günstige Anlage zu erwerben oder um ihren angestammten Besitz an Grund und Boden, dazu die darauf stehenden Häuser zurückzufordern. Sie wußten nicht, was sie hier erwartete. Viele hatten die Häuser inzwischen zum Teil vergessen und hätten überrascht sein müssen, daß sie überhaupt noch existierten, obwohl sie sich all die Jahre nicht darum gekümmert hatten. Es waren häufig die Bewohner, denen die Erhaltung ein wichtiges, oft ein sehr kostenintensives Anliegen war. Diese wurden plötzlich rechtlos und auch ohne Anspruch auf eigene, zuvor getätigte Investitionen.

Wir mußten in diesem Zusammenhang auch lernen, daß die Erhaltung und die Anschaffung von Häusern mit sehr viel Geld verbunden ist. Dieses war und ist hier im Osten bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht vorhanden. Deshalb blieb der Immobilienmarkt für die Ostdeutschen, es sei denn, sie verfügten selber über Eigentum, wie z. B. in kleineren Städten und Dörfern, weitgehend verschlossen. Das Geld, das Kapital wurde zum Bestimmer der Altstadtentwicklung. Da hatte es das Verständnis für

historische Gegebenheiten und Traditionen schwer, sich zu behaupten. Ich kenne z. B. keinen Kaufhausnamen, den es nur im Osten gibt. Dafür sind Geschäftsnamen mit Traditionen, die sich selbst über DDR-Zeiten erhalten hatten, aus so manchem Stadtbild verschwunden. Sie mußten den Platz räumen für Schlecker's, Roßmann's, Fielmann's, McDonalds, Aldi's und so weiter und so weiter... Um wieviel interessanter wäre es gewesen, hätte der Osten ein bunteres Bild bekommen. Allein mit politischen Mitteln durchgesetzten Schutzmaßnahmen wäre diese viel zu einseitige Besitznahme zu verhindern gewesen. Sie blieben aus. Der Weg war frei für wenige, die in den Städten, z. B. in Wittenberg und Halle, vieles erwerben konnten. Da für sie die Höhe der Rendite im Vordergrund steht, die nicht allein mit Wohnungen zu erreichen ist, blieben Impulse zur Innenstadtbelebung und für das Entstehen von Bürgersinn auf der Strecke. Die Altstädte brauchten und brauchen natürlich erhebliche Summen an Finanzkapital zu ihrer Sanierung. Aus dem Osten konnte und kann es schwerlich kommen, bedenkt man zusätzlich die industrielle Entwicklung und den hohen Stand der Arbeitslosen. Doch hätte der Besitz breiter gestreut sein müssen.

Zum Zeitpunkt der Wende war das Bild der einzelnen Kulturdenkmale und auch das der Städte sehr unterschiedlich. Während eine erhebliche Zahl großer Monumente wie die Dome in Halberstadt und Magdeburg, auch die Liebfrauenklöster in beiden Städten, die Dome in Havelberg, Stendal, Naumburg und Merseburg, dazu das dortige Schloß, auch viele Stadt- und Dorfkirchen, Schlösser, Burgen, Rathäuser, Stadttore in einem verhältnismäßig guten Zustand waren und von gelungenen denkmalpflegerischen Leistungen Zeugnis ablegten, bestimmte in vielen Städten der Verfall das Stadtbild. Ganze Stadtviertel glichen einer Geisterstadt, andere waren abgerissen worden, oder diese Aktion stand kurz bevor, so in Stendal, Bernburg, Burg, Aschersleben, Halberstadt, Halle, Merseburg, Weißenfels und Zeitz, um sie für die sozialistische Umgestaltung – wie diese Aktion damals genannt wurde – und zur Errichtung von Plattenbauten vorzubereiten. Diese Zerstörungen waren in solchen Orten ausgeprägt, die durch Wohnsiedlungen große Erweiterungen und damit einen Leerzug der Altstädte erfahren hatten. In Halberstadt, Stendal, Halle und Zeitz waren derartige Erscheinungen besonders zu beobachten.

1989 stand der vielfach zu beklagende Zustand historischer Bausubstanz vor allem in den Städten und Dörfern am Ende einer langen Entwicklung. Sie begann nicht erst 1945, sondern der Mangel an Reparatur hatte schon Jahrzehnte zuvor älteren Gebäuden sehr zugesetzt. Der als grobe Faustregel geltende dreißig- bis vierzigjährige Werterhaltungszyklus war in seiner Kontinuität längst unterbrochen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges sahen wir uns in den Zentren von Magdeburg, Halberstadt, Dessau und Zerbst – um nur die am schwersten bombardierten Städte zu nennen – heute kaum noch vorstellbaren Zerstörungen gegenüber. In diesen Städten stand nicht mehr die Pflege im Vordergrund, sondern die Rettung der noch erhaltenen Reste und der Wiederaufbau. Dagegen waren wir in den erhaltenen Stadtzen-

tren mit Bauzuständen konfrontiert, die umfangreiche Sanierungen erforderlich gemacht hätten.

Aus heutiger Sicht ist es erstaunlich, was der Aufbauwille nach den Jahren des Schreckens auch hier im Osten bewirkte. Viele schwerstbeschädigte Baudenkmale wurden wieder aufgebaut, aber auch viele Bürgerhäuser einer nochmaligen Reparatur unterzogen. Dieses war möglich, weil die Baustruktur noch funktionierte. Es gab Handwerksbetriebe mit Tradition und Improvisationsvermögen. Die Reparatur und nicht das Erneuern stand im Vordergrund. Die Not machte erfinderisch. Freie Architekten konnten zunächst noch ihre Büros weiterführen und an vielen Orten bauleitend tätig sein. Für die Denkmalpfleger, wie sicher auch für viele Menschen, war es bei aller Not eine gute Zeit. Nicht das Geld stand als Maß aller Dinge im Vordergrund, sondern der Wille zu dem lange ersehnten Neuanfang. Auf diesem Grundanliegen, das damals alle Deutschen betraf, lassen sich in den wiederbelebten Städten für die ersten Nachkriegsjahre viele Gemeinsamkeiten feststellen.

Die Entwicklungen gingen auseinander, als in den 50er und verstärkt in den 60er Jahren hier im Land ideologische Ziele zum Auslöschen des Handwerks sowie der freien Berufe und damit auch der selbständigen Architekten führten. Gemeinschaftliches Eigentum sollte den neuen, den sozialistischen Menschen formen. Die industrielle Bauproduktion trat an die Stelle handwerklicher Arbeit, Großplattenbauten und Siedlungen wurden in großen staatlichen Büros vorbereitet und in Kombinatn hergestellt. Diese totale Umstellung des gesamten Bauwesens ist sicher eine der Hauptursachen für die zunächst schleichende und dann beinahe ungehindert fortschreitende Verschlechterung der Bausubstanz in den Altstädten. Viele große Planungen, die aus den Altstädten neue sozialistische Städte mit einem neuen gewandelten Gesicht entstehen lassen sollten, wurden glücklicherweise nur in seltenen Fällen ausgeführt. Dennoch haben die geplanten Flächenabbrüche mit zum Teil radikalen Eingriffen in die Altstadtstrukturen zur Perspektivlosigkeit der noch brauchbaren Bausubstanz geführt. Die alten, mit inzwischen vielfach eingetretenen Mängeln behafteten Häuser wurden abgewohnt und nach dem Auszug sich selbst überlassen. Dort, wo sie stehen blieben, verhinderte der Mangel den Verlust originaler Zustände. Die Städte veränderten sich vor allem durch die Verschlechterung und Dezimierung historischer Bausubstanz. Wie gut, daß die betroffenen Menschen selber diesem Mißstand ein Ende setzten. Die DDR hatte nicht mehr die Kraft, der historischen Substanz noch eine Perspektive zu geben.

1989/90 war die materielle Bestandsnot groß. Dennoch konnten die Fachleute trotz der drängenden Frage nach der Überwindung dieser Lage dem Zustand der Städte, nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in der gesamten ehemaligen DDR auch viel Positives abgewinnen. So heißt es in einem Erfahrungsbericht der Beraterkommission Historische Stadt- und Ortskerne des Landes Nordrhein-Westfalen zu Brandenburgischen Städten, denen wir die von Sachsen-Anhalt durchaus hinzugesellen

können: »Das Land verfügt noch über einen großen Bestand wertvoller alter Stadtgrundrisse und Bausubstanzen. In vielen Fällen haben die natürlichen Gegebenheiten dazu geführt, daß historische Stadtgrundrisse in ihren Umrissen weitgehend erhalten sind und die Stadtsilhouette noch unbeschädigt ist. Viele Stadtmauern haben die Jahrhunderte in seltener Vollständigkeit überstanden, desgleichen eine Reihe prächtiger Stadttore und -türme. In den Belägen von Straßen und Gehwegen sind noch Werte vorhanden, für deren Wiedererlangung die Städte und Gemeinden in westlichen Ländern heutzutage hohe Preise zahlen müssen. Viele Straßenzüge sind noch geprägt von historischer Bausubstanz in seltener Geschlossenheit bezüglich Maßstab, Material, Konstruktion und Details. Dabei sind die einzelnen Gebäude in Maßstab und Architektur zumeist bescheiden und zurückhaltend. Um so stärker fällt aber die Qualität der Fenster- und Türdetails ins Auge. Hinzu kommen herausragende Einzelbauwerke von höchster bau- und kunstgeschichtlicher Bedeutung, wie Rathäuser, Kirchen, Klöster usw.«

Die vielen originär noch vorhandenen Werte über die große Aufgabe einer Beseitigung der Bestandsnot hinweg zu erhalten, ist eines der Ziele der Denkmalpflege. Auf dem Weg dorthin sind wir inzwischen ein gutes Stück vorangekommen. Und dennoch müssen wir leider den schleichenden Fortgang des Verlustes an Denkmalsubstanz feststellen, nicht allein durch Abbrüche, sondern vielmehr durch erheblich in den Bestand eingreifende Erneuerungsmaßnahmen. Von diesen Gefahren ahnten wir wenig, als viele mit großem Altstadtverständnis daran gingen, die materielle Bestandsnot zu lindern. Heute können wir uns über viele Erfolge freuen, doch der Fachmann darf nicht nachlassen, immer wieder die Qualitätsansprüche zu formulieren und diese auch einzufordern. Altstadtsanierung heißt nicht nur Erneuerung, sondern Erhaltung des Bestehenden und Weiterbauen unter Beachtung und Einbeziehung des historisch Gewachsenen. In Freyburg und in vielen anderen Städten im Osten Deutschlands ist dieses in beispielhafter Weise gelungen.

Nikolaus Niederich

»Das einzig Beständige ist der Wandel«

Denkmalschutz und »Stuttgart 21«

Erwiderung auf Winfried Mönch, Das Dunkel am Ende des Tunnelgebirges. Denkmalschutz und »Stuttgart 21«. Eine Polemik und ein Literaturhinweis, in: Die alte Stadt 2/98, S. 131–140.

Es wäre Winfried Mönch zunächst ganz grundsätzlich entgegenzuhalten, ob das vermeintlich kämpferische »alles oder nichts« und das fatalistische »man kann sowieso nichts machen« im Schlußsatz seines Beitrags dem Anliegen des Denkmalschutzes förderlich ist. Sollte stattdessen nicht überlegt werden, wie die Entwicklung einer Stadt und die Bewahrung ihrer überkommenen Substanz in Einklang gebracht werden könnten.

Die teilweise unsachlichen Attacken Winfried Mönchs gegen das Projekt Stuttgart 21 sind bei einer solchen Fragestellung wenig hilfreich, weil sie eine kritisch-sachliche Diskussion dieses auch für Planer wichtigen Themas erschweren. Die in Teilen diffamierenden Angriffe Mönchs gegen die Protagonisten von Stuttgart 21 fördern den notwendigen Diskurs in keiner Weise, Schwarz-Weiß-Zeichnungen werden – wie alle Klischees – den Realitäten nicht gerecht.

Unbestritten ist, daß das Erscheinungsbild Stuttgarts nach der Realisierung des Projekts Stuttgart 21 – Bahn- und Städtebauprojekt zusammengenommen – völlig anders sein wird als vorher. Dies gilt in ganz besonderer Weise natürlich für den Stuttgarter Hauptbahnhof. In jeder Hinsicht unangemessen ist es dabei aber, als Beweggründe für das Projekt Stuttgart 21 per se unlautere Motive zu vermuten. Richtig ist vielmehr, daß die Planungsgeschichte des Bahnprojekts Stuttgart 21 bis in die 1980er Jahre zurückreicht und das heute vorliegende Konzept das

Resultat gewissenhafter verkehrlicher, städtebaulicher, technischer und selbstverständlich auch wirtschaftlicher Überlegungen einer Vielzahl von Akteuren ist. Die Entscheidung für Stuttgart 21 ist nicht allein ein unternehmerischer Entschluß der Deutschen Bahn AG, sondern wurde und wird durch gewählte Parlamente bestätigt und ausdrücklich gewünscht. Die mit diesem Konzept verbundenen Auswirkungen auf die denkmalgeschützten Anlagen des Stuttgarter Hauptbahnhofs wurden bei diesem Entscheidungsfindungsprozeß gesehen und aus einer Vielzahl von Gründen in Kauf genommen. Dies gilt nicht zuletzt für die einstimmige Entscheidung der Jury im Realisierungswettbewerb zum neuen Stuttgarter Hauptbahnhofsgebäude.

Unter Beachtung denkmalpflegerischer Belange ergeben sich weitergehende, zugegebenermaßen zugespitzte Fragestellungen, die über die rechtlichen Kriterien des Denkmalschutzgesetzes hinausgehen, in einer öffentlichen Diskussion aber thematisiert werden sollten. Bedeutet die strenge Beachtung konservatorischer Kritiken nicht zwangsläufig den Verzicht auf jegliche grundlegende Veränderung unserer Städte? Wenn diese Frage bejaht werden sollte, würde dann die Mißachtung der Bauleistungen vergangener Generationen nicht abgelöst durch ein Gestaltungsverbot für die heutige und die künftigen Generationen? Wenn, wie fast immer, die Wahrheit zwischen den Extremen liegt, wo genau läge denn diese Mitte? Anders gesagt, wie wäre im Konflikt zu entscheiden, ob die Bedürfnisse und Vorstellungen der Gegenwart, dem Schutz überkommener Bauwerke vorzugehen haben?

Eine geradezu geschichtsphilosophische Frage wäre schließlich, ob der überstarke Bewahrungswillen bestehender Gebäude und Anlagen vor dem Hintergrund einer im Mittelalter



Abb.: »Stuttgart bekommt einen neuen Bahnhof mit eigener Formensprache und Philosophie«, heißt es im *Projektmagazin*, Frühjahr 1998 der DB Projekt-GmbH Stuttgart 21. – »Die Oberlichter des neuen unterirdischen Bahnhofs werfen »Maulwurfshügel auf und zerstören damit den bestehenden Park«, heißt es bei W. Mönch, in: Die alte Stadt 2/98, S. 137.

begonnenen Entwicklungsgeschichte unserer Städte überhaupt gerecht wird. Wäre nicht vielmehr die strikte Konservierung eines steingewordenen status quo, das Ende der Geschichte? Diese letztgenannte Frage, die eigentlich eine These ist, läßt sich nicht zuletzt an einem Überblick über die Entwicklungsgeschichte des Stuttgarter Hauptbahnhofs seit den 1840er Jahren exemplarisch darstellen.

Zu der Zeit als die Eisenbahn von Cannstatt her kommend Stuttgart erreichte, waren der Rosensteinpark, die Villa Rosenstein, der Schloßgarten und die Friedrichsvorstadt bereits gebaut. Die neuen Bahnanlagen zerschnitten diese in Längsrichtung, große Teile der Friedrichsvorstadt wurden Bahngelände. Der Ausbau der »Württembergischen Centralstation« im Laufe der folgenden rund fünfzig Jahre nahm immer größere Flächen innerhalb des Stadtgebietes in Anspruch. Traditionelle, das Stadtbild seit langem prägende Nutzungen, Wein- und Obstgär-

ten sowie eine ganze Reihe alter Gebäude fielen dem Verkehrswegebau zum Opfer. Noch gravierender waren jedoch die Eingriffe als Folge des Bahnhofsumbaus seit etwa 1914, deren Ergebnis die heutigen Bahnanlagen sind: Die ursprünglich mit einer hölzernen Fachwerkkonstruktion versehene Neckarbrücke mußte weichen, ebenso etliche Gebäude im noch einmal verkleinerten Mittleren Schloßgarten – z. B. die Orangerie und die Meierei, die Reiterkaserne und die Zuckerfabrik, um nur die wichtigsten Gebäude zu nennen.

Die Friedrichsvorstadt änderte ebenfalls vollständig ihre Gestalt, neben dem Königstor, das 1922 abgerissen wurde, verschwanden auch viele kleinere Gebäude im Bereich des heutigen Arnulf-Klett-Platzes, nicht zuletzt deswegen, weil sie in ihrer Lage und Gestaltung dem monumentalen Bonatzgebäude im Wege standen bzw. architektonisch nicht entsprachen. Der alte Hauptbahnhof in der Bolzstraße, damals noch

Schloßstraße, blieb zwar als Fassade stehen, jedoch ohne seine eigentliche Funktion. Weite Teile der Stuttgarter Bevölkerung dürften wohl gar nicht wissen, um was für ein Gebäude es sich hier handelt.

Letzteres übrigens ist ein Schicksal, das der Bonatz-Bau mit seinem Vorgänger nicht teilen wird, denn im Gegensatz zur Darstellung Winfried Mönchs behält der Bonatz-Bau seine Funktion als Bahnhofsgebäude. Dabei ist nicht zu leugnen, daß sich sein Erscheinungsbild und der architektonische Ansatz von Bonatz und Scholer grundlegend verändert. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß Bonatz und Scholer ihr Empfangsgebäude für einen Kopfbahnhof konzipiert haben. Die Veränderungen sind ganz überwiegend eine Anpassung der Form an die Funktion.

Diese kurze Darstellung soll aber hauptsächlich noch einmal verdeutlichen, daß auch die heutigen Verkehrsanlagen, so bedeutsam sie auch ohne Zweifel sind, nur durch die Zerstörung bzw. grundlegende Veränderung von historischer Substanz entstehen konnten. Hier könnte die spekulative Frage erlaubt sein, welchen Anfechtungen sich wohl Bonatz und Scholer aussetzen würden, wollten sie ihr Bahnhofprojekt heute realisieren! Ohne auf Mutmaßungen angewiesen zu sein, belegen die zeitgenössischen Quellen, daß deren Vorstellungen aus ähnlichen Gründen wie heute Stuttgart 21 nicht unumstritten waren. Der architektonische und technische Stellenwert des heutigen Stuttgarter Hauptbahnhofs war keineswegs von Anfang an Gemeingut. Warum, um noch einmal zu spekulieren, sollte nicht das Bahnprojekt Stuttgart 21 von der großen Mehrheit der Nachgeborenen eine vergleichbare Bewertung erfahren, wie dies bei den heutigen Bahnanlagen der Fall ist?

Ähnliches wie für die Bahnanlagen läßt sich im übrigen für die städtebauliche Gestaltung Stuttgarts im 19. und 20. Jahrhundert allgemein feststellen, denn auch hierfür gilt, daß die Stadterweiterungen der letzten gut einhundert Jahre das überkommene Stadtbild vollständig verändert haben. Ganz überwiegend sind diese Stadterweiterungen, hervorzuheben sind hier die großen Stadtquartiere im Westen und Osten der

Stadt, planmäßig durchgeführte Bebauungen, die in wenigen Jahrzehnten realisiert wurden. Diese Veränderungen wurden auch von den damaligen Zeitgenossen nicht widerspruchlos gutgeheißen und doch sind sie heute kennzeichnend für die Stadt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Bahnanlagen wie die Stadt selbst in einem seit über hundert Jahren sich beschleunigenden Wandel begriffen sind, der gezielt herbeigeführt wurde und dessen vorläufiger Endpunkt die Stadt ist, die wir heute kennen. Stuttgart 21 ist daher keineswegs ein Bruch bisheriger Traditionen, sondern nur ein weiterer, wenn auch bedeutsamer Meilenstein in der Stadtbaugeschichte Stuttgarts. Ebenso wie die Umgestaltungen und Erweiterungen der Vergangenheit, werden als Folge des Projekts Stuttgart 21 wertvolle vorhandene Strukturen durch neue Gebäude und Anlagen ersetzt werden. Ob diese dann den von Mönch aufgeführten Bausünden, die noch um einige andere Beispiele zu erweitern wären, hinzuzurechnen sind, kann zwar heute diskutiert, sicher aber nicht entschieden werden. Allerdings darf vermutet werden, daß – wie schon in der Vergangenheit – neben gelungener auch weniger gelungene Architektur in den Stadtquartieren des frühen 21. Jahrhunderts zu sehen sein werden.

Beschränkt man den Begriff des Denkmalschutzes allein auf die materielle Erhaltung des kulturellen Erbes, dann bedeutet der Ersatz überkommener Situationen einen Verlust, der durch eine Anpassung überlieferter Substanz an neue Bedürfnisse und Vorstellungen verringert werden kann. Wird Denkmalschutz außerdem erweitert und ergänzt um die Kategorie des Wissens um Zustände zu bestimmten Zeiten kann dieser Verlust ebenfalls vermindert werden. Dieser Zielsetzung folgt die DBProjekt GmbH Stuttgart 21 indem sie als Planerin des Bahnprojekts Stuttgart 21 eine umfassende Dokumentation aller durch die Umgestaltung des Bahnknotens berührten Anlagen und Gebäude vornimmt, die auch langfristig die Möglichkeit bietet, die Entwicklung Stuttgarts – die mit Stuttgart 21 sicher nicht endet – nachzuvollziehen.

Diese Vorgehensweise bietet den Denkmal-

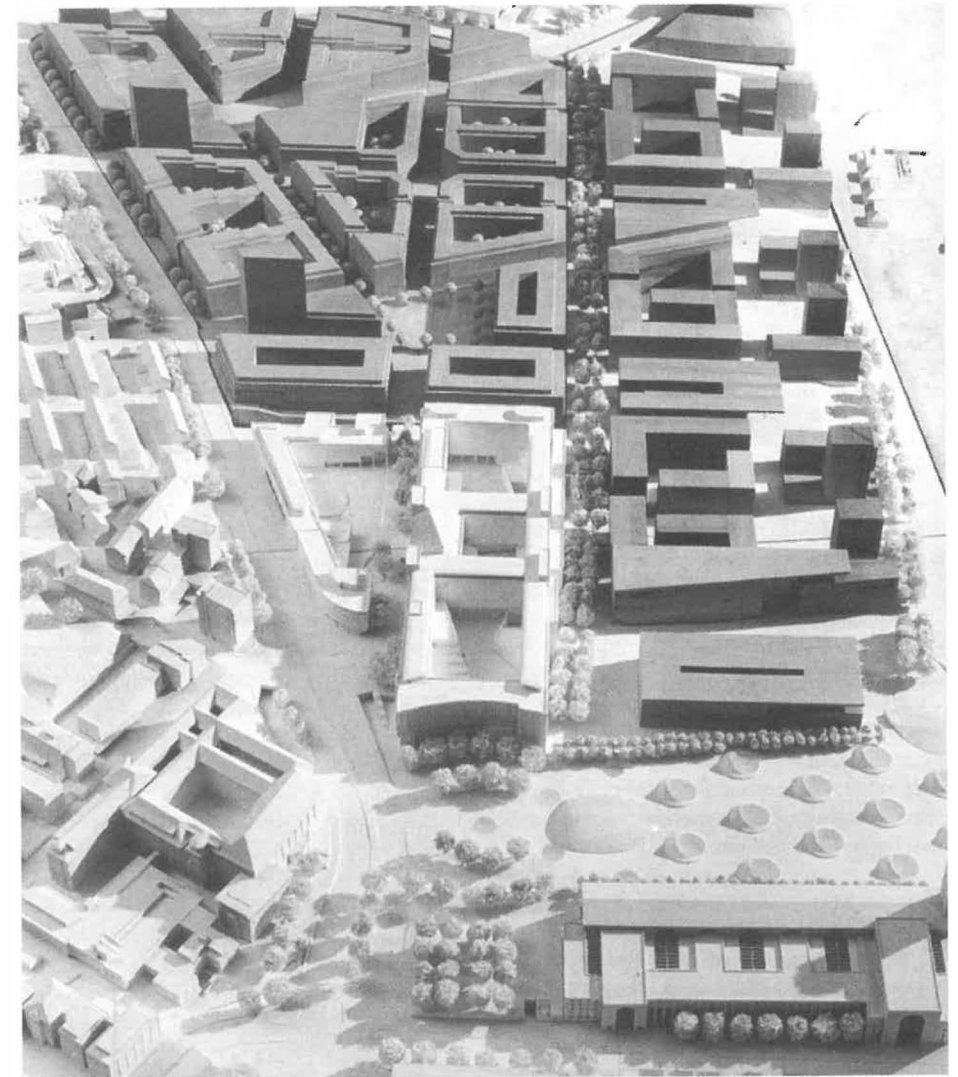


Abb.: Bebauungsplanentwurf »Stuttgart 21«. Im Vordergrund rechts der »neue« Bahnhof. Dunkel die Gebäude des neuen Stadtteils über den bisherigen Gleisanlagen. Aus: Stuttgart 21, Amtsblatt Sonderdruck vom 25. Juni 1998.

schützer n zwar nicht die Gelegenheit in die Rolle des Richters zu schlüpfen, um einen Vergleich des Aufsatzes von Winfried Mönch auszugreifen, sie zwingt sie aber auch nicht in die Rolle des Pflichtverteidigers, sondern bietet ihnen die Position der Sachverständigen. Ihnen obliegt zwar

kein Urteil – im Sinne dieser rechtlichen Metapher – wohl aber eine erhebliche Mitwirkung im Prozeß der Wahrheitsfindung. Die Aufforderung, diese Rolle anzunehmen und konstruktiv auszufüllen, ist das Fazit dieser Erwiderung auf den Aufsatz Winfried Mönchs.

Autoren

HEINRICH HEIDEBRECHT (1958), geb. in Nowosibirsk, Studium der Architektur an der Nowosibirsker Ingenieurschule, danach Tätigkeit am dortigen Projektinstitut für Hochbau. 1986 Aussiedlung nach Deutschland. Zur Zeit Tätigkeit als Architekt in Stuttgart.

ULRICH HIEBER ist als Ministerialdirigent Abteilungsleiter für Baurecht, Städtebau, Wohnungswesen und Denkmalpflege im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und Honorarprofessor am städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart.

STEFAN KRÄTKE (1952) ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und leitet dort die Forschungsstelle für europäisch vergleichende Stadt- und Regionalforschung. Er publizierte einige Bücher und Artikel zur Stadt- und Regionalentwicklung im neuen Europa.

BERNARD MARCHAND (1943) studierte Geographie und arbeitete in Frankreich und Venezuela als Universitätsprofessor und Planungsbeauftragter. Lehtätigkeit u. a. in den USA, Kanada, Brasilien und der Türkei. Seit 1978 Professor am Französischen Institut für Stadt- und Raumplanung der Université de Paris VIII. Forschungen zur Stadtgeschichte und zum Einsatz der EDV in Stadtplanung und Stadtverwaltung. Software-Programmierungen für Stadtsimulation.

NIKOLAUS NIEDERICH. Studium der Geschichte und Volkswirtschaftslehre. Promotion 1995 zum Thema »Stadtentwicklung und Nahverkehr: Stuttgart und seine Straßenbahnen 1868 bis 1918. Referent beim DBProjekt GmbH Stuttgart 21.

GOTTHARD VOSS (1938), Architekturstudium an der TU Dresden und seit 1965 in der Arbeitsstelle Halle tätig, dem damaligen Institut für Denkmalpflege der DDR. Denkmalpflegerische Betreuung u. a. der Dome in Merseburg, Magdeburg und Halberstadt sowie vieler Stadt- und Dorfkirchen. Seit 1992 Landeskonservator und Leiter des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt in Halle.

Besprechung

RALF ROTH, *Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914 (Stadt und Bürgertum, Bd. 7)*, R. Oldenbourg Verlag, München 1996, 804 Seiten, DM 128,—.

Ende der achtziger Jahre machte sich in Frankfurt eine Forschergruppe um Lothar Gall an eine Ehrenrettung des Stadtbürgertums. Das Stadtbürgertum war im Zuge des zunehmenden Forschungsinteresses am Bürgertum seit Anfang der achtziger Jahre ins Blickfeld gerückt. Bielefelder Historiker entwarfen dabei idealtypisch eine Dreiteilung des Bürgertums in Stadtbürgertum, Wirtschaftsbürgertum und Bildungsbürgertum. Die beiden letzteren Formationen galten als »Agenten der Moderne«, während dem Stadtbürgertum eine »traditionale Beharrungsmentalität« (Hans-Ulrich Wehler) unterstellt wurde. Diese Zusammenhänge zu wissen, ist notwendig, wenn man die umfangreiche Studie Ralf Roths über »Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main« in die Hand nimmt. Explizit weist der Autor in seiner Einleitung auf diese Forschungskontroverse hin und setzt sich dabei pointiert und polemisch mit den Bielefelder methodischen Ansätzen auseinander (S. 16–19, 261 ff.).

Um die Bedeutung des Stadtbürgertums, seine Wandlungsfähigkeit und Beharrungskraft innerhalb der städtischen Gesellschaft Frankfurts deutlich machen zu können, wurde von Roth »mit Bedacht ein langer Untersuchungszeitraum gewählt« (S. 24): Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis an den Vorabend des Ersten Weltkriegs reicht das Panorama, das er entfaltet. In seinem Schlußkapitel wagt er zusätzlich einen Ausblick in die Jahre der Weimarer Republik.

Stadtbürgertum, das ist nach Roth vor allem eine Personengruppe, die sich »in der konkreten sozialen Interaktion formiert und abgegrenzt hat.« (S. 30). Aus einer Fülle individualbiographischer Daten wird dieses Zusammenspiel rekonstruiert. Definitiv wird Stadtbürgertum an einen breit gefaßten Elitenbegriff angelehnt: »Zur Elite wird [...] nicht nur der enge Kreis der politischen Führungsschichten gerechnet, sondern sie wird weiter gefaßt und auf die wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell führenden Kreise des städtischen Bürgertums bezogen« (S. 30). Roths Arbeit ist damit nicht nur ein Beitrag zur Bürgertumsforschung, sondern auch eine Studie über Elitenbildung im 18. und 19. Jahrhundert.

Der Stadt Frankfurt als Untersuchungsrahmen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie bis 1866 als »Freie Stadt Frankfurt« einen selbständigen Stadtstaat bildete, ehe sie dem preußischen Staat einverleibt und auf »den Status einer preußischen Provinzstadt ohne nennenswerte Verwaltungsfunktionen« degradiert wurde (S. 20). In ihrer langjährigen selbständigen Tradition verfügte die Stadt über eine Reihe Selbstverwaltungsinstitutionen, die sich als äußerst flexibel erwiesen und den jeweiligen (außerstädtischen) politischen Rahmenbedingungen angepaßt wurden.

Das Quellenmaterial, das gesichert wurde, um der amorphen Masse der städtischen Elite ein Gesicht zu geben, ist beeindruckend breit. Zehntausende Personen wurden in einer Datenbank erfaßt: Von den politischen Vertretern in den Selbstverwaltungsgremien der Stadt, über die Mitglieder der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen bis zu den Mitgliedern aus Dutzenden von Vereinen, Logen und Stiftungen reicht das Spektrum, um die zahllosen Verflech-

tungen zwischen den einzelnen Institutionen, aber auch zwischen den Eliteangehörigen herauszuarbeiten. Dabei gelingt es dem Autor, diese Materialfülle nicht in einem Konvolut aus Zahlen, Daten und Tabellen auseinanderreiben zu lassen, sondern themenzentriert und reflektiert erzählend den Lesern anschaulich näher zu bringen. Natürlich müssen dann immer noch 56 Tabellen und 31 Graphiken im Text untergebracht werden; aber es bleibt auch Platz für illustrierende Marginalien wie dem Verbot des Tabakrauchens aus dem Jahr 1785, um auf die weitreichenden Regelungsmöglichkeiten des Frankfurter Rates als der zentralen Selbstverwaltungsinstitution hinzuweisen (S. 103).

Roth hat seine Darstellung sowohl chronologisch als auch sachlich gegliedert. »Aufbruch aus der ständischen Welt« (S. 33–260) behandelt den Zeitraum von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis ca. 1820; »Die Stadt als Experimentierfeld der bürgerlichen Gesellschaft« (S. 269–489) widmet sich den Jahren bis zur Einverleibung der Stadt in den preußischen Staat im Jahr 1866; der dritte Teil »Preußische Stadt mit besonderer politischer Kultur« (S. 490–670) schließlich behandelt die Jahre des deutschen Kaiserreichs. Die jeweiligen Teile sind nicht symmetrisch gegliedert, allerdings kehren für die jeweils behandelten Zeitabschnitte die gleichen Analyseebenen immer wieder. Dies ist vor allem die präzise Darstellung der politisch, wirtschaftlich und kulturell dominierenden bürgerlichen Kreise sowie ihre Verflechtungen untereinander.

Vor allem für die Konsolidierungsphase kann Roth entgegen der weitverbreiteten Meinung eine enge Verflechtung der Fabrikanten mit der stadtbürgerlichen Gesellschaft belegen. Modernisierung durch Industrialisierung wurde so in die städtische Tradition eingebunden (S. 287 f.). Konfessionelle Spannungen konnten in dem ausgeprägten Netzwerk an Vereinen immer mehr eingedämmt werden (S. 316) – wenngleich die Integration der jüdischen Bürger in die bürgerliche Gesellschaft erhebliche Probleme bereitete. Obwohl Roth dezidiert die These der stadtbürgerlichen Einheit und Kontinuität vertritt, ist er nicht blind für gegenläufige Entwicklungen. Das Patriziat, der Stadtadel, verabschiedete sich

Mitte des 19. Jahrhunderts endgültig aus den Entscheidungsgremien der Stadt und orientierte sich hin zu Hof und Staat mit ihren neuen Aufgaben- und Berufsfeldern (S. 350 f.). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Rückzug der wirtschaftlichen Oberschicht aus politischen Ämtern und Organen immer deutlicher: »Politik und Reichtum oder besser politische Führungsschicht und wirtschaftliche Oberschicht hatten sich relativ weit voneinander entfernt.« (S. 590)

Weiteres zentrales Anliegen in Roths Darstellung ist es, die Reformfähigkeit, Flexibilität und Integrationsfähigkeit des Stadtbürgertums darzustellen. Möglich war eine solche auf Einheit gerichtete Politik da immer wieder der Konsens gesucht wurde: »Diese Fähigkeit zu einer Kompromißpolitik, die die Gesamtheit der Bürger einschloß, machte die Stadt zu einem einzigartigen Experimentierfeld der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurts Weg in die Moderne unterschied sich beträchtlich von dem anderer Regionen, insbesondere von dem Preußens. Frankfurt war kein Mikrokosmos der deutschen Gesellschaft, kein Abbild im kleinen, eher ein Gegenbild« (S. 261). Als eines von vielen Beispielen führt Roth die Diskussion um die Gewerbefreiheit an, die »nicht auf einen kleinen Kreis von Großkaufleuten und Fabrikanten« beschränkt blieb, »sondern entsprechend den entwickelten politischen Strukturen, öffentlich ausgetragen (wurde). Sie schloß neben den Handelsbürgern und Juristen gleichermaßen die Handwerker als Betroffene des Modernisierungsprojektes ein« (S. 272). So überzeugend die These im einzelnen ist und Frankfurt in der Tat als Gegenbild zu dem durch die preußische Entwicklung dominierten Deutschlandbild gesehen werden darf – an manchen Stellen entsteht der Eindruck als überziehe Roth seine These. Beispielsweise, wenn Roth die Industrialisierung und Gewerbeansiedlung in Frankfurt gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit den Worten zusammenfaßt: »Es siedelte sich in Frankfurt also vor allem eine Industrie an, die auf einem Potential hochqualifizierter Facharbeiter und technischer Angestellter beruhte, also genau der Teil der sich herausbildenden Arbeiterklasse, der den Idealen von Bildung und bürgerlicher Lebensführung noch am

nächsten kam und somit am leichtesten für ein wenn auch modifiziertes Modell von klassenloser Bürgergesellschaft, das auf mittleren Existenzen beruhte, gewonnen werden konnte« (S. 570). Sollten Industrieansiedlung und »Modell von klassenloser Bürgergesellschaft« tatsächlich in solch enger Verknüpfung gestanden haben? Soll es neben diesen Arbeitereliten – wobei technische Angestellte zu jener Zeit sich garantiert nicht zur Arbeiterklasse zählten – nicht auch in Frankfurt tausende oder gar zehntausende ungelernter Arbeiter gegeben haben, die außerhalb der »klassenlosen Bürgergesellschaft« standen?

Roth entwirft ein Bild von den Frankfurter

Stadtbürgern, die die Geschicke ihrer Stadt in hervorragender Weise leiteten und in geradezu perfekter Weise Tradition und Moderne in Einklang zu bringen wußten. So überzeugend dies im einzelnen ist – insgesamt gesehen entsteht der Eindruck, als wäre Roth der Faszination des Ideals der bürgerlichen Gesellschaft erlegen. Denn die Frage der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit dieses Gesellschaftsentwurfs gegenüber nicht- und randbürgerlichen Gruppen bleibt eher unterbelichtet. Doch regt dies – wie Roth selbst betont (S. 657) – zu weiteren Forschungen an.

Berlin

Jürgen Schmidt